

57. F. 18.

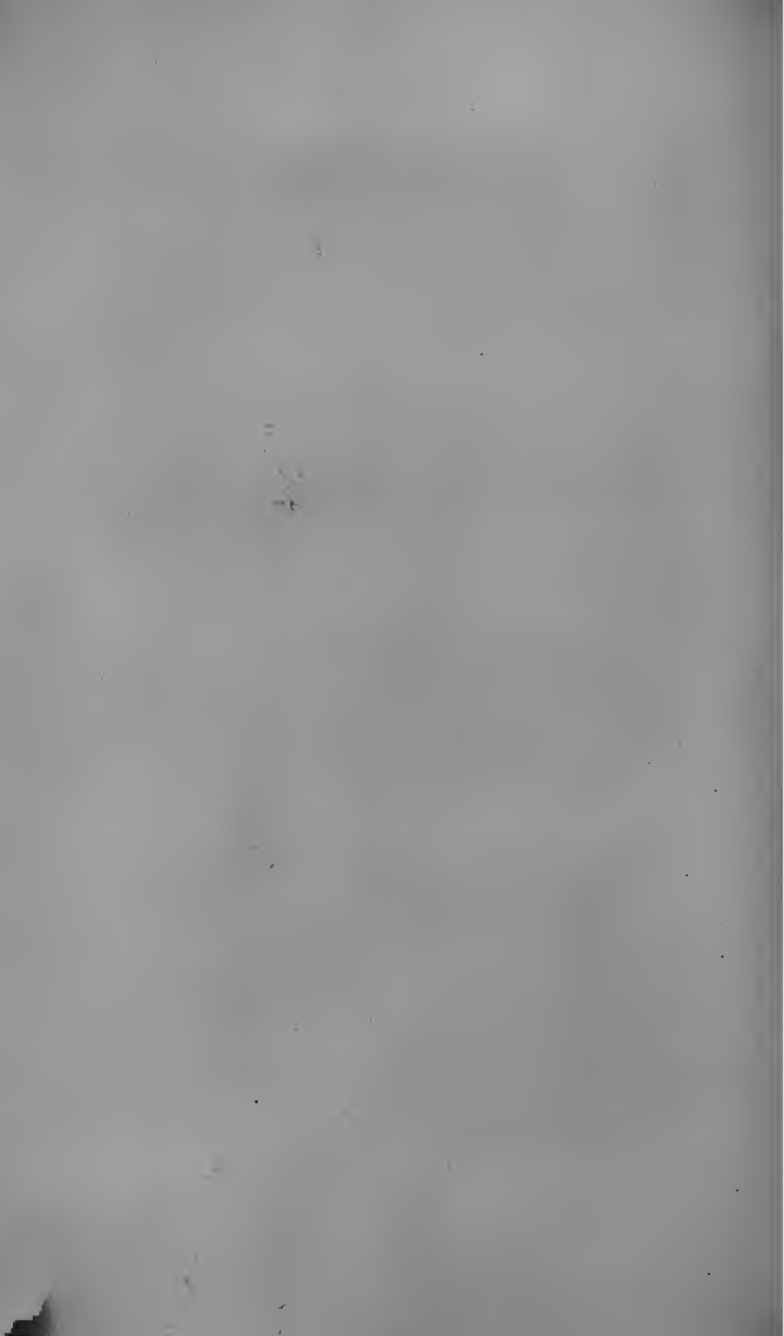
MENTEM ALIT ET EXCOLIT



K. K. HOFBIBLIOTHEK
ÖSTERR. NATIONALBIBLIOTHEK

57. F. 18





Die Verduellio

unter den Römischen Königen.

Abhandlung

von

Christian Reinhold Köstlin,

beider Rechte Doktor.



Tübingen.

Verlag der G. Laupp'schen Buchhandlung.

1841.

Billard, 1801

1801, 1802, 1803, 1804, 1805



1801, 1802, 1803, 1804, 1805

1801, 1802, 1803, 1804, 1805

1801, 1802, 1803, 1804, 1805

Dr. Hochwohlgeboren

dem Herrn

Dr. Carl Georg von Wächter,

Ranzler der Universität Tübingen, Präsidenten der Kammer der Abgeordneten,
Kommenthur des Ordens der Württembergischen Krone etc. etc.

seinem hochverehrten Lehrer

zum Zeichen tiefster Dankbarkeit gewidmet

vom Verfasser.

Dr. Christophersen

1891

Dr. Carl Gust. von Sillén

Dr. Carl Gust. von Sillén, 1891

Dr. Carl Gust. von Sillén

Dr. Carl Gust. von Sillén

Dr. Carl Gust. von Sillén

§. 1. Einleitung.

Die Ansicht des Sigonius,¹ daß die alte *perduellio* keineswegs ein bestimmtes, für sich bestehendes Verbrechen, sondern vielmehr nicht nur mit dem *parricidium* identisch, sondern sogar der Gattungsbegriff für alle Kapitalverbrechen gewesen sei, scheint durch die Arbeit Dieck's über das Majestätsverbrechen ziemlich verbreitet worden zu sein.

Nach Dieck² sind unter der *perduellio* zu verstehen: alle härteren, gegen die Freiheit der Bürger und die öffentliche Sicherheit gerichteten Verbrechen.

Weiske³ will darunter verstanden wissen: alle diejenigen Verbrechen, durch welche die Freiheit und die Rechte der römischen Bürger, sowie die des Gemeinwesens angetastet werden. „Es ist,“ fügt er hinzu, „überhaupt nicht unwahrscheinlich, daß man alle schweren Verbrechen, welche mit dem Tode bestraft wurden, den der *perduellis* erlitt, auch *perduellio* nannte.

Platner⁴ beruft sich auf Dieck für die Behauptung, *quod caedes in cives admissa perduellio est judicata*.

¹ De judiciis III. 3.

² Historische Versuche über das Kriminalrecht der Römer. 1822. S. 7.

³ Hochverrath und Majestätsverbrechen, das *crimen majestatis* der Römer. 1836. S. 14.

⁴ De criminum jure ant. Rom. 1836. p. 62.

Nach **Mohrt**⁵ kommt bei der perduellio zweierlei zur Sprache, einmal das Sakralstrafrecht, wornach Verbrechen gegen die Verfassung und gegen die geweihten Magistraturen verpönt gewesen und die Verbrecher vogelfrei geworden seien, und zweitens das von dem königlichen imperium ausgehende, gegen jeden staatsgefährlichen Verbrecher gerichtete *judicium perduellionis vel parricidii*, das allgemeine, durch *quaestores (parricidii)* ausgeübte Blutgericht, wobei zu bemerken sei, daß hierüber keine *lex* und keine Begriffsbestimmung bestanden habe, folglich die vollkommene Beurtheilung von That und Recht dem Gerichte freigegeben gewesen sei.

Göttling⁶ sagt: „Von Perduellion finden wir in alter Zeit eine doppelte Art eingeführt. Sie trat ein, wenn ein römischer Bürger mit gewaffneter Hand eine Umwälzung der bestehenden Verfassung versuchte, — oder wenn er mit gewaffneter Hand einen römischen Bürger vor Aller Augen niederstieß.“

Zirkler⁷ ist der Meinung, schon das Wechselspiel zwischen den Namen *perduellio*, *proditio* und *parricidium* deute darauf hin, daß es schwierig wäre, die Idee jenes Verbrechens auf eine schulgerechte Definition zu bringen. Doch hat er Bedenken gegen eine sogar weite Ausdehnung des Begriffs und meint daher, das eigentliche und wesentliche Merkmal der *perduellio* sei gewesen: die Erregung eines Kriegszustands oder jener Opposition gegen das Gemeinwesen, welche nur Sieger oder Besiegte kenne; wobei es aber nicht darauf ankomme, ob der Thäter die Vernichtung des Staats in seiner konkreten Verfassung oder mit Privatvortheile, mit dem Fortbestande des Staats wohl vereinbar bezwecke, die ihm aber von Staatswegen versagt werden

⁵ Geschichte und System des deutschen Strafrechts. 1839. Bd. II. S. 19—21. Vgl. M. Arch. des Crim.-Rechts XI. S. 1. S. 16 ff.

⁶ Geschichte der römischen Staatsverfassung. 1840. S. 158.

⁷ Die gemeinrechtliche Lehre vom Majestäts-Verbrechen und Hochverrath. 1836. S. 6.

müssen, oder wenigstens versagt werden dürfen. Handlungen, auf welche dieses Kriterium nicht unmittelbar passe, können nur mittelbar dadurch in die Subsumtion fallen, daß sie Rechte oder Interessen verletzen, welche durch die konkrete Verfassung und durch bestimmte positive Gesetze im Voraus für solche erklärt seien, gegen deren Urheber jeder im Volke, als gegen einen gemeinschaftlichen Feind, nicht nur zum Ankläger, sondern zum Rächer berufen sei. Insbesondere aber trägt J. Bedenken, sich bestimmt darüber zu erklären, inwiefern das parricidium zu dieser Gesellschaft komme. Dieses Bedenken scheint er jedoch später überwunden zu haben, indem er in der Vorrede sagt, es werde ihm immer klarer, daß die perduellio genau mit den *logibus sacralis* oder einer allgemeinen Friedensloserklärung, welche jeden zum Rächer berief, verwandt sei. Daraus erkläre sich die Verbindung des parricidium und der Sage vom Horatier mit ihr. Jenes Rächeramt nämlich habe eines Gegengewichts bedurft, dem subjektiven Mißbrauch zu steuern, und dies habe in der Falsion für denjenigen gelegen, welcher dasselbe zum Vorwande genommen oder aus Leidenschaft ohne gerechte Ursache geübt habe. Daneben haben alle gewöhnlichen Todtschläge Privatverbrechen sein können, und vielleicht habe es außer perduellio, proditio und parricidium in der Vorzeit keine öffentlichen Verbrechen gegeben, so daß bei dem vermischten Gebrauche dieser Worte die *quaestores parricidii* zugleich erklärt seien.

§. 2. Vorbemerkungen über die Zeit der Könige überhaupt.

So gewiß es nun aber ein eigenthümlicher Zug des römischen Strafrechts ist, daß selbst in den Zeiten großer Thätigkeit und reicher Ausbildung der Gesetzgebung häufig verschiedene, dem Begriff nach keineswegs verwandte Verbrechen nur des gleichen Proceßganges oder der gleichen Strafe wegen oder sonstiger Nebengründe halber an irgend ein bestimmtes Verbrechen,

welches dem Gesetze den Namen gab, angeschlossen wurden, so gewiß darf man eben aus einer solchen denominatio a parte potiori facta noch keineswegs auf eine Identität der zusammen gruppirten Verbrechen dem Begriffe nach schließen. Namentlich ist es ganz unzulässig, zwei oder mehrere Verbrechen schon deshalb für identisch zu halten, weil wir finden, daß sie unter dasselbe iudicium gefallen sind. Diese Bemerkung muß zumeist für die ältere Zeit gelten, von welcher sich aus sehr natürlichen Gründen gerade in Beziehung auf das Gerichtswesen eine sehr sparsame Oekonomie erwarten läßt. Wenn wir einerseits wissen, daß in dem Zeitraume zwischen der Zwölftafelgesetzgebung und Sullas Diktatur die Thätigkeit der Kriminal-Legislation sehr gering war, andrerseits aber gerade in der Sullanischen Epoche eine sehr umfassende Gesetzgebung mit überraschender Schnelligkeit hervortreten sehen, so liegt es gewiß sehr nahe anzunehmen, daß diese letzte Zeit nicht lauter neue Begriffe geboren, sondern größtentheils nur längst geborene und im Bewußtsein ausgebildete in der Form einer organisch in einander greifenden Gesetzgebung fixirt habe.¹ Eben weil aber die processualischen Institutionen sowie die technische Sprache der Kriminaljustiz erst in der Sullanischen Epoche zu einem mannigfaltiger und bestimmter gegliederten Systeme sich ausbildeten, so mußte man sich in jener Zwischenzeit darauf beschränkt sehen, die dem Begriffe nach im Volksbewußtseyn gar wohl unterschiedenen Vergehungen nach der Analogie der in den 12 Tafeln enthaltenen Anhaltspunkte zu behandeln.² Noch mehr mußte man sich mit dieser Art von Aushilfe in den ältesten Zeiten begnügen, wo die Zahl der

¹ S. meine Schrift über die Lehre von Mord und Totschlag Bd. 1. S. 63—66.

² Zacharia E. Corn. Sulla als Ordner des römischen Freistaats. S. 123.

judicia ohne Zweifel noch beschränkter war, und die Unterscheidung der Verbrechensbegriffe ihre Grundlage größtentheils nur in der Volkssitte hatte.³ Darauf ist aber keineswegs der Satz zu bauen, daß in dem Strafrechte jener Zeit überall kein System von Delikten noch irgend eine juristische Technik existirt, vielmehr der Begriff von Unrecht und Verbrechen außer den Fällen der *leges sacratae* lediglich durch das laut fühlbar gewordene Bedürfniß und durch die Volksmoral sich bestimmt, die Uebelthaten bloß durch ihr häufiges und regelmäßiges Vorkommen in der Volkssprache ihre Namen gehabt haben, und die Beurtheilung nach That und Recht den Gerichten vollkommen freigegeben gewesen sei.⁴ Denn, wie ich schon anderwärts bemerkt habe, so deuten schon die mannigfaltigen Strafarten, welche zur Zeit der Könige vorkommen, darauf hin, daß das Strafrecht damals keineswegs so roh, einförmig und der Willkühr überlassen sein konnte.⁵ Dasselbe bemerkt auch Rubino in seiner ebenso geistreichen, als gelehrten Schrift über den Entwicklungsgang der römischen Verfassung bis zum Höhepunkt der Republik⁶ mit besondrer Bezugnahme auf den Begriff der *perduellio*, und fügt sehr richtig hinzu: „Wenn bei den Proceßarten die Grenzen sich berührten und dadurch der Uebergang aus der einen in die andere erleichtert wurde, namentlich so oft politische Gründe ihn rathsam machten, so wird dadurch

³ Ed. Platner. *Quaestiones historicae de crim. jure antiquo Romano*. p. 688.

⁴ S. 3. B. Köstlin im N. Archiv des Krim.-Rechts Bd. XI. S. 1. Pro. 1. Derselben Geschichte und System des deutschen Strafrechts Bd. II. S. 21. Vgl. meine Schrift über Mord und Todtschlag a. a. O.

⁵ Liv. I. 26. II. 5. Dion. Hal. II. 56. Serv. ad Aeneid VI. 573. Cic. de legib. bei Augustin de civit. dei lib. 21. cap. 11. Isid. Orig. V. 27.

⁶ Rubino. Untersuchungen über die römische Verfassung und Geschichte. Thl. I. Cassel 1839. S. 458. 459.

der Kern der charakteristischen Unterschiede eben so wenig aufgehoben, als wenn in den Gebieten der Natur, der Völker u. die Endpunkte sich nähern und in einander spielen. Es kann gewiß nichts unfruchtbarer sein, als da, wo sich noch irgend Merkmale zur Scheidung der Gattungen auffinden lassen, diese wegen eines flüchtigen Anscheins zu vermengen, und dadurch eine Dunkelheit zu vermehren, welche ihren nachtheiligen Einfluß nothwendig auf andere Zweige der Alterthumskunde ausdehnen muß, wogegen von einer Sonderung derselben, so weit sie nur überhaupt nach der Natur der Sache und den vorhandenen Spuren möglich ist, sich künftig noch mancher Aufschluß über die Begriffe der Römer und den Entwicklungsgang ihrer Institute erwarten läßt.“ Je mehr wir diese Ansicht für richtig und ihren Ausdruck für epochemachend ansehen, um so weniger können wir damit übereinstimmen, wenn auch Rubino noch der entgegengesetzten Ansicht manches unnöthige Zugeständniß macht, wie er z. B. durch die von Cic. de legib. II. 9. §. 22 mitgetheilte Formel sich veranlaßt sieht, einzuräumen, daß ein altes Gesetz das *Sacrilegium* mit dem *parricidium* identificirt habe, während uns daraus nichts weiter zu folgen scheint, als daß das *Sacrilegium* unter das Kapitalgericht über das *parricidium* gefallen sei eben wie dies auch von dem einfachen Mord eines *homo liber* und von der Verletzung der Zucht gegenüber den *Matronen* berichtet wird. ⁷

⁷ *Festus* s. v. *parici quaestores*. *Plutarch* in *Romulo* cap. 20. Mit Recht bemerkt Rubino S. 462 Note 1, die Römer haben bei den Namen *parricida* und *parricidium* niemals vergessen, daß sie sprachlich nichts Anderes, als Vaternord bezeichnen, und daß jede Ausdehnung dieses Gebrauches bloß juristischer Natur sei. Wollte man aber auch hinsichtlich des einfachen Mordes ein Zueinanderlaufen der Begriffe annehmen, so ist doch ganz gewiß, daß bei der Verletzung der Zucht gegenüber den *Matronen* die Vereinigung mit dem *parricidium* nur auf dem Medium des Processes beruht, wie dies *Plut.* a. a. O. deutlich bezeichnet durch die Worte: *μὴ δ' ὁφείηται γυν-*

Eben deswegen vermögen wir auch nicht durchgängig die Folgen zugeben, welche Rubino dem vermeintlichen weiten Gebrauche der Analogie in diesen und ähnlichen Fällen zuschreibt. Die eine derselben soll in dem umfassenden Spielraume liegen, der in den ältesten Kriminalprocessen den leitenden Beaupten freigegeben war, die gesetzlichen oder herkömmlichen Strafen bald nach ihrer ganzen Strenge, halb mit Auswahl einzelner Bestandtheile derselben, oder mit Milderungen und Abänderungen anderer Art zur Anwendung zu bringen. Dies nämlich soll das Mittel gewesen sein, um entweder einer draconischen Härte in der gleichen Behandlung der Nebenverbrechen, wie des Hauptverbrechens, oder einer durch das Mißverhältniß zwischen Gesetz und Verbrechen veranlaßten gesetzwidrigen Milde der Richter vorzubeugen. Allein, da die behauptete Folge auf andrem Wege sich ganz natürlich erklärt, so ist es nicht nöthig, diesen Zweck in sie hineinzutragen. Einmal nöthigt uns nichts, anzunehmen, daß für verschiedene vor Ein judicium gehörigen Verbrechen die gleiche Strafe festgesetzt gewesen sei; im Gegentheil deuten die mehreren aus der ersten Zeit bekannten Strafarten darauf hin, daß ein solches judicium die Verfügung über mehrere Strafmittel hatte. Sodann ist es gewiß nichts Auffallendes, wenn selbst in Beziehung auf ein und dasselbe Verbrechen dem richterlichen Ermessen hinsichtlich der Strafzufügung ein gewisser Spielraum gegeben war, besonders in einer Zeit, wo es ohne allen Zweifel an allen gesetzlichen Bestimmungen über die verschiedenen hierbei zu beachtenden objektiven und subjektiven Momente fehlte, die Beachtung dieser Momente und

von, ἡ δὲ αὐτὴ γενομένη παρὰ τοῖς ἐπὶ τῶν ποταμῶν κατέβητο. S. 462—466 spricht auch Rubino durchaus dieser Voraussetzung gemäß. Gewiß sollte auch wohl die Formel: paricida esto nicht weiter sagen, als was auch Plutarch ausdrückt über was später mit dem Ausdrucke ἡδ' ἔγε τονεῖται bezeichnet wurde.

der Ausdruck davon in der Strafzumessung daher dem Gerichte überlassen werden mußte. Uebrigens sind aber die S. 456 Note 1 angeführten Fälle lauter Beispiele politischer Verbrechen, und zwar aus den ersten Zeiten der Republik. Auf politische Verbrechen aber, namentlich unter republikanischer Verfassung, wird man sich nie mit Sicherheit zur Rechtfertigung allgemeiner Behauptungen berufen dürfen, da hier von jeher das klassische Feld der Ausnahmen war, und Unsicherheit in den Grundsätzen besonders in einem Staate eintreten mußte, der soeben aus einer Monarchie Republik geworden und von den heftigsten Parteikämpfen bewegt war. Endlich aber handelte es sich ja in den angeführten Beispielen immer gerade nur um die Bestrafung desselben Verbrechens, und lag also, was Rubino übersehen zu haben scheint, gar kein Mißverhältniß vor, welches aus der Identificirung oder analogischen Behandlung verschiedener Verbrechen hervorgegangen wäre. — Als zweite Folge wird die angegeben, daß die Gruppen, welche sich oft nach sehr entfernter Verwandtschaft um den Mittelpunkt eines Haupt-Processes bildeten, an ihren Umkreisen in vielfache Berührungen mit einander haben gerathen müssen, so daß es von der Anklage abgehangen habe, ein und dasselbe Verbrechen bald an diese, bald an jene anzuschließen. Dabei ist nun zu bemerken, daß die S. 457 Note 1 angeführten Beispiele wiederum den politischen Verbrechen angehören und daher an und für sich nicht sehr beweiskräftig sind. Allein, hievon abgesehen, ist auch diese Erscheinung keineswegs eine solche, die sich nur aus der vorangestellten Voraussetzung erklären ließe. Vielmehr findet sich ja dieselbe noch in der Sullanischen und den darauf folgenden Zeiten, welchen Niemand eine Identificirung verschiedener im Begriffe getrennter Verbrechen zuschreiben wird. (Man denke nur an die Verwandtschaft mancher Fälle aus der *lex de sicariis* mit denen der *leges majestatis*, oder dieser mit

denen der *leges de vi.*) In der späteren Zeit erklärt sich diese Erscheinung daraus, daß in den großen Kriminalgesetzen nur immer einzelne Fälle angegeben wurden, so daß die Fälle aus verschiedenen Gesetzen in einander spielen und derselbe Fall unter verschiedenen Umständen unter die eine oder die andere *lex* fallen konnte, ohne daß wir deshalb annehmen müßten oder dürften, die Begriffe der Verbrechen selbst seien schwankend gewesen. Derselbe Grund muß aber auch für die frühere Zeit gelten, obgleich in geringerem Maße, weil weniger Fälle überhaupt gesetzlich fixirt waren. Eben deshalb konnten aber auch die Richter oder die Magistrate unter Umständen zweifeln, wo sie einen verschiedenen Seiten darbietenden Fall unterbringen sollten, der eigentlich einer Sanktion für sich bedurft hätte, nun aber nur unter die eine oder andere *lex* zu bringen war, zwischen deren Rubriken er eben eine Lücke ausfüllte. War nun mit solchen verschiedenen Gesetzen eine verschiedene Proceßart verbunden, so konnte allerdings eine Wahl zwischen verschiedenen Proceßarten, wenn man will, ein Uebergang von der einen in die andere vorkommen, ohne daß man deshalb glauben mußte, man habe die Verbrechen für identisch gehalten, wogegen ja gerade der Umstand spricht, daß die Magistrate unschlüssig sind und zwischen verschiedenen Rubriken wählen, um etwas Verwandtes unterzubringen. Wenn nun also endlich Rubino sagt, bei Betrachtung aller dieser Erscheinungen im Zusammenhang werde man nicht versucht sein, zu behaupten, daß die eine Klasse der Vergehen mit der andern identisch oder gar die Perduellion der alle Kapitalsachen umfassende Hauptbegriff gewesen sei, — so glauben wir, eben auf den Grund jener Thatfachen und des dazu Bemerkten noch weiter gehen und behaupten zu müssen, daß auch die, wie Rubino sich ausdrückt, in den verschiedenen

J. Weiske a. a. O. S. 7/8. Wächter N. Arch. des Krim. Rechts XIII. S. 2-4.

Klassen) zusammengegrupperten Vergehen unter sich, (s. B. *Sacrilegium* u. *parricidium*) keineswegs identisch gemessen seien, wie

§. 3. Diecks Ansicht.

Rehren wir nun zur perductio zurück, so sehen wir Diecks seine Behauptung, daß sie identisch mit dem *parricidium* (und anderen Kapitalverbrechen) gewesen sei, auf folgende Gründe bauen.

Erstmal spricht ihm dafür das Beispiel des Horatiers und die Bestimmung der 12 Tafeln, wonach derjenige mit dem Tode bestraft werden sollte, der einen römischen Bürger dem Feinde in die Hände spielen würde. Hierüber wird weiter unten die Rede sein und gezeigt werden, daß Beide Gründe nicht das Mindeste für die Behauptung von Diecks beweisen. Dasselbe ist aber auch mit den übrigen der Fall.

Cicero, sagt er, lasse den Rabirius wegen Tödtung des Saturninus der Perduellion angeklagt werden, während derselbe Schriftsteller bemerke, der Todtschlag eines römischen Bürgers sei ein *parricidium*. Allein diese Verurteilung ist deshalb ganz schief, weil es sich in dem Fall des Rabirius von der Tödtung, nicht eines simplen Bürgers, sondern eines durch *leges sacrae* geschützten Volkstribunen handelte, mithin in keinem Falle ein bloßes *parricidium*, sondern ein Verbrechen vorlag, das als Staatsverbrechen zu behandeln war und wobei Cicero mit dagegen eiferte, daß man die alte Form des hieher gehörigen Processes mit allen ihren Ehrenstellen hervorgerufen habe.

— *ad a. a. D. S. 7—11.*

Cicero pro Rabirio cap. 3—5. Idem Verrem II. Lib. V. cap. 66.

Niebuhr Cicero's Orat. fragm. p. 69 ss. Orelli Cic. orat. select. p. 155 Note. Drumann Geschichte Roms III. S. 163. u. 3. Rubino a. a. D. S. 312 ff. Die Note S. 313—315 enthält einen sehr ansprechenden Vermittlungsversuch zwischen Niebuhr und den übrigen

Ferner wird angeführt, daß Cicero die Catilinarier, die doch perduelles genannt zu werden verdient hätten, nur parricidas nenne, daß Florus den Bürgerkrieg des Marius ein parricidiale bellum, und derselbe die Söhne des Brutus parricidio pollutos nenne, sie, welche Livius mit proditores, i. e. perduelles bezeichne, ⁴ — eine Synonymität, die sich daraus sehr sichtlich erklären lasse, daß Rom die Communis omnium Romanorum parens gewesen sei. ⁵ — Allein, abgesehen von den ganz besondern Gründen, welche Cicero hatte, die Catilinarier nicht perduelles zu nennen (um nicht an die regia perduellio, der er als Conservativer so abhold war, zu erinnern), ⁶ so beweisen alle diese Beispiele von synonymem Gebrauch der Ausdrücke perduellio und parricidium gar nichts, weil der letztere hier überall nicht in technischem Sinn, sondern als rhetorische Floskel für parricidium patriae genommen ist, wie man freilich die perduellio gar wohl bezeichnen kann. Noch kürzlich hat der französische Siegelbewahrer, Minister Staatssekretär für die Justiz und den Cultus, Martin du Nord das hochverräterische Attentat des Damiens als einen „vatermörderischen“ Angriff auf das Leben des Königs bezeichnet; es wird aber deshalb Niemanden einfallen zu vermuthen, daß nach französischen Gesetzen Hochverrath und Vatermord identisch seien; und doch spricht hier der Justizminister eines modernen Staats

Ansicht. Auch hiernach aber bleibt soviel ganz gewiß, daß das Verbrechen, um das es sich handelte, eine eigentliche perduellio war. S. unten.

⁴ Sueton in Caesare cap. 12. Cicero in Pisonem cap. 2. Id. in Catilinam I. cap. 12. Id. ad Brutum II. 3. 15. Florus Lib. III. cap. 21. Lib. I. c. 9. IV. 1. Livius II. 3 — 5. Cicero in Antonium II. 17.

⁵ Cicero de officiis I. 17. 45. Livius I. 56.

⁶ Cicero nennt sie aber hostes, conjurati, conscelerati, proditores, was lauter viel treffendere Synonymen für perduelles sind, als parricida, wenn dies Wort in technischem Sinne zu nehmen wäre. Orat. in Pisonem cap. 10. 14. 31. 40.

in einem Rundschreiben an Justizbeamte, dort aber sprechen Redner und rhetorische Geschichtschreiber. Wären aber wirklich *parricidium* und *perduellio* identisch gewesen, so dürfte man doch vor Allem erwarten, daß Römische Schriftsteller, welche jener Zeit nahe lebten, eben da, wo sie *ex professo* von der *Perduellion* reden, auch nur wenigstens entfernt auf jene Identität hindeuteten. Dies ist aber gerade nicht der Fall. Barro und Cicero sagen, daß *perduellis* soviel sei, als *hostis*, oder, wie L. 234 pr. de V. S. sagt, *perduelles, cum quibus bellum esset*.⁷ In engerem Sinne aber bedeutete, nach den Zeugnissen von Livius und Cicero, welche Dietz selbst anführt, *perduellis* „denjenigen, der als Bürger, die höchsten Obliegenheiten gegen den Staat aus den Augen sehend, wider sein eigenes Vaterland Verschwörungen und Aufruhr anstiftet oder anzustiften droht, und Staatsrevolution beabsichtigt.“ Davon, daß *perduellis* auch einen einfachen Mörder oder gar jeden Kapitalverbrecher bedeute, ist nicht im Entferntesten die Rede. Ist aber *perduellis* nach dem Sprachgebrauch der älteren Zeit nichts anders, als unmittelbar politisches Verbrechen, Verbrechen, dessen unmittelbares Object die *res publica* ist, so stimmt damit auch der spätere Gebrauch des Wortes vollkommen überein. Wenn Ulpian sagt: *Perduellionis reus* sei, wer *hostili animo adversus rem publicam vel principem animatus*⁸ Verbrechen begehe, so bezeichnet er mit *Perduellio* eben dasselbe, was auch die Schriftsteller der Republik in dem Worte finden, und wir haben nicht die jedenfalls verwunderliche Annahme nöthig, daß die *perduellio* zuerst Gattungsbegriff für alle Kapitalverbrechen oder wenigstens identisch mit dem *parricidium* gewesen, sodann

⁷ S. die Stellen bei Dietz a. a. O. in den Noten zu §. 3. Die bloß grammatischen Erklärungen von Festus und Sospator Charisius gehören gar nicht zur Sache.

⁸ l. 11. D. ad legem Jul. maj. (48. 4.)

ganz und gar abgekommen und hinterdrein als etwas ganz anders, nämlich als crimen majestatis oder eine Art von diesem wieder aufgelebt sei.⁹ Vielmehr, wenn dieser spätere Sprachgebrauch irgend motivirt sein und nicht als ein Produkt großer Ignoranz oder reiner Willkür dastehen soll, so müssen wir dafür halten, daß er seinen Grund in der herkömmlichen Bedeutung gehabt habe, welche man mit dem Ausdruck perduellio verband; somit dient der Sprachgebrauch des Ulpian zur Bestätigung dessen, was wir aus Varro, Cicero und Livius wissen, daß man nämlich von jeher unter perduellio nur eigentliche Staatsverbrechen verstand.

Der Hauptbeweis für die Ansicht, daß perduellio und parricidium in der ältesten Zeit identisch gewesen seien, beruht immer, auch bei Dietz, auf der Erzählung von dem Horatier, sofern hier in Folge einer That, die zunächst ihrem Inhalte nach durchaus nur den Charakter des parricidium an sich trägt, das judicium perduellionis angeregt wird, und zwar in derselben Weise, wie noch Cicero dasselbe in der Rede für den Rabirius beschreibt. Allein, um von allem Andern vorerst abzusehen, so genügt es hier, zu bemerken, daß durch diese Erzählung, wäre sie auch ganz buchstäblich zu nehmen, immer nur der Beweis dafür geliefert wäre, daß der Mord unter das für die perduellio festgesetzte Gericht gefallen sei, nicht aber auch für die hievon wesentlich verschiedene Behauptung, daß man ihn mit der perduellio für identisch gehalten habe. Freilich kann jenes dann auch wieder nicht vom Mord allein gelten, sondern muß nothwendig wenigstens auf das Sacrilegium und die Verletzung der Zucht gegen die Matronen mitbezogen werden, weil von diesen Verbrechen die nahe Verbindung mit dem parricidium und dem Gerichte für das parricidium aus Cicero

⁹ Vgl. Rubino a. a. D. S. 471. not. 2.

und Plutarch gewiß ist.¹⁰ Mag man aber nur so weit, oder mag man weiter gehen und das *judicium perduellionis* für das Kapitolvericht überhaupt halten, — immer hat diese Ansicht, welche sich auf die Identität der Proceßform beschränkt, vor der andern, welche die Begriffe der Verbrechen selbst zusammenwirft, den Vorzug der größeren Natürlichkeit. Gewiß ist aber etwas so Auffallendes, wie der Satz, daß die Römer zur Zeit eines schon feststehenden, ziemlich ausgebildeten Gemeinwesens alle Kapitalverbrechen, daß sie wenigstens das Privatverbrechen des Mords mit dem Staatsverbrechen des öffentlichen Verraths unter Einer Benennung in unterschiedsloser Allgemeinheit zusammengefaßt haben sollten, — etwas so höchst Auffallendes ist nicht ohne Noth anzunehmen; um so weniger, wenn eine viel natürlichere Erklärung fast auf der Hand liegt.

S. 4. Begriffsbestimmung.

Halten wir nun, was sich im Verlaufe dieser Abhandlung noch weiter bestätigen wird, vor der Hand fest, daß schon zur Zeit der Könige unter *perduellio* nur Verbrechen gegen das Gemeinwesen verstanden worden sind, so haben wir freilich zu bedauern, daß die Nachrichten der Quellen über Begriff, Proceßirung und Bestrafung dieser Verbrechen in der ältesten Zeit nur sehr spärlich fließen. Indes werden wir kaum irren, wenn wir zu näherer Bestimmung dieser Punkte auch die Nachrichten aus den ersten Zeiten der Republik heranziehen, da wir annehmen dürfen, daß mit der Veränderung der Verfassung nach Vertreibung der Könige diese Verbrechen nicht so wohl ihren Begriff, als vielmehr nur ihre Arten gewechselt haben.¹

¹⁰ Cicero de legib. II. 9. §. 22. Festus s. v. parici quaestores. Plutarch. Romul. c. 20.

¹ Nähere Unterscheidungen s. unten.

§. 5. Strafrecht und Strafproceß unter den Königen.

Zuvörderst können wir als ausgemacht annehmen, daß mit dem Zustande des ganzen Gemeinwesens auch die Strafrechtspflege unter den Römischen Königen schon weit mehr entwickelt war, als wir es in den entsprechenden Bildungsperioden andrer Staaten wahrnehmen. ¹ Neben dem Talionsrechte und seiner Vermittlung zu Gunsten des gemeinen Friedens im Systeme der Vermögensbußen finden wir bei den Römern frühe schon eigentliche öffentliche Strafen, und zwar ist die Staatsgewalt als Organ der Strafrechtspflege nur einerseits durch jene Reste der *vindicta privata*, vornämlich bei Injurien und Eigenthumsbeschädigungen, andererseits durch das *judicium domesticum*, das ihr aber schwerlich viel Eintrag that, beschränkt. Sie spricht sich dann näher in einer doppelten Richtung aus, einmal nämlich in dem Sakralstrafrechte, welches auf eine Achtung hinauslief, und dann in dem eigentlichen öffentlichen Strafrechte, wornach förmliche Kapitalstrafen verhängt und vollzogen wurden. Dabei erscheint das Sakralstrafrecht selbst als eine Uebergangsstufe zwischen dem Systeme der *vindicta privata* und dem Strafrechte als unmittelbarem Ausflusse der Staatsgewalt, insofern in dem Sakralstrafrechte ein idealisirtes Rachesystem in der dem Rechte angemessenen Form der Allgemeinheit sich geltend macht. Auch zeigt sich das darin vorwaltende theokratische Element gegen eine früher ohne Zweifel weitere Ausdehnung bereits sichtlich beschränkt, indem die dahingehörigen Bestimmungen, mit Ausnahme des diebischen nächtlichen Abmähens der Saat und des Versetzens der Gränzsteine auf den Feldern, lediglich in die Sphäre der Familie und das Klientelverhältniß

¹ S. Meine Schrift über Mord und Todtschlag S. 20—41. Wachsmuth de poenae capitis apud gentes Europaeas adolescentes sanctitae causis disp. 1839. p. 15. ss. Rubino a. a. D. S. 440—453. 459 ff. Götzling Geschichte der römischen Staatsverfassung. S. 148—167.

fallen, wo denn allerdings die alte theokratische Ansicht deshalb wohl noch fortbestehen konnte, weil sie hier das Selbstbewußtsein des Staats nicht unmittelbar berührte.

Dieser Ausbildung der Strafgerichtsbarkeit ihrem Inhalte nach entsprach aber auch eine gewisse Reife des processualischen Verfahrens. Rubino ² scheint sehr Recht zu haben, wenn er den Grund für die erste Erscheinung in der engen Verbindung des patricischen Elements mit dem Königthume suchen zu müssen glaubt, und insbesondere sagt, die Patricier in ihrer Gesamtheit seien als die wahren Urheber der traditionellen Grundsätze über das Strafrecht zu betrachten, und aus ihrem überwiegenden Einflusse, aus der Verbindung der von ihnen bewahrten Rechtslehre mit der priesterlichen Wissenschaft erkläre sich zum Theil der größere Umfang und die größere Ausbildung, welche die Strafgerichtsbarkeit in Rom frühzeitig erlangt habe. Darin liegt aber schon die Vermuthung, daß auch für die andere Erscheinung der Grund hauptsächlich in demselben Verhältnisse liegen müsse, indem anzunehmen ist, daß auch die Entscheidung über die Kapitalsachen wenigstens hauptsächlich von den Patriciern, als den nothwendigen Rathgebern des Königs, als den Erhaltern des nationalen Rechts abhängig gewesen sei. ³

In der That sehen wir denn auch frühe schon die Könige in Verbindung mit den Patriciern in der Strafrechtspflege thätig werden. Cicero sagt uns, daß es zur Zeit der Könige eigentliche judicia, d. h. förmliche Gerichte für Verbrechen mit Anklage, Vertheidigung, Beweisverfahren und Endurtheil gegeben habe. ⁴ Näher wird sodann durch verschiedene glaubwürdigen

² A. a. D. S. 452. 453.

³ Götting a. a. D. nimmt von Anfang an eine allgemeine Provocation an das in den Curien versammelte Volk, und bei den schwersten Verbrechen unmittelbare Volksgerichtsbarkeit an. S. 158.

⁴ Nego potuisse jure publico, legibus iis, quibus haec civitas utitur, quemquam civem ulla ejusmodi calamitate affici sine

Nachrichten bezeugt, daß es die Könige an der Spitze eines von ihnen gebildeten Patricierkollegiums waren, welche die Strafgerichtsbarkeit in höchster Instanz ausübten.⁵ Namentlich berichtet Dionysius schon von Romulus, daß er die größten Verbrecher selbst gerichtet, die Aburtheilung der geringeren aber den Rathmannen überlassen habe,⁶ womit die andere Nachricht des Dion. zu verbinden ist, daß Romulus einige Verbrechen selbst abgeurtheilt, bei andern die Entscheidung andern aufgetragen habe.⁷ In beiden Stellen wird nun zwar nur unterschieden zwischen Prozessen, welche der König unmittelbar selbständig entschieden, und solchen, zu deren Entscheidung er Andere (die Rathmannen) beauftragt habe; es wird also nichts von einem dem Könige zur Seite stehenden Patricierkollegium erwähnt. Nun haben aber schon früher Kenner des römischen Alterthums bemerkt, daß unter den *βουλευται*, welchen der König die Aburtheilung der geringeren Verbrechen aufgetragen haben soll, nicht wohl der Senat als solcher verstanden werden könne, weil dieser niemals für sich die zur selbständigen Ausübung der Gerichtsbarkeit nöthige potestas hatte.⁸ Es müssen daher diese Beauftragten solche gewesen sein, denen der König als seinen Stellvertretern seine potestas förmlich überließ. Zugleich erhellt nun aber aus anderweitigen Nachrichten, daß die Könige auch da, wo sie in eigener Person zu Gericht saßen,

⁵ *judicio: hoc juris in hac civitate etiam tum, cum reges essent, dico fuisse* Cic. pro Milone 357.

⁶ *E. & B. Dion. Halic. V. 9—11. Zonaras VII. 13. I. 2. §. 16. D. de orig. juris.*

⁶ *Τῶν δὲ ἀδικημάτων τὰ μέγιστα μὲν αὐτὸν δικάζειν, τὰ δὲ ἐλαττονα τοῖς βουλευταῖς ἐπιτρέπειν.* Dion. Halic. II. 14.

⁷ *Τῶν δ' εἰς ἀλλήλους ἀδικημάτων οὐ χρονίους, ἀλλὰ τάχους ἐποιεῖτο τὰς κρίσεις, τὰ μὲν αὐτοῦ διελὼν, τὰ δ' ἄλλοις ἐπιτρέπων.* Dion. Halic. II. 29.

⁸ *Georg d'Arnaud Var. conject. I. 17. Adrian van des Hoop 1 c. cap. 1—3. A. M. Sigonius de judiciis II. 4.*

in der That ein Kollegium von Senatoren neben sich hatten. Denn schon von Romulus erzählt derselbe Dionysius, ⁹ er habe durch το ὄμιον αὐτοῦ παρὶ τὰς τιμωρίας καὶ ἀνθ' αὐτῶν den Senat gegen sich gereizt, indem er mehrere angesehenen Männer, die wegen Raubzügen gegen benachbarte Völker angeklagt gewesen seien, allein abgeurtheilt und zu harter Strafe gebracht habe, τὴν δίκην αὐτὸς μόνος δικάσας. Und ganz auf dieselbe Weise tadelst Livius ¹⁰ die Schreckensregierung des jüngeren Tarquinius vornämlich deswegen, weil derselbe Cognitiones capitalium rerum sine Consiliis per se solus exercebat. Positiv wird aber von Servius Tullius berichtet, daß er die Mörder des ältern Tarquinius vor das Gericht des Senats gezogen und dieser dieselben (unter seinem Vorsitze) abgeurtheilt habe. ¹¹ Mit Recht behauptet daher Haubold, ¹² daß den Königen in der Regel auch bei Aburtheilung schwererer Verbrechen, wie dies namentlich auch in der Erzählung von Mettus Fuffetius ¹³ deutlich werde, ein Kollegium von Räten, die besonders hiezu bestellt gewesen seien, zur Seite gestanden habe. Nur scheint Haubold, wie auch die o. a. d'Arnaud und Adrian van der Hoop, diese beigeordneten Räte für dieselben zu halten, welchen die Entscheidung über geringere Verbrechen in selbständiger Weise übertragen gewesen sei, während Rubino diese von jenen trennt, und vermuthet, es werden auch die beauftragten und mit der königlichen potestas bekleideten Stellvertreter des Königs das senatorische Consilium, die βουλευται zu versammeln gehabt haben, damit dieses unter ihrem (wie sonst unter des Königs) Vorsitze, einen Spruch fälle, wogegen dem Verurtheilten wahrscheinlich die Appellation an

⁹ Dion. Halic. II. 56.

¹⁰ Livius. I. 49.

¹¹ Zonaras VII. 9.

¹² l. c. opusc. Tom. I. p. 129. 130.

¹³ Dion. Halic. III. 26.

den König freigestanden habe.¹⁴ Diese Art von Strafrechtspflege war jedoch nicht die einzige; die Geschichte von dem Horatier zeigt, daß es auch noch eine andere gab, welche darin bestand, daß die Könige gewisse niederen Beamten zu Richtern bestellten und diesen die Entscheidung übertrugen, jedoch unter Vorbehalt der an das Volk zu erhebenden Provokation.¹⁵

Wie dem aber auch sein möge, soviel ist nach dem Bisherigen gewiß, daß wir es in der Zeit der römischen Könige mit einem schon ziemlich ausgebildeten Gemeinwesen und einer diesem Zustande der Reife angemessenen Strafrechtspflege zu thun haben. Eben deshalb dürfen wir hier für keine Verbrechen so sicher feste Begriffe, öffentliche Strafen und ein bestimmtes Proceßverfahren erwarten, als gerade für die politischen, und wir brauchen keineswegs, um die Entstehung der hiefür bestimmten Gerichte zu erklären, mit Rubino den unsichern Boden einer mythischen Urzeit zu betreten, — wovon unten ein Mehreres.

§. 6. Gesetze über die Perduellio.

Es darf uns daher nicht irren, wenn uns die Ungunst der Zeit die wünschenswerthen vollständigen Nachrichten über diese Punkte vorenthalten hat, ja sogar das nicht, wenn manche der erhaltenen Nachrichten in ihrer Beweiskraft sollte angefochten werden müssen. Denn daran dürfen wir festhalten, daß es gemäß dem Kulturstande jener Zeit eine perduellio als

¹⁴ Dion. Halic. II. 14. Rubino a. a. D. S. 451.

¹⁵ Rubino a. a. D. S. 480—442. Götting a. a. D. bleibt bei den Worten des Dion. stehen und nimmt an, der König habe entweder selbst zu Gerichte geseßen, oder seine Gewalt an Senatoren übertragen (quaestores, aediles). Der Richtende habe selbst entschieden (d. h. entweder der König oder seine Stellvertreter); nur in Kapitalsachen habe er (der König oder seine Stellvertreter?) ein consilium senatorium zum Beirath gezogen; von jedem Ausspruche aber habe provocatio an das Volk freigestanden. S. 157. 158. 161.

bestimmtes, mit öffentlicher Strafe bedrohtes, einer bestimmten Proceßform unterworfenen Verbrechen geben mußte.

Was nun vorerst die gesetzlichen Bestimmungen über dieses Verbrechen betrifft, so gibt uns allerdings die juristische Literatur sogar mehr als eine an die Hand, die schon von Romulus herrühren sollen.¹

Balduin, Pratejus, Hoffmann, Pighius, Manutius und Gebauer zählen hieher ein angebliches Gesetz des Romulus, *ne nocturnae in templis vigiliae haberentur, neve coitiones clanculariae fierent etc.* Allein schon Haubold hat zur Genüge gezeigt, daß nicht nur die Existenz eines solchen Gesetzes an sich höchst zweifelhaft sei, sofern sie aus den zum Beweise angeführten Stellen des Dionys. Halic. (II. 19.) und des Cicero (de legibus II. 9. 14. 15.) keineswegs hervorgehe, sondern auch, die Existenz des Gesetzes zugegeben, doch die Tendenz desselben keineswegs in die Sphäre der *perduellio* falle, sondern lediglich dahin gehe, für die Keuschheit und den guten Ruf der Weiber zu sorgen, damit sie nicht, in leichtsinnigem Zusammensein mit den Männern, unter dem Vorwand heiliger Gebräuche Muckerei treiben möchten.²

Ebenso mißlich steht es mit einem zweiten, auch noch von Haubold dafür angenommenen Romulischen Gesetze über die Heilighaltung der Mauern, welches Pighius geradezu die *prima perduellionis lex* nennt.³ Mit Recht sagt Dietz,⁴

¹ Balduinus ad legg. Romuli cap. 8. in Heineccii jurispr. Rom. et Att. Tom. I. p. 34. Pratejus jurispr. vet. in Ottonis thes. jur. Tom. IV. p. 442. Hoffmann hist. jur. Vol. II. P. 1. p. 30. Pighius annal. Rom. Tom. I. p. 18. Manutius de legg. Rom. C. 2. in Gravii thes. Tom. II. p. 1209. Gebauer Exercit. acad. Vol. I. p. 28.

² Haubold l. c. p. 122—125. G. Dietz a. a. D. S. 16.

³ Pighius annal. Rom. Tom. I. p. 17. Haubold l. c. p. 116—121. und die dort Angeführten.

⁴ Dietz a. a. D. S. 15. 16. und Sigonius, Gravina, Heineccius an den dort angef. Stellen.

wenn man dieses Gesetz in die Sphäre der Perduellionsgesetze ziehen wollte, so würde man dasselbe leicht mit einer jeden gesetzlichen Bestimmung über die Verletzung beschädigter Sachen thun können.

Nun wird aber auch noch ein drittes Romulisches Gesetz angeführt, welches recht eigentlich die perduellio oder wenigstens die proditio zum Gegenstande haben soll.

Bei Gelegenheit des Klientelverhältnisses nämlich sagt Dionys. Halic. lib. II. cap. 10: *Κοινῇ δ' ἀμφοτέροις οὐτε ὁσίων οὐτε θεμῆς ἢν, κατηγορεῖν ἀλλήλων ἐπὶ δίκαις, ἢ καταμαρτυρεῖν, ἢ ψηφον ἐναντίαν ἐπιφέρειν, ἢ μετα τῶν ἐχθρῶν ἐξεταρεσθαι, εἰ δὲ τις ἐξελεγχθῇ τούτων τι διαπραξαμένος, ἐνόχος ἦν τῷ νόμῳ τῆς προδοσίας, ὃν ἐκύρωσεν ὁ Πάμυλος.* τον δε ἄλονται τῷ βουλευμένῳ πτείνειν ὁσίων ἢν, ὡς θυμὰ τοῦ καταχθονίου Διός. Haubold wundert sich darüber, daß manche Ausleger der königlichen Gesetze, wie Ant. Augustinus, Fulvius Ursinus, Balduin, Pighius, Gebauer, dieses Gesetz ganz übergangen, andere, wie Merula, Hoffmann, Bach es nur obenhin berührt haben, während nach Andern, wie Sigonius, Gravina, Heineccius darin sogar das erste römische Majestätsgesetz zu finden sein soll. ⁶ Unter denen nun, welche dieses Gesetz berücksichtigten, gab es immer schon Einige, welche dasselbe lediglich auf die Verletzung der Heiligkeit des Klientelverhältnisses bezogen und für das Vorbild des 12 Tafelgesetzes: Patronus, si clienti fraudem fecerit, sacer esto hielten. ⁷ Dagegen behaupteten Sigonius, Gravina, Heineccius, d'Arnaud u. A., Dionysius

⁵ Vgl. Servius ad Aeneid. VI. v. 609. Dirksen Versuche zur Kritik und Auslegung der Quellen des röm. Rechts. Ges. des Romulus. Fragm. 1.

⁶ Haubold 1. c. p. 112—116 und die dort Angef.

⁷ Merula de legib. Rom. c. 2. p. 34. Boeclerus Dissertationes acad. Tom. I. p. 811. Ba hii hist. jur. Lib. I. cap. 1. sect. 2. §. 2 not. f. Arntzen act. ioc. liter. Rheno-Traj. Tom. I. p. 119.

setze hier eine allgemeine, auf Verhütung innerer Unruhen und öffentlichen Verraths abzielende *lex proditionis* voraus und sage von Romulus nur, daß er die Verletzung des Klientelverhältnisses eben so hart, wie den öffentlichen Verrath habe bestraft wissen wollen.⁸ Dieser letzteren Ansicht pflichtet auch Haubold bei, und zwar aus doppeltem Grunde: einmal weil *προδοσια* im gesetzlichen Sprachgebrauch immer nur den eigentlichen öffentlichen Verrath, das *consuetum insidiarum reipublicae structurarum crimen* bezeichne, und dann wegen der Tendenz, welche Romulus bei Festsetzung der aus dem Klientelverhältnisse hervorgehenden wechselseitigen Pflichten ohne Zweifel vor Augen gehabt habe, und welche keine andere gewesen sei, als die: Aufstände zu verhüten, welche meistens entstehen, wenn dürftige Menschen von niedrigem Stande von den Mächtigeren verächtlich behandelt werden, oder jene die Reicheren beneiden. Diese Gründe adoptirt auch Dieß, und fügt noch hinzu, die fragliche Interpretation lasse sich auch deshalb um so eher rechtfertigen, weil das Verhältniß des Patrons zu seinem Klienten dem Verhältniß des Vaters zu seinem Sohne ähnlich gewesen sei und weil auf der andern Seite *parricidium* und *perduellio* d. h. *προδοσια* so oft als gleichbedeutend vorkommen.

Wenn übrigens Mehrere⁹ den Inhalt des angegebenen Romulischen Gesetzes, und zwar als eigentlichen Perduellionsgesetzes, in den 12 Tafeln wieder finden wollen, so gehen Haubold und Dieß wenigstens nicht soweit, sondern geben zu, daß in den 12 Tafeln nur von dem Verrathe des Patrons am Klienten die Rede und hiefür dieselbe Strafe festgesetzt sei,

⁸ Haubold l. c. p. 114. not. f.

⁹ Gravina Orig. jur. civ. Lib. III. §. 85. p. 416. van der Ramhorst D. ad leg. 5. C. ad leg. Jul. maj. cap. 2. de Witte de crim. maj. pag. 27. Haubold l. c. p. 115. Dieß a. a. O. S. 15.

wie von Romulus für dieses Verbrechen und den öffentlichen Verrath.

Der gedachten Ansicht stimmt nun auch, ohne jedoch Gründe anzuführen, Rubino bei, indem er sagt: „die Wirkung der Analogie zeigt sich nun vorzüglich in der Anwendung dieses zunächst für Staatsverbrechen geltenden Gesetzes (nämlich eben jenes Romulischen νόμος της προδοσίας) auf ein Privatverhältniß: der Klient, welcher sich den Feinden seines Patrons zugesellte, gegen ihn zeugte oder stimmte, noch mehr aber der Patron, welcher sich dieser Handlungen gegen den Klienten schuldig machte, oder ihn hinterging, verfiel in eine dem Landesverrath ähnliche Strafe, indem auch hier die Merkmale der Verbindung mit den Gegnern gegen das Wohl und das Interesse desjenigen, welchem man zur Treue verpflichtet war, widerkehrten.“¹⁰

Wenn aber nicht haltbarere Gründe für die Existenz des angeblichen Romulischen Gesetzes angeführt werden können, so wird man wohl denjenigen beistimmen müssen, welche ein Romulisches Gesetz über den öffentlichen Verrath verwerfen. Soviel ist nämlich gewiß, daß sich außer der angeführten Stelle des Dionysius, bei keinem Schriftsteller eine Hindeutung auf ein solches Gesetz findet. Jene Stelle des Dionysius ist mithin die einzige Quelle dafür, und man darf sie nur unbefangen lesen, um sogleich einzusehen, wie gewagt die darauf gebaute Hypothese ist. Dionysius spricht hier überall nur von dem Klientelverhältnisse, einem Verhältnisse des Privatrechts. Eine Beziehung auf das öffentliche Recht liegt der Stelle in dem ganzen Zusammenhange, worin sie steht, durchaus fern: diese Beziehung muß erst von dem Interpreten hineingelegt werden, ohne daß sich hierfür ein anderer Anhaltspunkt fände,

¹⁰ Rubino a. a. O. S. 468, 469. Götting a. a. O. S. 159. läßt es dahingestellt, ob auch der ein perduellis gewesen sei, welcher das Verhältniß zwischen Patron und Klienten verlegt habe.

als der simple Wortlaut des Ausdrucks *πρδοσια*. Nun behauptet zwar Haubold, gerade in diesem Ausdrucke liege genügender Beweis für seine Ansicht, sofern im gesetzlichen Sprachgebrauch mit diesem Ausdrucke immer nur der öffentliche Verrath, der Verrath an Vaterlande, am Gemeinwesen bezeichnet werde. Allein den Beweis für diese Behauptung ist Haubold schuldig geblieben. Derselbe ist aber auch freilich nicht wohl zu führen. Denn *πρδοσια*¹¹ heißt eben so gut: einen Freund in der Noth verlassen, als sein Vaterland verrathen, *πρδοσια* kann daher ebensowohl in einem Verhältniß zwischen Privaten, als in einem Verhältnisse des öffentlichen Rechts vorkommen. Es soll damit nicht in Abrede gestellt werden, daß *πρδοσια* in der Regel allerdings den öffentlichen Verrath bezeichnet. Aber damit ist noch keineswegs bewiesen, daß das Wort nicht auch für Verrath in einem privatrechtlichen Verhältnisse gebraucht sein könne. Auch das deutsche Wort Verrath kommt in beiden Richtungen vor. Doch — es braucht nicht weiterer Zeugnisse, da ein schlagendes in der Stelle selbst liegt. In dieser wird ja eben gesagt, daß Romulus die Pflichtverletzung zwischen Patron und Klienten als *πρδοσια* behandelt habe. Haubold selbst gibt zu, die Romulische *lex proditiōis* habe den Verrath zwischen Patron und Klient unter sich begriffen und dem 12. Tafelgesetz: *si patronus*, in der Art Platz gemacht, daß nunmehr das *neglectum patroni officium* von dem Verbrechen des öffentlichen Verraths als besonderes Verbrechen ausgeschieden worden sei. Rubino sagt, es zeige sich in der Anwendung des Gesetzes über den öffentlichen Verrath auf das privatrechtliche Verhältniß der Klienten die Wirkung der Analogie in vorzüglichem Grade. Und freilich mit Recht: denn was ist namentlich das *μετα των εχθρων δεσφαι* anders, als eine *πρδοσια*, „eine Verbindung mit

¹¹ Xenoph. *Cyrop.* 2, 4, 10. und 3, 6, 20.

den Gegnern gegen das Wohl und Interesse desjenigen, welchem man zur Treue verpflichtet ist? Also — nicht nur ein hinlänglicher Grund lag für Romulus in der Analogie, um die Pflichtverletzung im Klientelverhältnisse als Verrath zu bezeichnen, sondern er that dieß auch wirklich, selbst nach Haubolds Ansicht. Eben deswegen konnte dann Dionysius ganz wohl das Gesetz über die Klientel als νόμος τῆς προδοσίας bezeichnen. Es ist aber eben damit auch die Behauptung widerlegt, daß προδοσία im gesetzlichen Sprachgebrauche überall nur den öffentlichen Verrath bedeute.

Noch mißlicher steht es mit dem zweiten von Haubold angeführten Grunde. Romulus soll bei dem Gesetze über die Pflichtverletzung im Klientelverhältnisse die Tendenz gehabt haben, Aufständen vorzubeugen, welche durch derlei Pflichtverletzungen leicht hervorgerufen werden können. Denn zugegeben, daß die Betrachtung dieser Möglichkeit, wie dieß allerdings Dionysius (nicht aber der von Haubold gleichfalls angef. Plutarch) andeutet, für Romulus wenigstens mit ein Motiv gewesen sei, um die Heilighaltung des Klientelverhältnisses bei strenger Strafe einzuschärfen, so ist doch hievon noch ein weiter Schritt bis zu der Vermuthung, daß er jene Pflichtverletzung mit dem Hochverrathe geradezu identificirt habe.

Wenn endlich Died (was auch J. Gothofredus in den fontes IV. bei Gelegenheit des fr. si patronus etc. thut), darauf aufmerksam macht, daß das Verhältniß des Patrons zu seinem Klienten ähnlich sei dem Verhältnisse des Vaters zu seinem Sohne, so beruht der Nerv des hieher gehörigen Beweises darauf, daß parricidium mit proditio s. perduellio s. προδοσία identisch sei. Daß dieß aber eine ganz falsche Voraussetzung sei, ist schon oben gezeigt worden.

Endlich glauben wir, auch aus positiven Gründen eine Identität des Romulischen Gesetzes über das Klientelverhältniß mit einem angeblichen Gesetze über den öffentlichen Verrath,

und zwar deshalb nicht zugeben zu dürfen, weil die für die Pflichtverletzung des Patrons und des Klienten angedrohte Folge nach Dionysius die ist, daß *τον δε αλοντα τῷ βουλευμένῳ κτείνειν ὅσιον ἦν, ὡς θυμὰ τοῦ καταχθονίου Διὸς*, also dieselbe, welche das 12 Tafelgesetz durch *Sacer esto* ausdrückt. Daß dies auch auf den öffentlichen Verrath bezogen werden sollte, widerspricht dem Zustande der Ausbildung, welchen das römische Gemeinwesen zur Zeit der Könige bereits hatte. Hier läßt sich nämlich eine Wirksamkeit des theokratischen Elements im Strafrechte zwar wohl noch in Beziehung auf das Familienrecht und das diesem verwandte Klientelverhältniß denken, nicht aber auch in Beziehung auf das öffentliche Recht, auf unmittelbare Angriffe gegen den Staat; in dieser Sphäre vielmehr, wenn irgendwo, ist ein unmittelbares Eingreifen der Staatsgewalt mit öffentlicher Strafe zu erwarten, nicht aber eine bloße Verfehmung. Dasselbe muß auch nach Rubinós Ansichten behauptet werden, wenn dieser sagt, die *Sacratio capitis* erscheine hauptsächlich nur bei solchen Vergehen, welche leicht insgeheim begangen werden können, deren Verweis und Bestrafung vor dem menschlichen Richter daher durch ihre Natur erschwert sei; wenn er unter mehreren Beispielen hiefür, wie freilich natürlich, der *proditio* nicht erwähnt, wenn er namentlich in Zweifel zieht, ob nur jemals eine allgemeine Sanktion über die *Sacratio capitis* von den Königen aufgestellt worden sei, eine thätige Theilnahme des Volks dabei aber als undenkbar entschieden verwirft, — wenn er dagegen andrerseits die Institutionen über diejenigen Verbrechen, welche die Sicherheit der Volksgesellschaft gefährden, schon der frühesten Urzeit, als durch das Gesetz der Selbsterhaltung geboten, zuschreibt und dieselben sogar sehr genau von den Institutionen über andre Verbrechen, welche mit der *Sacratio capitis* in Beziehung stehen, gesondert wissen will, wenn er endlich zu der fraglichen Stelle des Dionysius, obgleich er darin auch eine eigentliche *lex*

proditionis findet, doch ausdrücklich wenigstens soviel bemerkt, daß sich die *Sacratio capitis* als Folge vielleicht ausschließlich wenigstens aber vorzugsweise auf den betrügerischen Patron beziehe.¹²

Nach dem Gesagten dürfte sonach kein Grund vorhanden sein, das römische Verrathsgesetz auf den öffentlichen Verrath zu beziehen. Vielmehr wäre darin lediglich das Vorbild des Zwölftafelgesetzes: *Si patronus*, zu erkennen, welches für den Verrath des Patrons (ob auch des Klienten? wissen wir nicht) gleichfalls als Folge das *Sacer esto* festsetzt, und sonach mit der Erzählung des Dionysius durchaus harmonirt. Dagegen würde dasjenige Zwölftafelgesetz,¹³ welches die *proditio* zum Gegenstande hat, und für diese die Todesstrafe festsetzt, sein Vorbild in irgend einem andern königlichen Gesetze zu suchen haben, wovon sich vermuthen läßt, daß es gleichfalls schon die Bestrafung dieses Staatsverbrechens der Staatsgewalt unmittelbar vindicirt haben werde.

Ein solches Gesetz schreibt nun Pighius dem Numa Pompilius zu, und zwar soll dasselbe folgendermaßen gelautet haben: *Si quis adversus rempublicam faciundo regis magistratusve populivae majestatem hostili animo laedat, perduellis esto; duumviri judicent; si a duumviris provocarit, provocatione certato: si vincent, caput obnubito, infelici arbore reste suspendito, verberato, vel intra pomoerium,*

¹² Rubino a. a. D. S. 412—415. 459—466. 469. n. 1. Platner de crim. jure ant. Rom. p. 31. gibt zu, daß die Stelle des Dionysius nicht von einem besondern königlichen Gesetze über öffentlichen Verrath zu verstehen sei, meint aber, es lasse sich hier doch ein Schluß a minori ad majus machen. Allein unter den Königen war die *proditio* überall kein Sakralfall mehr; es trat nur öffentliche Strafe, nicht mehr Achtung ein.

¹³ *Lex duodecim tabularum* jubet eum, qui hostem concitaverit, quive civem hosti tradiderit, capite puniri. l. 3. pr. D. ad leg. Jul. maj.

vel extra pomoerium. ¹⁴ Diese Meinung des Pighius ist jedoch lediglich eine Fiktion, da weder die Existenz eines Gesetzes in dieser Form, noch sein Ursprung von Seiten des Numa durch irgend ein Quellenzeugniß unterstützt wird.

Dagegen ist es der dritte römische König, an dessen Namen sich verschiedene Nachrichten über die perduellio und proditio knüpfen. Ihm wird das *judicium Horatianum* zugeschrieben und unter seiner Regierung wird die Bestrafung des Mettus Fuffetius und seiner Genossen rubricirt.

Das erstere lassen wir zuvörderst auf sich beruhen, und werden uns zu dem Falle des Mettus Fuffetius, wobei nur in der Kürze noch zu erinnern ist, daß auch unter der Regierung des Romulus schon ein Fall von Bestrafung der proditio erwähnt wird, nämlich die Bestrafung des Tarpejus, des Vaters der Tarpeja, welche die Burg, die jener befehligte, den Sabinern verrathen hatte. ¹⁵

Mettus Fuffetius, Dictator der Albaner, verrieth den römischen König und das römische Volk im Streite gegen die Vejenter und Fidenater, indem er, den letzteren gegenübergestellt, sein Volk treulos arglistig dem Kampfe entzog, und seine Arglist durch einen Angriff auf die weichenen Etrusker zu verdecken suchte. Der König fällt über ihn den Spruch, daß er, wie er zweien Völkern treulos gewesen, so auch von nach zwei Seiten hin getriebenen Gespannen zerrissen werden sollte. ¹⁶

So weit die romantische Sage. Dagegen beruht, was Dionysius weiter von der Behandlung der Genossen des Mettus erzählt, sichtlich auf festerem Grunde. ¹⁷ Er sagt III. 30: τοις

¹⁴ Pighius Annal. Rom. Tom. I. p. 35.

¹⁵ Εάλω δε και Ταρπηιος προδοσιας, υπο Ρώμυλου διωχθεις. Plutarch; in Rom. c. 17. Vgl. über den Widerspruch des Dion. Halic. gegen Plutarchs und Livius Bericht Haubold I. c. p. 116. not.-o.

¹⁶ Livius I. 28. Dion. Halic. III. 30.

¹⁷ S. Rubino a. a. O. S. 491. „Die Richtigkeit des Grundsatzes

δ' ἐταίροις αὐτοῦ καὶ συνειδοσι τὴν προδοσίαν αὐτοῦ δικαστη-
 ρια ὁ βασιλεὺς καθίσας τοὺς ἄλλοντας ἐξ αὐτῶν κατὰ τὸν
 τῶν λειποτακτῶν τε καὶ προδοτῶν νομὸν ἀπεκτείνειν. Es wer-
 den hier Gerichte und ein bestimmtes Gesetz genannt, in Folge
 dessen die Todesstrafe gegen die Mitschulbigen verhängt wor-
 den sei. Je anschaulicher, sagenhafter die Erzählung von dem
 Diktator selbst erscheint, um so nüchterner, bestimmter klingt
 die Fortsetzung, welche offenbar eine alte Rechtstradition zum
 Grunde hat. Was nun namentlich den hier erwähnten
 νομὸς τῶν λειποτακτῶν καὶ προδοτῶν betrifft, so ist kein Grund
 zum Zweifel darüber vorhanden, daß wir hier eine wahre lex
 proditionis, ein Gesetz über den Verrath des Vaterlandes vor
 uns haben. Haubold vermuthet, dieses Gesetz sei dasselbe mit
 dem angeblichen Romulischen νομος τῆς προδοσίας, und es
 sei daher auch die Strafe in beiden Fällen die gleiche gewesen;
 nämlich *sacratio capitis, familiae et pecuniae*.¹⁸ Allein diese
 Konjektur ist nach dem oben Ausgeführten schon an sich auf-
 zugeben; sie wäre es aber auch darum, weil Dionysius bei
 den Mitschulbigen des Mettus den Ausdruck braucht: ὁ βασι-
 λεὺς ἀπεκτείνειν αὐτούς. δικαστηρια καθίσας. κατὰ τὸν
 τῶν προδοτῶν νομὸν, worin offenbar ein ganz andres Verfah-
 ren nach ganz verschiedenen Grundsätzen liegt, als es bei der
sacratio capitis vorkommen konnte, nämlich ein unmittelbares
 Hervortreten der Staatsgewalt mit ihrer Jurisdiction, ein Rich-
 ten derselben nach einem bestimmten Gesetze, mit Verhängung
 einer öffentlichen Strafe. Es liegt daher näher, dieses Gesetz

kann nicht bezweifelt werden: daß in den Angaben der römischen
 Geschichtschreiber über die ersten Jahrhunderte der Stadt zwei Be-
 standtheile genau zu unterscheiden seien, die Geschichtserzählungen,
 welche zum großen Theile aus Volkssagen hervorgegangen waren,
 und die Rechtstraditionen, welche durchgängig auf weit sicheren
 Ueberlieferungsmitteln beruhten.“

¹⁸ Haubold l. c. p. 115 not. m. p. 144. 145.

vielmehr mit dem Zwölftafelgesetz in Verbindung zu bringen, welches für den, qui hostem concitaverit, quive civem hosti tradiderit, die Todesstrafe festsetzte. Ohne Zweifel auch dasselbe Gesetz, nach welchem es von den Söhnen des Brutus heißt: damnati proditores, sumtumque supplicium, weil sie in animum induxerant, ut patriam infesto exuli proderent (προδοταν και πολεμιον της πατριδος).¹⁹

Aus der Zeit des Ancus Martius und des älteren Tarquinus werden weder Gesetze über die proditio, noch Beispiele über ihre Bestrafung erwähnt. Dagegen erzählt Dionys. Halic. von Servius Tullius, daß er 50 Gesetze über Verträge und ἀδικήματα gegeben habe, worunter, wie Haubold vermuthet, vielleicht auch Einiges über proditio oder perduellio enthalten war.²⁰ Dies muß nun zwar dahingestellt bleiben. Allein es fehlt unter seiner Regierung auch nicht an einem Beispiel von Bestrafung des Hochverraths. Nach Dionys. Halic. nämlich wäre er gegen die Mörder des älteren Tarquin folgendermaßen verfahren: προηλθεν εις την αγοραν και τους Μαρκιους εκηρυττεν ηκειν υφεξοντας δικην' ως δ' ούχ' υπηκουον, επι κηρυξας αυτοις αιδιους φυγας και τας ουσιας αναλαβων εις το δημοσιον, ασφαως ηδη κατεσχεν την Ταρκυνιον αρχην;²¹ mit welcher Erzählung auch Livius übereinstimmt, mit dem Zusatz: jam tum comprehensis sceleris ministris. Vorzuziehen ist aber wohl der, wahrscheinlich von Dio. Cassius entlehnte Bericht des Zonaras: Τους αυτοχειρας του Ταρκυνιου προς την γερουσιαν παρηγαγε δια την επιβουλην ταχα' ετι γαρ ζην αυτον προσεποιετο και οι μεν καταψηφισθεντες απεθανον;²² — wenn man nicht diesen Bericht etwa mit denen des Dionysius und Livius dadurch in Ueber-

¹⁹ Livius II. 5. Plat. Public. cap. 7.

²⁰ Dion. Halic. IV. 13. Haubold l. c. p. 126.

²¹ Dion. Halic. IV. 5. Livius I. 41.

²² Zonaras VII. 9. Vgl. Rubino S. 485 Note 3. S. 487 Note 1.

einstimmung bringen will, daß man annimmt, Zonaras spreche nur von den *comprehensio seeleris ministris*. Die Marcier selbst waren nach der Sage entflohen, wie dies Livius ganz einfach wiedergibt; Dionysius aber schmückt dies aus, indem er sie in Folge eines auf Gril lautenden Urtheilspruchs des Servius verdammt werden läßt, eine Ausschmückung, die schon darum zweifelhaft ist, weil Servius hier allein handelnd auftritt,²³ also ebenso, wie es dem Tarquinius Superbus zum Vorwurf gemacht wird, und wie es sich daher von Servius nicht erwarten läßt.²⁴

²³ Nur ausnahmsweise erscheinen die Consuln als ohne ein Consilium richtend bei Liv. II. 5. Dion. V. 8—10. Vielleicht ist auch hier das Consilium nur nicht erwähnt, weil die Person des Brutus das ganze Interesse der Geschichtsschreiber auf sich zog.

²⁴ Darüber, daß statt eines bloßen Ausschusses in diesem Falle der ganze Senat das Consilium bildet, s. Rubino a. a. O. S. 450. Zwar erzählt nun Dion. Hal. von Servius: τῶν προ αὐτοῦ βασιλεῶν ἀπασας ἀξιουντων ἐφ' ἑαυτοὺς ἀγειν τὰς δικας, καὶ πάντα τὰ ἐγκλήματα τὰ τε ἴδια καὶ τὰ κοινὰ πρὸς τὸν ἑαυτῶν τροπὸν δικαρούντων, ἐκεῖνος διελὼν ἀπο τῶν ἰδιωτικῶν τὰ δημοσίου, τῶν μὲν εἰς τὸ κοινὸν φερόντων ἀδικημάτων αὐτὸς ἐποιεῖτο τὰς διαγνώσεις, τῶν δὲ ἰδιωτικῶν ἰδιωτὰς ἐταξεν εἶναι δικαστὰς. IV. 25. Allein Dion. sagt hier nicht, Servius habe die εἰς τὸ κοινὸν φερόντα ἀδικήματα, oder, wie Pighius (Annal. Rom. Tom. I. p. 49) u. A. meinen, nur die eigentlichen Staatsverbrechen, ganz allein, d. h. ohne das patricische Consilium entschieden, sondern nur, er habe die ἰδιωτικὰ gar nicht mehr vor sich selbst (mit seinem Consilium) gezogen, und nur die δημοσίου für sich zurückbehalten. Schon die Vergleichung mit den früheren Königen, die Dionysius anstellt, zeigt, daß er unter dem ἐφ' ἑαυτοὺς ἀγειν τὰς δικας und dem δικάζειν πρὸς τὸν ἑαυτῶν τροπὸν nicht das verstehen kann, daß die vorigen Könige per se soli die judicia exercirte hätten; denn er selbst führt es ja als Ausnahmefälle bei Romulus an, daß er ohne ein Consilium zu Gericht gesessen sei *μονὸς δικαστὰς*, und er selbst erzählt von Tullus Host.

Der Grund, warum der Bericht des Zonaras vorzuziehen ist, liegt aber eben darin, daß einmal neben dem Servius ein *consilium* mitwirkend auftritt, und daß dieselbe Strafe verhängt wird, die auch nach dem vorhererwähnten νόμος των προδοτών die Folge hochverrätherischer Unternehmungen war, die Todesstrafe. Das Wahre wäre denn, daß Servius Tullius mit dem Senate zu Gerichte geseßen, und sämtliche Verbrecher zum Tode verurtheilt worden wären; dabei wären aber die Marcier selbst, da sie sich dem Proceß durch die Flucht entzogen hatten, nur in *Contumaciam* verurtheilt und die wirkliche Vollziehung des Todesurtheils nur an ihren Mitschuldigen vorgenommen worden. Herauszuheben wäre dann hier nur noch, daß in diesem Falle die Todesstrafe wegen eines Attentats auf den König verhängt wurde, während das zuvor erwähnte Gesetz diese Strafe zunächst den *λειποταχταις και προδοταις* androhte.

Von dem letzten römischen Könige endlich wird erzählt, daß er die richterliche Gewalt höchst willkürlich ausgeübt habe, theils formell, indem er die *judicia per se solus exercebat*, theils materiell, indem er nicht bloß über *suspecti* und *invisi*, sondern auch über solche, unde *nihil aliud, quam praedam, sperare posset*, die härtesten Strafen verhängte. Bei dieser Gelegenheit sagt nun Dion. Hal. namentlich: *οι δ'επαγοντες αυτους εις τας δικας, αλλους εν' αλλους ψευδεσιν αιταις, μαλιστα δ' επιβουλευσιν αιτιωμενοι τω βασιλει, κατηγορουν εν' αυτω δικαση.* Zugleich erzählt er, der König habe Zusammentünfte jeder Art verboten, *ινα μη συνιοντες εις το αυτο πολλοι βουλας αποροητους μετ' αλληλων ποιωνται περι καταλυσεως της αρχης.*²⁵ — In diesen Worten beschreibt uns Dionysius den Mißbrauch, welchen der König mit den Gesetzen und Institutionen getrieben habe, indem er theils

daß er im Fall des Mettus Fuffetius ein *Consilium* versammelt habe.

II. 56. III. 30, cf. Livius I. 49.

²⁵ Dion. Hal. IV. 42. 43.

tüghhafte Anklagen wegen Hochverraths angenommen, theils die Fälle des Hochverraths durch die Prädicirung auch der unschuldigsten Zusammenkünfte als staatsgefährlicher Associationen vermehrt habe. Daß Tarquin das ἐπιβουλευειν τῷ βασιλεὶ und das καταλueiv τὴν ἀρχὴν als Verbrechen behandelte und bestrafte, daraus wird ihm kein Vorwurf gemacht; sondern nur daraus, daß er das hierüber bestehende Recht willkürlich mißbraucht und ausgedehnt habe. Wir dürfen mithin gerade aus diesen Stellen schließen, daß auch vor Tarquin-Unternehmungen, welche eine Nachstellung gegen den König oder eine Auflösung der Regierung zum Zwecke hatten, bei Strafe verboten waren. Und so gewinnen wir abermals zwei Richtungen für den Begriff des Verbrechens, welches ohne Zweifel unter proditio oder perduellio begriffen wurde.

Fassen wir das Bisherige zusammen, so haben wir bestimmte Nachricht von der Existenz eines Gesetzes über λειποταταὶ und προδοταί, sowie davon, daß die Genossen des Mettus Fuffetius, welche Rom's Feinden im Kriege Vorschub geleistet hatten, nach diesem Gesetz bestraft wurden (vielleicht auch Tarpejus, ohne daß man deshalb eine Identität dieses Gesetzes mit dem die Klientel betreffenden Romulischen νόμος τῆς προδοσίας anzunehmen nöthig hätte), ferner daß Königsmörder²⁸ mit dem Tode bestraft wurden, und daß wahrscheinlich Todesstrafe auch für das ἐπιβουλευειν τῷ βασιλεὶ überhaupt, sowie für Unternehmungen, die auf καταλυσίς τῆς ἀρχῆς hinausliefen, gedroht war.

§. 7. Proditio und Perduellio.

Auch aus diesen spärlichen Nachrichten nun lassen sich die Begriffe zweier verbrecherischen Richtungen entnehmen, die

²⁸ Freilich lautete wohl die Anklage gegen die Marcier nicht auf wirkliche Ermordung, da der Tod des Königs noch geheimlich wurde, wohl aber ohne Zweifel auf Mord, worunter ja nach römischer Ansicht auch der bloße Mordversuch begriffen war.

dem rechtlichen Bewußtsein jener Zeit vollkommen deutlich gewesen zu sein scheinen. Einmal nämlich der Begriff des Angriffs gegen die äußere Existenz des Staats, gegen die Totalität seines persönlichen Daseins. Dieses Verbrechen machte sich der *proditor* schuldig, derjenige, welcher den äußeren Feind im Kriege gegen Rom unterstützte, welcher die gesammte Existenz des römischen Gemeinwesens auf das Spiel setzte, dasselbe der Incorporation in ein fremdes Gemeinwesen preisgab. Sodann der Begriff des Angriffs gegen den Staat nach der Seite seines inneren, organischen Lebens. Dieses Verbrechen machte sich derjenige schuldig, welcher, ohne es gerade mit einem äußeren Feinde zu halten, so zu sagen als ein Feind im Innern des römischen Gemeinwesens sich erhob und den Umsturz der bestehenden Staatsgewalt herbeizuführen suchte. Für Verbrechen dieser Art wurde, wie oben angeführt, der Ausdruck *perduellio* im engeren Sinne gebraucht, und es steht daher zu vermuthen, daß eben in dieser Richtung der Ausdruck technisch war, und daher *proditio* und *perduellio* die beiden ebenbeschriebenen Arten des Verbrechens bilden, welches unmittelbar gegen den Staat begangen wird.¹

Mit dieser Ansicht ist die Einräumung sehr wohl vereinbar, daß *perduellio* im weiteren Sinne auch die *proditio* mit umfaßt haben könne. Auch im deutschen Recht ist der Unterschied von Landesverrath und Hochverrath niemals so bestimmt fixirt worden, daß man nicht immer noch den Hochverrath über-

¹ Daß *perduellio* überhaupt vom *parricidium* wesentlich verschieden und noch weniger der Gattungsbegriff für alle Kapitalverbrechen gewesen sei, ist auch von Haubold anerkannt, l. c. p. 135–137. Ueber die inepte Erklärung des Wortes *parricidium* von *parentes* (Eltern) und *parentes* (gehörchende Bürger). *caedere*, welche Lydus, und von *parem caedere*, welche Balduin, Gebauer u. A. haben, s. Haubold l. c. p. 137 Note v. Rubinov. a. a. D. S. 462 Note 1. S. 480 Note 2. und die dort citirte Stelle des Dion. Hal. VIII. 80.

haupt als Gattungsbegriff hätte behaupten können.² Die Unterscheidung ist eine solche, die in der Natur der Sache liegt und daher stets gemacht wird, auch wo beide Arten nur als Momente eines Begriffs auftreten. Es möchte deshalb der Streit, den Rubino S. 466. Note 1. erhebt, im Wesentlichen ein unfruchtbarer sein. Er legt hier viel Gewicht darauf, daß die gegenseitige nahe Beziehung beider Verbrechenarten zu einander nicht zu ihrer Verwechslung mit einander führen dürfe. Nirgends nämlich finde sich ein einleuchtender Grund dafür, weshalb die *lex de proditiōe*, welche dem Romulus, und die *de perduellione*, welche allem Anscheine nach dem Tullus Hostilius beigelegt werde, gleichbedeutend sein sollen, während Namen, Inhalt und wahrscheinlich auch Proceßform von einander verschieden erscheinen. — Es ist klar, daß eben diese Anknüpfung der *proditiō* an den angeblichen Romulischen *νομος ποδοστίας* die ganze Polemik Rubinos veranlaßt hat. Denn in diesem wird die *Sacratio capitis* als Strafe angedroht, während in dem von Tullus Hostilius abgeleiteten Gesetz von einer wirklichen Strafe die Rede ist. Darum nimmt nun Rubino natürlich bei beiden eine verschiedene Proceßform an. Allein jene Voraussetzung wurde schon oben als unbegründet aufgezeigt und vielmehr nachgewiesen, daß die wahre *lex de proditiōe*, nämlich der eben unter Tullus Hostilius hervortretende *νομος των λειποτακτων και των προδοτων* gleichfalls die unmittelbar von der Staatsgewalt zu verhängende und zu vollziehende Todesstrafe festsetze. Hiernach ist bei beiden Verbrechenarten keine verschiedene Proceßform anzunehmen nöthig. In der That zeigt auch ein von Rubino selbst angeführtes Beispiel, das der Mitschuldigen des Mettus, daß

² Wächter, Lehrbuch des römisch-deutschen Strafrechts. Bd. II. S. 513. 514. Note 30 und die dort Angef.

die Proceßform bei der proditio keine andere war, als bei der perduellio, indem es hier heißt, διξασθῆναι καθίστας (ὁ βασιλεὺς) τοὺς ἀλλοτρίας ἀπεκτείνειν. In diesem Falle nämlich handelte es sich entschieden von einem Landesverrathe, einer proditio. Wenn aber Rubino ferner unter der Rubrik der proditio das Beispiel der Söhne des Brutus anführt, so ist wohl entgegenzuhalten, daß dieses Beispiel vielmehr unter die Rubrik der perduellio gehört. Denn, wenn gleich Livius diese Verbrecher proditores nennt und ihr Verbrechen darcin setzt, daß sie in animum induxerant, ut patriam infesto exuli proderent, so lag doch in der That in ihrer Handlung wesentlich nicht ein Verrath nach Aussen; das Aufferlandssein des vertriebenen Königs war für den Begriff ihres Verbrechens gleichgültig und zufällig, da dieses dasselbe gewesen wäre, auch wenn sich Tarquinius innerhalb des Landes befunden hätte; ihre That war kein Angriff auf die Totalität des Daseins des römischen Staats nach aussen, sie wollten ihn nicht einem fremden Staate incorporiren oder dergleichen, sondern sie wollten nur an die Stelle der kaum errungenen republikanischen Verfassung wieder das Königthum setzen; ihr Verbrechen war mithin ein Angriff auf das innere, organische Leben der res publica, „ein Verbrechen gegen den Staat in seinem Innern, gegen die öffentliche Gewalt als solche,“ d. h. nach Rubinos eigenen Worten eine perduellio (im e. S.). Eben dieses Beispiel zeigt, daß beide Verbrechensarten nicht allein in ihrer Proceßform, sondern auch nach Namen und Inhalt nicht so absolut verschieden sind, wie Rubino annimmt. Wenn er daher sagt, die proditio sei schon nach ihrer etymologischen Entstehung verschieden von der perduellio, als „Verrath an einen Feind,“ so scheint der treffliche Philologe hier ebenso sehr zu viel Gewicht auf die Philologie zu legen, als er es den Gegnern vorwirft, wenn er sie bezüchtigt, zu viel Gewicht auf die

grammatische Bemerkung gelegt zu haben, daß perduellio von den Alten für hostis gebraucht worden sei, „woraus viel zu weit, für positive Institute unzulässige Folgerungen gezogen werden.“ Auch möchte als unterscheidendes Kriterium für die proditio der Treubruch gegen den Staat nicht glücklich gewählt sein, da dieser offenbar bei der perduellio ein wenigstens ebenso wesentliches Moment ausmacht. Wenn aber Rubino noch weiter bemerkt, die hier vertheidigte Ansicht beruhe auch auf der Voraussetzung, daß die späteren Majestätsgesetze den Inhalt der alten Perduellion wiedergegeben hätten, während sich im Gegentheil bei einer aufmerksamen Betrachtung ergebe, daß die am Ende der Republik entstandenen Kriminalgesetze zu den aus dem Alterthum überlieferten judiciis in einem völlig irrationalen Verhältnisse gestanden, d. h. daß die durch diese Gesetze erweiterten neuen Gerichte mit der Attraktionskraft der Analogie Bestandtheile aus verschiedenen andern judiciis an sich gezogen haben, ohne deshalb diese völlig aufzuheben, — so ist dieser Einwurf darum nicht treffend, weil die Ansicht von der Einheit der proditio und perduellio mit jener Voraussetzung in keinem nothwendigen Zusammenhange steht. Denn man kann beide Verbrechenarten in der älteren Zeit entschieden trennen und dennoch annehmen, sie seien durch die Majestätsgesetze später absorbirt worden; oder kann man glauben, daß proditio und perduellio nicht so durchaus verschieden waren, und dennoch mit Rubino jenes irrationale Verhältniß zwischen den späteren Kriminalgesetzen und den älteren judiciis annehmen. Wir behaupten aber nicht einmal eine völlige Identität der proditio und perduellio, sondern nur, daß proditio und perduellio (im e. S.) die zwei nach der Natur der Sache unterscheidbaren und daher wahrscheinlich auch von den Römern unterschiedenen Momente der perduellio überhaupt gebildet haben, aber freilich nur so, daß sie sich hinsichtlich der unmittelbaren Seite des Angriffs, nicht

aber hinsichtlich des Objekts überhaupt oder der verbrecherischen Gesinnung unterscheiden.³

Indessen hat die Unterscheidung doch gerade hier einen gewissen Werth, sofern anzunehmen ist, daß die *proditio* auch zur Zeit der Republik denselben Charakter werde beibehalten haben, wie zu den Zeiten der Könige, während es andererseits bei der *perduellio* im e. S. auf der Hand liegt, daß die Umwälzung der Staatsverfassung auf ihre Begriffsbestimmung einen wesentlichen Einfluß haben mußte.

Wir haben nun zuvörderst die *proditio* etwas näher anzusehen, deren Wesen wir in einem Angriff auf den Staat nach der Totalität seines Daseins nach aussen suchen zu müssen glaubten. Natürlich kann hier von einer umfassenden und erschöpfenden Begriffsbestimmung durchaus nicht die Rede sein, sondern nur von der gemeinsamen Idee, welche den als *proditio* bezeichneten Fällen etwa zu Grunde liegen möchte. Zunächst können wir hier, da wir die *proditio* für einen Theil

³ S. 490. Note 3. sagt Rabin o, auch in der Strafe sei die *proditio* von der *perduellio* verschieden gewesen, da bei letzterer die Hinrichtung durch Aufhängen am argen Baum oder Herabstürzen vom tarpejischen Felsen, bei ersterer aber durch das Beil vollzogen worden sei. Allein die angeführten Beispiele beweisen nichts. Livius II. 5 spricht von den Söhnen des Brutus, deren That eher *perduellio* als *proditio* war. In Livius VIII. 20 heißt es bloß: *verberatum necari* u. s. f. Ließe sich aber auch der Unterschied durchführen, so würde dadurch das im Texte Behauptete nicht alterirt, da auch hier nicht eine völlige Identität der *proditio* und *perduellio* behauptet wird. Die Beilstrafe hieug vielleicht damit zusammen, daß der Stoff der *proditio* meist in militärischen Unternehmungen bestand, obet sie entsprach dem heutigen Erschießen — vgl. übrigens auch Göttling a. a. O. S. 158. 159., welcher behauptet, statt beider, anfangs auf der *perduellio* überhaupt gestandenen Todesstrafen (Herabstürzen vom tarpejischen Felsen und Aufhängen am Galgen oder Kreuz) sei später das Beil eingeführt worden, obgleich *more majorum* die alte Strafe habe zurückgeführt werden können.

der perduellio im weiteren Sinne halten, die Bemerkung herbeiziehen, daß perduellis soviel als hostis bedeute, und gerade diese Anknüpfung an den Begriff der hostilitas für das wesentliche Merkmal der proditio halten.⁴ Proditor wäre daher eben derjenige, welcher sich wie ein hostis beträgt, welcher sich in Kriegszustand mit dem gemeinen Wesen versetzt, welcher sich auf die Seite der hostes stellt und mit diesen die Existenz des römischen Gemeinwesens überhaupt bedrohet. Dabei zeigt das Beispiel der Mitschuldigen des Mettius Fuffetius, daß der proditor nicht nothwendig römischer Bürger sein mußte, sondern daß es genügte, wenn er dem römischen Staate überhaupt Treue schuldig war. Gerade die That dieser Menschen nun und ihres Anführers bildete ohne Zweifel den Hauptfall des Verbrechens. Sie brachen die dem römischen Staat schuldige Treue, indem sie sich geradezu den im Kriege mit Rom befindlichen Feinden anschloßen. Eben dies liegt in der Bestimmung des hierher zu beziehenden Zwölftafelgesetzes, welches die Todesstrafe demjenigen androht, qui hostem convitaverit. Der äußerste Fall ist immer der, wenn einer mit einem auswärtigen Feinde unmittelbar gemeinschaftliche Sache macht, indem er mit ihm die Waffen gegen Rom trägt. In dem Concitare hostem liegt aber schon ein Weiteres, nämlich auch die Unterstützung des auswärtigen Feindes mit Rath, ohne die That. Ob nun dahin unter der Regierung der Könige schon jede Mittheilung von Nachrichten oder Signalen, jede Zufuhr von Geld, Zugvieh, Mundvorrath, Waffen, ob dahin schon die Verbergung eines fliehenden Feindes, ob es dahin schon gehört habe, wenn einer es darauf anlegte, daß ein rex exteræ nationis populo Romano minus obtemperaret u. dgl., das Alles läßt sich mit Gewißheit nicht entscheiden, da die

⁴ Rubino C. 467. ff. thut dies auch, aber willkürlich, da er gerade die nahe Verbindung von proditio und perduellio in Abrede stellt.

Nachrichten hierüber fehlen. Aber wahrscheinlich ist es in hohem Grade, daß alle diese Fälle, wenn sie vorkamen, zur *proditio* gerechnet wurden, da eben in jener Zeit, wo der römische Staat noch in stetem Kriege um seine Existenz rang, jede solche Handlung, auch die scheinbar geringfügigere, in viel näherer Beziehung zur ganzen Existenz des Staats stehen mußte, als zu Zeiten der blühenden Republik. Wenn daher unter der Republik solche geringfügigeren Handlungen zunächst aus einem andern Gesichtspunkte, nämlich dem der *imminuta majestas reipublicae* strafbar erscheinen, so fielen sie ohne Zweifel unter den Königen (und in den früheren Zeiten der Republik, ehe der Begriff der *Majestas* sich fixirte) unter den handgreiflicheren Gesichtspunkt der gefährdeten Existenz des Staats. Bestimmt wissen wir dies wenigstens von einigen Fällen; so von dem Fall, wenn im Einverständnisse mit dem Feinde die römische Armee in eine Falle gelockt wird (der Fall des Mettus), ferner von dem Fall dessen, *cujus ope consilio dolo malo provincia vel civitas hostibus prodita est* (Fall des Tarpejus), oder dessen, der eine fremde Macht oder einen Bundesgenossen zum Krieg gegen Rom aufwiegelt (der Fall des Zwölftafelgesetzes). — Weiter war nun das königliche Prohibitionsgesetz nicht nur gegen die *προδοται*, d. h. welche den Feind mit Rath oder That erweislich unterstützten, sondern auch gegen die *λειποταται* gerichtet, unter welchen, wie uns Rubino S. 468 Note 2 richtig zu vermuthen scheint, theils die *transfugae* zu verstehen sind, *qui proditoris animo patriam relinquunt*, theils die *desertores signorum*, *proditores militaris disciplinae*, und, setzen wir hinzu, vielleicht auch diejenigen Befehlshaber, *qui exercitum deseruerint, imbelles cesserint, arcem non tenuerint, castra concesserint*.⁵ — Und zwar aus dem

⁵ Daß Marcian in l. 3 D. ad l. Jul. maj. diese Fälle der *lex Julia* im Gegenfaze gegen das Zwölftafelgesetz zuschreibt, begründet keinen

schon angeführten Grunde, weil diese Fälle, welche unter einem blühenderen Staatszustande allerdings nur noch unter den Gesichtspunkt der *imminuta majestas* subsumirt werden konnten, in jener älteren kriegerischen Zeit vielmehr als Handlungen, welche die Existenz des Staates unmittelbar gefährden, aufgefaßt und darum als *proditio* behandelt werden mußten. Man könnte entgegenhalten, es habe vielmehr nahe gelegen, sie als bloße Militärverbrechen aufzufassen. Allein, wenn man eben deshalb die Vergehungen feiger Heerführer preisgeben wollte, weil diese unter den *λεητοαχται* nicht zunächst zu verstehen seien, so würde man in den Widerspruch gerathen, daß man die offenbar schwerere Vergehungen des Befehlshabers von der *proditio* ausschloße, während man die geringere des einfachen *transfuga*, der doch ohne Zweifel unter dem *λεητοαχτης* zu verstehen ist, dazu rechnen müßte. Es ist aber zu bedenken, daß gerade in einem wesentlich kriegerischen Staate, wie das königliche Rom war, das Militärverbrechen unmittelbar zum Staatsverbrechen gehören muß, weil hier der Begriff der äußeren Existenz des Staates in dem im Felde stehenden Heere unmittelbar gegenwärtig und so zu sagen verkörpert ist. Es kann hier also nicht einmal auf eine nähere Bestimmung des *animus* ankommen, aus welchem die Handlung hervorgeht; die Handlung selbst involvirt nothwendig den *animus hostilis contra rempublicam*, auch bei dem, welcher sie nur um Privatvortheils willen, aus gekränkter Eitelkeit, aus Feigheit u. s. f. unternimmt. Es gilt hier das, von Zirkler⁶ bei Gelegenheit des *crimen majestatis* minder treffend erwähnte, Gesetz, welches die Nothwendigkeit diktiert, daß, wer nicht für uns ist,

Eintwurf. Denn Marcian sagt damit nur, diese Fälle seien in dem Zwölftafelgesetz nicht benannt. Wir glauben aber auch keineswegs, daß dieses Gesetz oder die betreffende *lex regia* die Fälle des Verbrechens specificirt habe.

⁶ a. a. O. S. 73

wider uns ist, und die an sich nicht zu gebietende Bestimmung des Patriotismus als eine Rechtspflicht erscheinen muß. ⁷ Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß zu den *leitotaxtai* auch diejenigen *transfugae* gezählt wurden, welche nicht bloß ad *hostes* oder in *bello*, sondern auch per *induciarum tempus* aut ad *eos, cum quibus nulla amicitia est, suscepta fide transfugiunt*, also die überhaupt auf Gnade oder Ungnade ein Unterkommen bei Völkern suchen, welche mit Rom nicht verbündet sind. Birkler führt diese strenge Bestimmung der Majestätsgesetze auf einen politischen Grund zurück. Ein solches auf Gnade oder Ungnade aufgesuchtes Unterthänigkeitsverhältniß nämlich habe nach dem damaligen Völkerrechte der Sklave ausgesetzt, es sei daher wohl erlaubt gewesen, bei dem

Wenn Birkler S. 7 sagt; diese Ausdehnung habe dem kriegerischen Wesen des alten Roms sehr nahe gelegen, ohne daß man deshalb annehmen dürfe, man habe Feigheit und Verrath für innerlich gleich gehalten; denn die Voraussetzung, man habe nur auf den Erfolg, nicht auf den Vorsatz gesehen, würde dem in dem System des römischen Strafrechts sonst durchgeführten entgegengesetzten Grundsatz: *maleficia voluntas et propositum delinquentis distinguit*, geradezu widersprechen, — so scheint er sich hier selbst zu widersprechen. Denn eben diesem Grundsatz zufolge konnte man ja die Feigheit nur strafen, wenn man sie mit der *voluntas* identifizierte, welche zum *proditor* macht. Doch ist zu vermuthen, daß man diese Präsumtion, eben jener Strenge wegen, nur in ganz ausgezeichneten Fällen angewendet haben werde, nicht in der Ausdehnung, wie es unter der Republik geschah. Denn, wenn einerseits die unter der Republik früher vorkommenden Bestrafungen von *imperatores male pugnantes* nur daher erklärt werden können, daß man ihr Vergehen nach Analogie der *proditio* behandelte, so zeigt doch zugleich die Art der Strafe (Geldstrafe), daß man sich bewußt war, unter die *proditio* hier solche Fälle zu subsumiren, die man früher nicht, wenigstens nicht in solcher Ausdehnung, darunter begriffen gedacht hatte, wie sie denn auch wohl früher in dieser Ausdehnung faktisch gar nicht vorgekommen waren. Eben das Mißverhältniß solcher Fälle zu der strengen Strafe der *proditio* führte dann zur Erzeugung des neuen Begriffs der *majestas imminuta*.

eines so verzweifelten Schritts Föhigen Arges zu vermuthen, d. h. daß er zum Voraus auf die Mittel sich die Freiheit zu erhalten gefaßt gewesen und also schon zur Zeit des Verlassens seines Vaterlandes mit Verrath umgegangen sei.^a Nach den von Rubino gegebenen Aufschlüssen über das alle öffentliche Verhältnisse des alten Roms durchbringende religiöse Princip darf man aber wohl noch weiter gehen, und den Ursprung jener Bestimmung in den ältesten Zeiten; und zwar in dem Glauben suchen, daß durch ein solches transugere aus dem Umkreise der geweihten Stadt oder der mittelst Bündnisses an dieser Weihe theilnehmenden Völkerschaften, eine religiöse Pflicht verlegt, ein Verbrechen gegen die Schutzgötter Roms, eine Lästerung ihrer Macht und Heiligkeit, eine Treulosigkeit gegen sie und ihre Auspicien begangen werde. Je ferner jene von Zirkler statuirte Präsumtion überall liegt, wo die Absicht, die Waffen gegen Rom zu führen, durch Alter, Geschlecht, Unfähigkeit oder durch den Mangel irgend eines feindseligen Verhältnisses zwischen beiden Staaten entfernt ist, um so wahrscheinlicher ist die hier versuchte Erklärung. Wer an die Macht der Schutzgötter Roms nicht mehr glaubt, die besondere Weihe, die auf der heiligen Stadt liegt, nicht mehr anerkennt, wer fremden Völkern, die an dieser Weihe keinen Theil haben, mehr zutraut, der ist in seinem Herzen schon ein hostis; so lang nun diese Gesinnung bloße cogitatio bleibt, begeht er freilich kein Verbrechen; sobald er aber suscepta fide transfugit, so wird hiedurch selbst schon der hostilis animus zur That; er bricht das heilige Band der Treue, das ihn an Rom knüpft, er macht sich auch äußerlich zum hostis, perduellis (im w. S.), d. h. zum proditor. Es ist der charakteristische Zug des römischen Staats- und Rechtswesens, alle Verhältnisse mit eifer-ner Konsequenz auf Einen fernhaften Mittelpunkt zu beziehen.

^a a. a. D. S. 75. 76.

Dieser Mittelpunkt ist in der Zeit der entwickelten Republik der Gedanke der *majestas populi Romani*. Derselbe Gedanke erscheint in der älteren Zeit noch in der Knospe jenes religiösen Glaubens eingeschlossen, als das Gefühl einer höheren Weihe, welche auf der Stadt liege, und alle ihre Bürger als geistiger Lebensathem durchbringe. Die thatsächliche Verlängerung dieses theokratisch-politischen Glaubens macht zum *hæretiker*, zum *hostis*, zum *proditor*. Deshalb genügt zum Begriffe der *proditio* schon jenes *transfugere*. Unumwundener aber liegt er zu Tage, wo einer mit einem wirklichen Feinde durch Rath oder That gemeinschaftliche Sache macht, geschehe es auch durch geringfügige Mittel, da in jeder solchen Handlung der *animus hostilis* sich kund giebt. Aber nicht allein directes Einverständniß mit einem kriegsführenden Feinde macht zum *proditor*, sondern es reicht hin, wenn der römische Bürger als Soldat oder Feldherr sich unrömisch beweist, denjenigen *animus* verläugnet, welcher den *animus* eines an Rom's Weihe Theil habenden *civis* von dem eines *hostis* charakterisirend unterscheidet. Nicht deshalb, weil durch Feigheit dem Feinde wirklich Vorschub geleistet wurde oder geleistet werden wollte (beides kann auch nicht der Fall sein), ist ein solcher ein *proditor*, sondern deswegen, weil er durch seine That als solche schon sich als *hostis legitimirt*, einen *animus hostilis* manifestirt hat.

Wir halten sonach dafür, daß die meisten von den *legibus majestatis* in Beziehung auf Rom's Verhältniß zum Ausland aufgeführten Verbrechensfälle, schon in der ersten Zeit, soweit sie nämlich überhaupt damals vorkommen konnten, zum *crimen prodicionis* gezählt worden seien.⁹ Ja, wir möchten eher vermuthen, daß das alte *crimen prodicionis* noch einen weitem, als einen engern Umfang gegenüber den *leges ma-*

⁹ Also freilich z. B. nicht die *prodita provincia*, die Freilassung von Geißeln u. dgl.

jestatis gehabt habe. Auch sind wir der Meinung, daß sich, wie jenes religiöse Gefühl im Gedanken der majestas, so auch der Begriff der proditio als materieller Losreißung des Individuums von dem corpus des gesammten geweihten Roms, als materieller Feindseligkeit des Treubruchigen gegen die Existenz dieses Ganzen, sich in dem crimen majestatis (soweit es hierher gehört) nur vergeistigt habe.

Ue wir nun aber zur perduellio im e. S. übergehen, sind noch zwei Bemerkungen zu machen.

Einmal darüber, daß wir bei der proditio nirgends des Königs als Objectts des Verbrechens erwähnt haben. Nach der Art nämlich, wie hier die proditio bestimmt wurde, ist es klar, daß der König als solcher niemals Objectt des Verbrechens sein konnte. Aller und jeder Angriff auf den König als integrierenden Theil des inneren Staatsorganismus gehört an und für sich selbst nicht hierher, sondern zur perduellio i. e. S. Es handelt sich bei der proditio überall nur von der Beziehung Roms zum Auslande. Hier aber ist zu behaupten, daß eine Verletzung des Königs gar nicht als solche hervortreten könnte, sofern der König nur der unmittelbare Repräsentant jenes religiösen Begriffs von dem ganzen heiligen Rom war. Hier wäre also in der Person des Königs keineswegs diese Person, oder das Königthum als solches, sondern es wäre sogleich jene göttliche Majestät des Ganzen angegriffen worden, sei es nun, daß einer den König, während er im Felde lag, getödtet oder gefangen gehalten oder dem Feinde überliefert hätte oder dergleichen.

Sodann haben wir zum Begriff der proditio während der Zeit der Könige den Fall nicht mitgerechnet si quis civem hosti tradiderit. So gewiß es nämlich proditio gewesen wäre, wenn einer den König dem Feinde in die Hände geliefert hätte, so gewiß war es nicht proditio, wenn dies mit einem simplen Bürger geschah. Denn die Bestimmung, daß auch dies proditio

sein soll, beruht auf der Ansicht, daß der einzelne civis ein integrierender Theil der ganzen civitas, daß in ihm, als einem Mikrokosmos, das gesammte Rom lebendig sei. Diese Ansicht aber konnte erst mit der Republik entstehen. Vorher war nur der König eine solche Person; mit der Entstehung der Republik wurden die Bürger eine Vielheit von Königen, nun wurde ihnen jener religiöse Begriff des hehren Roms eingeboren, der sich später zum Gedanken der majestas populi Romani vergeistigte. Wir glauben daher, daß jene Bestimmung der 12 Tafeln eine Erweiterung oder vielmehr nur eine Substitution sei, welche die republikanische Verfassung in den Begriff der proditio gebracht hat.

Die andre Richtung des altrömischen Staatsverbrechens stellt sich nun in der perduellio im e. S. dar. Es werden damit, wie Rubino richtig angibt, im Allgemeinen solche feindseligen Handlungen (nicht Gefinnungen) bezeichnet, welche dem Staate in seinem Innern, ohne Verbindungen und Verrath nach außen, Gefahr und Verderben bringen können, — Verbrechen, welche an oder vermittelt der öffentlichen Gewalt begangen werden.¹⁰ Zugleich hat er aber auch leider mit der Behauptung Recht, daß uns zur genaueren Bestimmung der Fälle, welche ursprünglich zu diesem Verbrechen gezählt worden sind, die Mittel fehlen. Denn wir entbehren hier des Vortheils, den wir bei der proditio hatten, aus der republikanischen Zeit Schlüsse auf den Zustand unter den Königen ziehen zu dürfen, was wir vielmehr gerade hier sorgfältig vermeiden müssen. Abgesehen nämlich davon, daß mit dem Wechsel der Verfassung das Verbrechen überall eine ganz andere Hauptrichtung erhalten, daß Alles, was sich auf das Königthum bezogen hatte, wegsinken, und Vieles Neue in Bezug auf die veränderte Stellung der obersten Magistraturen zum Volke hinzukommen mußte, so

¹⁰ a. a. D. S. 469.

müssen wir uns auch hüten, bei solchen Fällen, welche zunächst keine unmittelbare Beziehung zu der Souveränitätsfrage zu haben scheinen, Gleichheit der Bestimmungen für beide Zeiträume anzunehmen. Und dies um so mehr, je weniger man darüber einig ist, wie tief die Idee des Königthums in den Organismus der Verfassung eingegriffen, ob dem König allein alle ursprüngliche Gewalt oder nur potestas, imperium und die priesterliche Oberaufsicht, die eigentliche ursprüngliche Gewalt aber dem Volke zugestanden habe.

Nach dem Obigen haben wir nun als Fälle der perduellio zwei Hauptrichtungen, das ἐπιβουλεῖν τῷ βασιλεὶ und die καταλοις τῆς ἀρχῆς. So dürftig nun auch diese Nachrichten sind, so scheinen sie doch gerade in der Allgemeinheit ihrer Ausbrücke den gesamten Umfang des Verbrechens zu erschöpfen. In jeder Monarchie, wie man auch ihre Grundlage theoretisch auffassen mag, wird immer am Hochverrath die doppelte Richtung gegen den Monarchen und gegen die respublica unterschieden werden, wie dies ja auch unter der Kaiserregierung alsbald wieder hervortritt.

Nach Rubinos ¹¹ Ansicht müßte nun das ἐπιβουλεῖν τῷ βασιλεὶ als Majestätsverbrechen in der strengsten Bedeutung aufgefaßt werden, so daß dahin nicht nur jede Verletzung des Königs als solchen, sondern auch die Verletzung des Menschen in ihm als begriffen zu denken wäre. Denn, wenn gleich nach Rubino das römische Königthum keine Erbmonarchie in dem Sinne war, daß der Charakter der Majestät und Unverletzlichkeit der gesamten Persönlichkeit des Herrschers schon durch die Geburt gegeben worden wäre, so war es eine solche doch in dem Sinne, daß jener Charakter vermittelt der Interregnen ebenso auf den gewählten Nachfolger überging, als ob er denselben durch die Geburt erhalten hätte. Indessen

¹¹ a. a. O. S. 107—143.

möchte hier durch die abweichende ¹² Ansicht über die Bedeutung des römischen Königthums keine bedeutende Verschiedenheit des Resultats motivirt werden. Wenn nämlich auch die Fälle der königlichen Gewalt nur als übertragen vom Volke galt, so erschien der König doch immer als Repräsentant des Staats in seinen wichtigsten Beziehungen. Er hatte Theil an der gesetzgebenden Gewalt, übte (wenn auch kontrolirt durch das Volk, an welches die Provocation ging) die richterliche Gewalt aus, hatte das militärische imperium und war endlich Oberpriester der Nation. Auch nach dieser Ansicht kann es wohl keinen Zweifel leiden, daß jedes Attentat auf die Person des Königs, wodurch ihm die Ausübung seines Amtes unmöglich gemacht oder er in derselben verhindert wurde, als eine Verletzung der Verfassung gelten mußte, also Mord, Entthronung, Gefangenhaltung u. dgl. Da nun nach römischer Ansicht dahin auch alle bloße Versuche solcher Attentate (mithin z. B. auch eine bloße Körperverletzung) gehören mußten, so bleibt von allen Verbrechen, deren Objekt die unmittelbare Persönlichkeit ist, nur das der Injurie als solches übrig, wobei man sich eine Trennung der menschlichen und öffentlichen Persönlichkeit des Monarchen denken könnte. Wollte man nun aber auch (soweit überhaupt die Injurie im alten Rom als Verbrechen galt) die Privatperson des Königs von seiner Person, als erster Magistrat der Bürgerlichen- und Militärverfassung bei diesem Verbrechen trennen, so läßt sich doch wohl bei dem religiösen Charakter der alten Römer annehmen, daß von um somehr Gewicht seine Eigenschaft als Oberpriester gewesen, daß durch die Inauguration seiner ganzen Persönlichkeit ein solcher Charakter der Weihe und Unverletzlichkeit gegeben worden sei, welcher auch eine Eheverletzung, die er nicht

¹² Niebuhr röm. Gesch. I. S. 360. (356). Götting a. a. O. S. 163—167.

zunächst als Beamter erfuhr, zum Majestätsverbrechen machte. Wir glauben dies um so mehr, für je schwerer das Verbrechen überhaupt von der ältesten Zeit her angesehen wurde, wie sich aus den Bestimmungen über das *crimen famosum* etc. ergibt.¹³ Der Begriff der *perduellio* in dieser Richtung möchte also unter den Königen kaum ein anderer gewesen seyn, als es der des *crimen majestatis* unter den Kaisern war, und sich einfach ausdrücken lassen durch das *moliri aliquid adversus principem* (*ἐπιβουλευειν τῷ βασιλεῖ*).¹⁴

Die andre Richtung des Verbrechens wird im Allgemeinen bezeichnet durch *καταλυσίς τῆς ἀρχῆς*, d. h. Verletzung der Verfassung. Hier aber ist es nun namentlich, wo uns hinsichtlich der Bestimmung der einzelnen Fälle unsre Quellen im Stiche lassen. Gewiß dürfen zwar alle Attentate gegen den König als *magistratus* auch hieher gerechnet werden, sofern der König in dieser Qualität, und zwar als lebenslänglicher Inhaber seines Amtes, einen integrierenden Theil der Verfassung (nach Rubino sogar die konstituierende Gewalt selbst) bildete. Um so mehr oder weniger unsicher ist aber das Weitere. Denn, so unbedenklich es ist, das Verbrechen im Allgemeinen als Verletzung der Verfassung im Ganzen oder in den durch sie garantirten wesentlichen Institutionen und Rechten, zu bezeichnen, so verschieden muß die Darstellung ausfallen, je nach dem Princip, welches man als Grundlage dieser Verfassung annimmt. Nach Rubinos Ansicht ist die königliche Gewalt die allein ursprüngliche, konstituierende Gewalt im Staate (wenigstens der Theorie nach) und alle andere Gewalt, des Senats, des Volks, der Beamten, nur eine von ihr abgeleitete gewesen. Hiernach wäre daher das Verbrechen einfach als unmittelbare oder mittelbare Verletzung der königlichen Gewalt zu

¹³ Walter im N. Arch. d. Crim. Rechts. Bd. IV. S. 108 f. 241 f. Dürksen Verf. zur Kritik der 12 Tafelfragmente. S. 507 ff.

¹⁴ §. 3. J. de publ. jud. (IV. 18).

bestimmen. Wenn aber Rubino sagt, es werde auch vermittelst der öffentlichen Gewalt (durch Mißbrauch derselben) begangen, so ist dies wohl nicht auf die monarchische Zeit zu beziehen. Denn, daß der unumschränkte und unverantwortliche König es nicht begehen konnte, versteht sich von selbst, und ist auch von Rubino angedeutet. Aber auch von den Beamten läßt es sich nicht denken, weil sie, so lange sie die Grenzen ihres Amtes nicht überschritten und hiedurch einer Usurpation der königlichen Gewalt sich schuldig machten, durch einen bloßen Mißbrauch ihres Amtes die königliche Gewalt, die sie ja eben verwalteten, nicht verletzen, sondern nur anderweitiger Vergehen schuldig werden konnten, wegen deren sie dann der König zur Verantwortung ziehen mochte. Alle die vielen Fälle des späteren *crimen majestatis*, welche auf dem Princip der Verantwortlichkeit der Magistrate gegen das Volk beruhen, müssen dann als eine Neuerung angesehen, und für die Zeit der Könige vielmehr diejenigen hervorgehoben werden, welche die öffentliche Gewalt durch Usurpation solcher Rechte, die sie nicht zugestanden hat, verletzen. Ja, der Natur der Sache nach ist anzunehmen, daß die Verbuellion in dieser Richtung zur Zeit der Könige einen bedeutenderen Umfang gehabt habe, als das Majestätsverbrechen zur Zeit der Republik, weil die Idee des Königthums als des wesentlichen Objekts der Verletzung, bei einem geringeren Umfang des Gebiets und größerer Ueberschaulichkeit der öffentlichen Institutionen viel anschaulicher hervortreten und viel mehr ins Einzelne sich versenken mußte, als dieselbe Alles zusammenhaltende Kernidee es in der abstrakteren Form der *majestas populi Romani* unter den entgegengesetzten Umständen zu thun vermochte. Jede Annäherung einer nicht vom Könige zugestandenen Befugniß, die zur öffentlichen Gewalt gehörte, mußte Verbuellion sein. — Anders würde es in dieser Beziehung nach der andern Ansicht zu nehmen sein, die vielleicht sogar nicht einmal ansteht, den König selbst als

mögliches Subjekt der Perduellion anzunehmen, jedenfalls aber dem Volke die höchste Gewalt zuschreibt, wornach das Princip der Beamtenverantwortlichkeit schon für die Zeit der Könige anerkannt und der Begriff der Usurpation der öffentlichen Gewalt, wenn gleich der konkreten Beziehung auf das Königthum als die Seele der gesamten Verfassung entbehrend, als nicht in engere Gränzen eingeschlossen gedacht werden muß. Der Begriff der perduellio wäre hier nicht in der konkreteren Weise Rubinos, sondern schon in der abstrakteren Form zu fassen, wie er dem Majestätsverbrechen der republikanischen Zeit charakteristisch ist, Verletzung der respublica als selbstbewußter Persönlichkeit. Die einzelnen Fälle erhalten dann nicht ihren gemeinsamen Mittelpunkt an dem Begriffe der Verletzung der königlichen Gewalt, sondern sie müssen nach dem complicirten Systeme der Verfassung, welches jene Ansicht annimmt, im Einzelnen bestimmt werden. Es würden dahin zu rechnen sein: Unternehmungen, welche den König in seinem dreifachen Amte als ersten Beamten der bürgerlichen, der militärischen und der kirchlichen Verfassung, angriffen, solche, welche dem Senate als Factor der legislativen und vollziehenden Gewalt in's Amt griffen, und solche, welche die Volksversammlung in ihrer gesetzgebenden, richtenden und vollziehenden Gewalt um ihre Wirksamkeit zu bringen suchten. Jeder Senator, jeder Beamte, als unmittelbar oder mittelbar vom Volke gewählt, mußte als verantwortlich gegen das Volk und wegen jedes Amtsmißbrauchs, wenn darin auch keine Usurpation nicht zu ständiger öffentlicher Gewalt, kein Eingriff in fremde Amtsbefugnisse läge, der Perduellion für schuldig erachtet werden. Ja, wenn jene Verfassung kein bloßer Schatten sein sollte, so mußte konsequenter Weise auch der König, und mehr als jeder andere Beamte, als Subjekt des Verbrechens angesehen werden. Denn Niemand hatte es leichter, als er, in der

Hand, den Senat und das Volk und die niedrigeren Beamten um ihre verfassungsmäßige Wirksamkeit zu bringen, wozu er keiner verantwortlichen Minister bedurfte. Wenn der König ein bloßes *Senatus Consultum* als Gesetz, oder ein Gesetz mit Uebergang des Senats an's Volk gebracht, oder ein solches ganz einseitig promulgirt, wenn er mit Uebergang beider Gewalten oder der einen davon Krieg angekündigt, Frieden geschlossen, wenn er als Richter die *provocatio ad populum* abgeschnitten hätte, in diesem und vielen andern Fällen mußte seine Handlung eine *perduellio* begründen. Man müßte überhaupt der *perduellio* im Wesentlichen schon dieselbe Grundlage geben, welche nachher das *crimen majestatis* hatte, jedenfalls aber derselben einen weit größeren Umfang zuschreiben, als nach der Ansicht Rubinos. Nun würde zwar der äußerste Fall des Verbrechens nach beiden Ansichten im Wesentlichen auf die gleiche Weise bestimmt werden müssen, als Unternehmen, welches auf den Umsturz der ganzen Verfassung abzielte; es würde nur in einem Fall der besondre Inhalt des Verbrechens und seine bestimmten Angriffspunkte anders zu definiren sein. Sieht man aber von diesem äußersten Falle ab, so ergeben sich nach der zweiten Ansicht mehrere Inkonvenienzen, welche nach der ersten ausgeschlossen bleiben. Wir glauben dahin vor Allem den Umstand zählen zu müssen, daß der König in so ausgedehnter Weise als Subjekt des Verbrechens anzunehmen ist, was wir mit der verfassungsmäßigen lebenslänglichen Dauer seiner Magistratur so wenig zu vereinigen wissen, als mit dem Charakter besondrer Weihe, welchen er mittelst der Inauguration erhält. Denn, wenn er nun gegen die Verfassung frevelte, so waren keine verantwortlichen Unterbeamten da, welche man statt seiner anklagen konnte, man mußte sich an ihn selbst halten, der doch der Verfassung zufolge nicht von der Regierung entfernt werden konnte. In der That hat man aber den

jüngern Tarquin, bei welchem Stoff genug vorlag, nicht der perduellio angeklagt (man hätte ihn ja auch, da mit dem imperium die richterliche Gewalt verliehen worden sein soll, bei sich selbst anklagen müssen), sondern man hat ihn nur durch Revolution zu entfernen gewußt, eine Sache, deren Grund nach der ersteren Ansicht auf der Hand liegt. Sodann scheint das Princip der Beamten-Verantwortlichkeit überhaupt in jener Zeit seiner rechten Begründung zu entbehren, weil dem Volke nur ein sehr mittelbarer Einfluß auf die Gerichtsbarkeit in der provocatio angewiesen ist, welche der de facto unverantwortliche König überall abschneiden konnte, wo die der Perduellion gegen das Volk schuldigen Beamten in seinem Interesse gehandelt hatten, indem er sie lossprach, oder im umgekehrten Fall durch Vollziehung des Urtheils vor der Provokation. Sieht man aber davon ab, so muß es jedenfalls verwundern, daß uns gerade von den Fällen, welche nach jener Ansicht hauptsächlich zur Perduellion gehören mußten, mißbrauchter Amtsgewalt, schlechter Amtsführung u. von Seiten verantwortlicher Magistrate (welche Fälle bei dem nach dieser Ansicht der perduellio analogen Majestätsverbrechen so häufig sind), gar keine Beispiele aufbehalten sind, während die Rubino'sche Meinung sich doch auf einige, z. B. die Fälle der Marcier, des Horatiers u. a. stützen kann. Ueberhaupt aber scheint es gegen richtige historische Grundsätze zu verstoßen, wenn man zur Grundlage der perduellio unter der Monarchie schon dem Namen oder auch nur der That nach den Begriff der majestas populi macht, von welchem sich doch nachweisen läßt, daß er erst unter der Republik der Anhaltspunkt wurde, an den die Fälle der alten perduellio sich nach und nach anhiengen und so allmählig zum Begriff eines neuen Verbrechens, des crimen majestatis sich mit andern zusammenschloßen. Diese ganze Weiterentwicklung der Lehre von der perduellio bleibt nach Göttlings Ansicht durchaus unmotivirt, während sie mit

der andern sich aufs beste vereinigt. ¹⁵ Wir glauben uns mit-
hin auf Folgendes beschränken zu müssen: Perduellio im e. S.

¹⁶ Es ist hier freilich nicht der Ort, auf beide Ansichten im Ganzen näher einzugehen. Wir erwähnen nur in der Kürze, was uns gegen die neuerlich von Götting ausgeführte bemerkenswerth erscheint. Zunächst geht auch er davon aus, daß die Latiner, welche Rom gründeten, eine Erbmonarchie beabsichtigt haben, und zwar gerade eine in sich selbständige, im Gegensatz von ihren Genossen, von denen sie sich getrennt, und die an die Stelle des Königthums die bloße Diktatur mit weit beschränkteren Rechten gesetzt hatten. (S. 41. 42.) Daß die Latiner nun gerade diejenigen sind, die einen politischen Gesamtwillen im Volke anerkannten, spricht nicht gegen Rubino, der ja diese Idee auch den Römern vindicirt, aber nur dieselbe erst allmählig sich entwickeln läßt; und dies paßt ja sehr gut zu dem von G. angegebenen Anfang des römischen Staats, wobei die Secedentes gerade nicht die in den Latinerstädten aufgekommene Beschränkung wollten. Indessen kann man in Rubinos Ansicht das eigentlich Politische trennen von mehreren Ausschmückungen, die er diesem gibt, z. B. der Idee einer *patria potestas*, die der König über das Volk gehabt, von der Erklärung, die er den Interregnen gibt u. dgl. Nur in diesen Behauptungen und ähnlichen liegt etwas wirklich Anstößigeres. Vielleicht dürfte man auch die gesammte Rubinosche Ansicht über die Uebertragung der Magistratur aufgeben, und namentlich Wahl des Königs durch das Volk annehmen. Aber um so fester wird man darauf beharren müssen, daß sich die der Theorie nach dem Volke zustehende Souveränität weiter nicht geändert, daß es vielmehr recht im Charakter dieses Volkes gelegen habe, eine starke, einheitsvolle, nicht wieder im Einzelnen von ihm selbst abhängige Gewalt sich vorzusetzen. Der theokratische Charakter wird der Institution dadurch so wenig entzogen, als durch die Volkswahl dem Feudalstaat des Mittelalters ein ähnlicher Charakter. Man kann also jenes Beiwerk opfern und doch das Königthum für die Seele der altrömischen Verfassung, die Institute des Senats und der Comitien von ihm abhängig halten. Die Senatswahl durch das Volk steht bei Götting auf schwachen Füßen. Von den übrigen politisch bedeutenden Beamten gibt er die Ernennung durch den König zu (von *tribunus celerum* bezweifelt er es gegen das ausdrückliche Zeugniß des Dionysius). Wir haben daher anzunehmen, daß alle Beamten nur dem König verantwortlich waren, dieser aber, obgleich durch das Volk gewählt, keinerlei Verantwortlichkeit gegen das Volk hatte.

war das Verbrechen, welches unmittelbar gegen den König (adversus principem, ἐμβουλεύειν τῷ βασιλεὶ) oder mittelbar gegen denselben als Ursprung aller öffentlichen Gewalt (adversus rempublicam, καταλύσις τῆς ἀρχῆς) begangen wird; der letzte Fall ist nun nicht nur vorhanden, wenn die Verfassung in ihrer Totalität oder nach ihren wesentlichen Theilen (wohin dann auch die dem Senate und der Volksversammlung u. gewährten Rechte gehören) umzustürzen beabsichtigt, sondern auch schon, wenn überhaupt von einem Privaten oder Beamten Rechte usurpirt werden, die ihm verfassungsmäßig nur von dem König übertragen sein könnten. Insbesondere ist zu vermuthen, daß Vieles, was später den Thatbestand des *crimen vis* bildete, ehemals zur *perduellio* gerechnet worden sein möge. Selbst unter der Republik in ihrer Blüthe waren das *crimen vis* und das *crimen majestatis* durchaus nicht scharf geschieden, was offenbar zunächst daraus sich erklärt, daß gemäß dem Wesen einer republikanischen Verfassung überhaupt die Begriffe von gemeinem Frieden einer und dem Bestande des öffentlichen Organismus andererseits nicht so streng geschieden sein können, als in einem monarchischen Staate der heutigen Zeit. Wer dort den gemeinen Frieden stört, der gefährdet durch Aufregung der Leidenschaften in der mehr oder minder berechtigten, an der Regierung theilhabenden Masse in der Regel die Staatsverfassung selbst; und das *crimen vis* bildet hier eben das schickliche Auskunftsmittel um solche Verbrecher zur Bestrafung bringen zu können, welche entweder wirklich keinen *animus hostilis contra rempublicam* gehabt haben, oder bei welchen sich wenigstens das Vorhandensein dieses animus nicht beweisen läßt.¹⁶ Allein nicht blos im Wesen der republikanischen Verfassung ist der Grund zu

¹⁶ Weiske a. a. O. S. 29—31. Wächter N. Arch. d. Crim. Rechts. XIII. 1. S. 5.

jenem Zueinanderlaufen zweier verschiedenen Begriffe zu suchen, sondern noch tiefer im Wesen des antiken Staats im Allgemeinen, sofern dieser von dem (idealistischen) modernen Staate sich gerade durch seinen Realismus, nämlich dadurch unterscheidet, daß sein Organismus überall als unmittelbares Dasein in engster Verknüpfung mit den Personen, für und durch welche er da ist, begriffen wird, während der des modernen Staats in dieser Neuzerlichkeit zwar auch seine Erscheinung, sein wahres Dasein aber nur in der Vermittlung des Gedankens hat. Eben nun, weil das Dasein des antiken Staats in diese Sphäre der Neuzerlichkeit fällt, so ist der Begriff seines organischen Bestands von dem des gemeinen Friedens nicht so streng zu scheiden, da vielmehr letzterer gewissermaßen nur die Form bildet, in welcher ersterer als der Inhalt sich manifestirt. Konnte aber solchergestalt überhaupt nach den politischen Begriffen der alten Welt eine Verletzung des gemeinen Friedens leicht unter den Gesichtspunkt des gefährdeten organischen Lebens der respublica herübergezogen werden, so kam unter der Regierung der Könige noch weiter hinzu, daß hier die gesammte Verfassung nur ein System der Emanation aus der Idee der königlichen Gewalt darstellte, das gesammte bürgerliche Leben daher die Garantie seiner Sicherheit so zu sagen in einem Königsbanne hatte, und der gemeine Friede als Königsfriede erschien. Bei dieser Gestalt der Dinge war es denn ganz natürlich, wenn man auch in der Verletzung des gemeinen Friedens als solcher, in dem eigentlichen *crimen vis publicae* eine *perduellio* erblickte. — Wenn dies aber schon aus allgemeinen Gründen wahrscheinlich ist, so scheint positiv der Umstand dafür zu sprechen, daß man manche Fälle, die allerdings auch unter das *crimen vis* gestellt wurden, doch auch in die Majestätsgesetze aufnahm, und letzteres gewiß aus keinem Grunde so unmittelbar, als deshalb, weil diese Fälle bisher zu der

perduellio gehört hatten, welche allmählig zu absorbiren die leges majestatis bestimmt waren.¹⁷

§. 8. Das Judicium Horatianum.

Nachdem wir nun, soweit es die beschränkten Nachrichten, die wir haben, zuließen, den Begriff der perduellio in seinen beiden Richtungen als proditio und perduellio im e. S. zu bestimmen gesucht haben und dabei freilich auf ein anderes Resultat gekommen sind, als das, welches Sigonius aufgestellt und Dieck wieder verfochten und, wie es scheint, der gemeinen Meinung wirksamst anempfohlen hat, — so haben wir jetzt näher auf die processualische Seite der Untersuchung einzugehen. Und hier kommen wir nun freilich auf den hauptsächlichsten Punkt des Anstoßes, auf den Punkt, von dem man sagen kann, daß er vornämlich jene irrige Ansicht von der Identität des parricidium, oder gar aller Kapitalverbrechen mit der perduellio verschuldet habe, — auf das judicium Horatianum.¹

Die wichtigsten unter den vielen, über diesen Fall vorgebrachten, Meinungen lassen sich vielleicht mit Hilfe folgender Betrachtung sondern. — Entweder man behauptet, daß es sich dabei dem Inhalte des Verbrechens nach von einem Mord handle. Dann hat man, um das mit dem Fall in die genaueste Verbindung gebrachte judicium perduellionis zu erklären, zwei Auswege; man behauptet entweder, daß parricidium und perduellio identisch gewesen seien, — oder man sieht hiervon ab, und behauptet dasselbe vielmehr von dem judicium parricidii und dem judicium perduellionis. — Oder aber

¹⁷ Im Wesentlichen scheint hie mit auch Zirkler S. 6—10. übereinzustimmen, bei dem freilich die königliche und die republikanische Zeit nicht auseinandergehalten, proditio und perduellio nicht geschieden sind, und neben vielem Wichtigem noch die falsche Vorstellung von der Identität der perduellio mit dem parricidium hergeht.

¹ die Literatur, bei S a u b o l d. l. c. p. 131. not. g.

man sucht nachzuweisen, daß die That des Horatiers materiell unter die *perduellio* zu subsumiren gewesen sei; dann entgeht man jedenfalls jener ersteren (falschen) Konsequenz und die Frage über die Identität des Processes bleibt weiterer Untersuchung überlassen.

Zu denen nun, welche die That des Horatiers für einen einfachen Schwestermord ansehen, gehört schon Franz Balduin,² welcher dem Livius und Cicero einen Vorwurf daraus machen will, daß sie den Horatier für einen *perduellis* erklären, während doch Festus, der hier vorzuziehen sei, denselben einen *parricida* nenne. Die Schwierigkeit jedoch, welche das besonders von Livius so ausführlich geschilderte *judicium perduellionis* macht, weiß jener Schriftsteller einfach dadurch abzuschnelden, daß er diese wesentliche Seite der Sache als völlig gleichgültig behandelt und vielmehr behauptet, der Horatier sei nach dem Gesetz des Numa: *Si quis hominem liberum dolo sciens morti duit, parricida esto*, verurtheilt worden. Auffallend ist es, daß gerade Sigonius, der Urheber jener irrigen Ansicht, wornach die *perduellio* der Gattungsbegriff für alle Kapitalverbrechen gewesen sein soll, an einem andern Orte,³ gleichfalls die Behauptung aufstellt, der Horatier sei materiell nicht als *perduellis*, sondern als *parricida* zu betrachten gewesen und seine That sei nur wegen der dabei vorgekommenen Nebenumstände unter die *perduellio* subsumirt und unter das für diese bestimmte *judicium* gezogen worden; womit Sigonius wenigstens insofern Recht hat, als er die Begriffe vom *parricidium* und von der *perduellio* sondert und auf die ausdrückliche Erwähnung des *Perduellionsgerichts* bei Livius das nöthige

² *Commentar. ad leges majestatis seu perduellionis in Heineccii Jurisprud. Romana et Attica. Tom. I. p. 995.*

³ *De jure antiquo civium Romanorum. IL 18.* Freilich hat Sigonius die hier (1573) aufgestellte, dem Richtigen sich nähernde Ansicht in seiner Schrift *de judiciis* (1574) wieder aufgegeben. ...

Gewicht legt. Sigonius ist daher unter die zweite Rubrik zu bringen und hier nur erst beiläufig angeführt worden, insofern er doch nicht bestimmt zu behaupten wagt, daß die That des Horatiers eine eigentliche Perduellion gewesen sei. Während er nun aber hier von seiner sonstigen irrigen Ansicht weg einen Schritt zu der richtigen thut, so wird er gerade hierüber von Dief⁴ getabelt, welcher rund heraus gegen ihn behauptet, nicht in dem Formellen der Handlung des Horatiers habe das Verbrechen der Perduellion gelegen, sondern in dem Materiellen, d. h. darin, daß er überhaupt einen römischen Bürger getödtet habe. Hier ist also gerade die erste der genannten Ansichten vollständig repräsentirt, welche die That des Horatiers materiell für ein parricidium hält und aus ihrer Verbindung mit dem iudicium perduellionis auf die Identität des parricidium mit der perduellio schließt.

Dagegen scheint nun Roffhirt⁵ aus der Betrachtung der fraglichen Handlung als eines parricidium den andern Schluß abzuleiten, daß nämlich vielmehr das iudicium parricidii mit dem iudicium perduellionis identisch, dieses nämlich das allgemeine, von den quaestores parricidii abgehaltene Blutgericht gewesen sei, mit welchem jedoch das Sakralstrafrecht noch konkurriert haben soll, und zwar namentlich in Beziehung auf die eigentliche Perduellion.

Beiderlei Ansichten treten diejenigen entgegen, welche den Fall des Horatiers für einen eigentlichen Perduellionsfall halten.

Hier⁶ ist zunächst, wie schon angeführt wurde, Sigonius

⁴ a. a. D. S. 11.

⁵ Geschichte und System des deutschen Strafr. Bd. II. S. 20. 21.

⁶ Auch Götting a. a. D. S. 158. 159. scheint ähnlicher Meinung zu sein, indem er eine doppelte Art von Perduellion annimmt, 1) wenn ein römischer Bürger mit gewaffneter Hand eine Umwälzung der bestehenden Verfassung versuchte; 2) wenn er mit gewaffneter Hand einen römischen Bürger vor Aller Augen niederstieß.

zu erwähnen, welcher zwar die Handlung des Horatiers unmittelbar materiell für ein parricidium hält, aber behauptet, sie habe mittelbar, nämlich vermittelt der Nebenumstände, unter denen sie vorgefallen sei, als eine Verbuellion behandelt werden können; und zwar sucht er diese Vermittlung darin, daß die Handlung in Gegenwart der königlichen Majestät und des römischen Volks verübt worden sei. Daß nun der Haupteinwurf Diecks gegen diese Meinung auf einer falschen Voraussetzung beruhe, braucht hier nur einfach wiederholt zu werden. Aber auch der weitere Einwurf Diecks, daß der Begriff der majestas erst später aufgetommen sei, erscheint nur theilweise als treffend, nämlich sofern Sigonius auch die Gegenwart des römischen Volks als ein Moment angibt, wodurch die That den Charakter der Verbuellion erhalten habe. Denn das ist allerdings richtig, daß zur Zeit der Könige von einer majestas populi Romani, mithin auch von einer Verletzung dieser majestas noch keine Rede sein kann. ⁷ Zugegeben aber, daß der Begriff der majestas populi Romani erst viel später aufgetommen ist, so läge darin noch kein Grund, die Ansicht des Sigonius in Beziehung auf die Gegenwart des Königs bei der That zu verwerfen. Es mag unrichtig sein, daß er dem König eine majestas zuschreibt, oder vielmehr, daß er der Qualität, die er ihm zuschreibt, den Namen majestas beilegt. Dabei könnte er aber doch Recht haben, wenn er (wenigstens mit) in dieser — unrichtig majestas genannten — Qualität den Grund erblickt, vermöge dessen die That des Horatiers unter den Begriff der Verbuellion habe subsumirt werden können. Denn, was er in Wahrheit damit andeuten will, ist offenbar nur dies, daß in der That des Horatiers eine Verletzung des Königsfriedens gelegen habe. Bedenkt man nun, welche Bedeutung ohne

⁷ Advertatis animus, quam sapienter jam reges nostri hoc viderint, tribuenda esse quaedam (nämlich nur quaedam) populo. Cic. de republ. II. 17. Rubino a. a. D. S. 233. ff.

Zweifel das Königthum in Rom hatte, welche Attribute ihm zur Seite standen, mit welchem äußern, ehrfurchtgebietenden und gehorsamsfordernden Pompe es auftrat, so möchte man leicht geneigt sein, ihm eine der Majestät sehr ähnliche, wo nicht gar gleiche Höhe zuzuschreiben, von der man wohl glauben könnte, daß die Beleidigung ihrer Gegenwart durch eine verbrecherische That dieser einen eigenthümlichen Charakter aufgedrückt haben möchte. Man könnte es wohl denkbar finden, daß man in einer solchen That eine Verletzung des Königsfriedens gefunden und sie deswegen unter die Perduellion gerechnet hätte. Indessen soll hier die Ansicht des Sigonius nicht geradezu adoptirt, sondern nur gegen die ihr von Dietz gemachten Einwürfe vertheidigt werden.

An Sigonius schließt sich Zirkler⁸ an, der gleichfalls davon ausgeht, daß er die Identität von Mord und Todtschlag mit dem Staatsverbrechen zweifelhaft finde, da gerade Mord und Todtschlag bei den meisten Völkern auf der Kulturstufe der alten Römer als bloßes Privatverbrechen gegolten haben. Er erkennt jedoch die Nothwendigkeit an, zu untersuchen, wie der mit dem Fall des Horatiers in Verbindung gebrachte Perduellionsproceß zu erklären sei. Zu diesem Behufe bringt er mehrere Hypothesen bei, unter diesen auch die schon als unrichtig aufgewiesene, daß man vielleicht unter *parricida* jeden todeswürdigen Verbrecher verstanden habe; (woraus er dann die gleiche Folgerung, wie Rosshirt aus der entgegengesetzten Ansicht, zieht, daß nämlich die Sache mit der von Pomponius erwähnten, den 12 Tafeln vor auszubäutirenden *quaestoribus parricidii* zusammenhänge, d. h. daß das *judicium parricidii* mit dem *judicium perduellionis* identisch gewesen sei, als das Gericht für alle todeswürdigen Verbrechen, oder wenigstens für alle diejenigen darunter, über welche dem Volke das Endurtheil

⁸ a. a. O. S. 11—13.

gebührt habe). — Außerdem, sagt er, sei der Umstand, daß man jeden vorsätzlichen Mord für ein *paricideum* (soll wohl heißen: *perduellio*, da sonst die Hypothese nicht das erklären würde, was sie soll) angesehen habe, vielleicht aus der Lage einer um ihre Existenz ringenden Kolonie zu erklären, wodurch die Bürgerschaft eine so eng geschlossene Verbrüderung gebildet habe, daß darin Alle für Einen und Einer für Alle haben stehen müssen und jede vorsätzliche Tödtung für die unverzeihlichste Störung des inneren Friedens gegolten habe. Diese Meinung jedoch, welche selbst unter der Voraussetzung eines solchen unreifen politischen Zustandes, wie sie ihn dem alten Rom zuschreibt, etwas Exorbitantes hätte, läßt sich noch weniger mit den Ergebnissen neuerer Forschungen vereinigen, welchen zufolge jene Voraussetzung sich als nicht zutreffend erweist. Eine weitere Hypothese ist die, daß sich in der Verbindung des *Perduellionsprocesses* mit dem Schwestermorde des Horatiers vielleicht der besondere Abscheu gegen den Mörder solcher Personen, für welche er als Bluträcher berufen wäre, ausgesprochen habe, wie ja noch unsre peinliche Gerichtsordnung (Art. 137) den Mord zwischen Eheleuten und nahe gesippten Freunden unmittelbar dem Morde hoher trefflicher Personen re. anreihe. Hiegegen ist jedoch zu erinnern, daß ein solcher Abscheu, auch in seiner höchsten Potenz gedacht, zwar wohl eine erschwerte Strafe, aber niemals die Qualifikation des Verbrechens zum Staatsverbrechen zu erklären vermöchte. Dies findet auch eine analogische Bestätigung in der Carolina keineswegs; denn, wenn dies der Fall sein sollte, so müßte man unter den hohen trefflichen Personen den eigenen Landesherren des Thäters mitzubegreifen haben, da nur unter dieser Voraussetzung von einer Gleichstellung des Verwandtenmords mit dem Hochverrathe die Rede sein könnte. Dies ist aber bekanntlich nicht der Fall; vielmehr hat man unter den hohen, trefflichen Personen immer nur Minister, Herren vom hohen Adel, höchstens

fremde Fürsten u. dgl. verstanden. ⁹ Und eben solchen Mord, wie auch den Verwandtenmord sieht ja die Carolina eben nur für qualificirten Mord, keineswegs für Hochverrath oder Majestätsverbrechen an. — Zuletzt recurriert Zirkler auf die Ansicht des Sigonius, die er noch mit einigen Gründen zu verstärken sucht. Von diesen möchte nun der erste, (daß hier vielleicht derselbe Erschwerungsgrund eingetreten sei, welcher das *furtum manifestum* gegen das *furtum nec manifestum* auszeichne) ganz preiszugeben sein; denn ein Erschwerungsgrund, wie schon gesagt, vermöchte niemals die Substitution eines dem Inhalte nach völlig verschiedenen Verbrechensbegriffs zu rechtfertigen. Ebenso wenig richtig ist der zweite, daß *parricidium* mehr als einen gewöhnlichen Mord bedeutet haben soll, nämlich eine Tödtung, wozu der Rächer nicht berufen war, eine angemessene Hinrichtung, so daß nur solche Tödtungen unter die *perduellio* gehört hätten, sonst aber Mord und Todtschlag Privatverbrechen geblieben wären. ¹⁰ Denn, wenn Cicero sagt: einen *civem Romanum* necare sei prope *parricidium*, so nimmt er, wie natürlich, *parricidium* hier in seinem eigentlichen Sinne als Verwandtenmord, und braucht nicht eine, sonst durch nichts unterstützte, ganz eigenthümliche Bedeutung von *parricidium* zu subintelligiren. ¹¹ In der Stelle des Festus ¹² aber bedeutet *parricidium* offenbar nur Mord. Es ist jedoch nicht in Abrede zu stellen, daß diese letzte Konjektur von Zirkler ingenios ist und man muß sich nur wundern, daß er nicht noch einen Schritt weiter ging und jenem wunderlichen *parricidium*

⁹ Kress Commentar. ad art. 137. §. 2. not. 6. Böhmer ad Carpov. qu. 23. Obs. 1. Walch Glossar. v. hohe. Wächter Lehrbuch Bd. II. S. 138. not. 38.

¹⁰ Vgl. Zirkler a. a. O. Vorrede S. XXVIII.

¹¹ Cicero in Verrem. V. 66. §. 170.

¹² Festus v. Sacer mons.

cidium geradezu die perduellio substituirte, wodurch er denn mit der Meinung von Haubold zusammengetroffen wäre.

Haubold¹³ nämlich verwirft aus einleuchtenden Gründen die Meinung derer, welche parricidium und perduellio für identisch, oder gar letztere für den Gattungsbegriff für alle Kapitalverbrechen halten. Er besteht darauf, daß der Horatier nach einem besondern Perduellionsgesetze gerichtet worden seyn müsse, nicht als einfacher parricida. Und zwar findet er nun den Horatier aus dem Grunde der Perduellion schuldig, weil er seine Schwester, deren Benehmen nahe an ein verbrecherisches gegränzt habe und welche sicherlich, wenn sie am Leben geblieben wäre, ihre Schuld durch öffentliche Strafe hätte abbüßen müssen, dem öffentlichen Richter leidenschaftlich zuvoreilend getödtet, mithin wider die von Dion. Halic. bei dieser Gelegenheit erwähnten *νομοι οὐκ ἐκωρτες ἀνθρώπων ἀποκτείνων οὐδένα* gesrevelt habe. Diese, schon von Ant. Continus¹⁴ aufgestellte Konjektur, wird, nach Haubold, durch die von dem Horatier nach seiner Freisprechung befolgten Sühnegebrauch auf merkwürdige Weise bestätigt, sofern sich von diesem nicht denken lasse, daß er einem andern, als einem wahrhaften perduellis

¹³ l. c. p. 130—140.

¹⁴ Index conjurationum bei *Scip. Gentilis de conjurationibus*. p. m. 239 ss. Haubold faßt seine Ansicht in folgender Ausführung zusammen: Parricidium erat caedes cujuslibet liberi hominis, ceu Festus docet: perduellio autem gravius facinus, quod involvebat dolosam imperii et cognitionis criminalia, quae tempore Horatii regum propria erat, occupationem a privato homine factam. Parricidium fiebat sine scelere ab occisso perpetrato; perduellio non poterat cogitari sine delicto ab altera parte commisso, cujus coercionem perduellis sponte in se susceperat. Illud non erat nisi privata ultio; haec publicam poenam nefario modo praeveniebat, quod quidem facinus tanto severius prohiber visum est, quo gravius immineret reipublicae periculum, si ini delicta nondum probata animadvertere cuilibet e civibus licuisset. l. c. p. 138.

obgelegen habe. — Im Uebrigen hält sich Haubold streng an die Erzählung des Livius und Dionysius und hatte insofern noch manche Schwierigkeit zu überwinden, die für Zirkler keine gewesen wäre, da dieser die Erzählung selbst für einen Mythos, für eine zweite Auflage des Kampfes um Thyrea erklärt. Namentlich ist es eine Folge jenes genauen Anschließens an die Erzählung des Livius und Dionysius, daß Haubold die gesammte processualische Seite dieses Falles (die Einsetzung der *duumviri perduellionis* mit ihrer Instruktion, die *provocatio ad populum* u. s. f.) für eine bloße, durch die Eigenthümlichkeit der That motivirte Singularität erklärt.

Dieselbe Ansicht vom Falle des Horatiers hat nun auch Rubino,¹⁵ indem er zugleich besonders darauf aufmerksam macht, wie die Annalisten in diesem Falle die verschiedenen Elemente aus Volksagen und Rechts Traditionen mit einander zu verbinden gesucht haben. Er gibt nämlich, um auch dem Zeugnisse des Festus einiges Recht wiederfahren zu lassen, zu, daß die gewöhnliche Erzählung das Verbrechen des Horatiers, was es auch nach seinem materiellen Thatbestande gewesen sei, *parricidium* genannt habe. Die gründlicheren Annalisten aber, sagt er, haben den Fall auch juristisch möglich machen, ihn mit den Formeln der *leges regiae*, mit den Traditionen des alten Rechts in Uebereinstimmung bringen wollen. Darum haben sie, weil *Provocatio* ehemals nur im *Perduellions*proceß gangbar gewesen sei, dem *parricidium* hier eine *perduellio* substituirt, und dies habe eben darum leicht geschehen können, weil die *caedes indemnati civis* auch sonst die Anklage auf *perduellio* begründet habe.

Da es nun hier überall nur davon sich handelt, welche Folgerungen sich aus der Erzählung vom Horatier für die technischen Begriffe von *parricidium* und *perduellio* ziehen

¹⁵ a. a. O. S. 490—496.

lassen, so scheint es in der That auf Eins hinauszukommen, ob man mit Haubold in jener That unmittelbar eine *perduellio* findet, oder ob man annimmt, sie habe diesen Charakter erst in der Darstellung der die alten Rechts Traditionen berücksichtigenden Annalisten erhalten; denn beide Ausführungen kommen darin zusammen, daß sie nach der juristischen Denkweise der Zeit als eine *perduellio* aufzufassen gewesen sei. Es wird dadurch die Schwierigkeit vollkommen beseitigt, welche die Verbindung der That mit dem *judicium perduellionis* hervorbringt, und der letzte Grund für die irrige Meinung, daß *perduellio* und *parricidium* identisch gewesen seien, entfernt. Man kann aber, wie schon gesagt, mit der Ansicht von Haubold und Rubino, soweit sie oben dargestellt ist, übereinstimmen, ohne gleichwohl sich mit ihren weiteren Behauptungen über den *Perduellionsproceß* und *Kriminalproceß* überhaupt für einverstanden zu erklären.

Soviel halten wir vorerst für gesichert, daß die That des Horatiers, wenigstens in den Darstellungen, wie sie auf uns gekommen ist, den Charakter einer wirklichen *perduellio* an sich trage. Die Schwester des Thäters hatte öffentlich diejenige Gesinnung zur Schau getragen, welche, wie oben gezeigt wurde, einen *proditor* charakterisirte.¹⁶ Deshalb, als eine der *proditio* Schuldige (wofür sie auch ihr Vater erklärte, wenn er sagt: *se filiam jure caesam judicare*) richtete sie ihr Bruder (*Abi hinc, oblita patriae! Sic eat, quaecunque Romana lugebit hostem!*). Eben hiedurch griff er aber der verfassungsmäßigen richterlichen Gewalt vor, machte sich einer *Usurpation* der königlichen Gewalt, d. h. nach dem Obigen, einer *perduellio* im e. S. schuldig.¹⁷ Da nun Livius die Erzählung

¹⁶ Eine interessante Vergleichung bietet der Fall der Claudia dar. Liv. Epit. XIX. Suet. Tib. 2. Gell. X. 6. Val. Max. VIII. 14.

¹⁷ Vgl. Livius IV. 21. Cicero pro Milone 14. §. 36. Vellej. II. 45.

so ausführlich und offenbar nach guten antiquarischen Notizen vorträgt, so kann hiegegen die beiläufige Nachricht bei Festus, daß der Horatier bei den Duumvirn des Mords angeklagt worden sei, nichts beweisen. Denn materiell war ja ohne Zweifel die That des Horatiers ein parricidium, und die Worte des Festus schließen daher die Ansicht nicht aus, daß sie technisch als Perduellion zu bezeichnen gewesen sei.¹⁸ Wenn aber Dion. Hal. wiederholt die Ausdrücke ἀνδροφονος, φονος u. dgl. braucht, so erklärt er solche ja selbst sogleich näher durch die wiederholten bestimmtesten Beziehungen auf die νόμοι οὐκ ἔσσοντες ἀπὸ τοῦ ἀποκτείνου οὐδένα, durch ἀναίρειν προ δίκης etc., so daß man ihm gerechter Weise nicht einmal mit Rubino nachsagen kann, er habe sich hier von einer Sphäre von Rechtskenntnissen zurückgehalten, in denen er sich selbst nicht für bewandert gehalten habe.

S. 9. Der Perduellionsproceß.

Vorbemerkung.

Die That des Horatiers, solchergestalt als perduellio aufgefaßt, präjudicirt nun der weiteren Untersuchung über den Perduellionsproceß nicht, was vielmehr nur dann der Fall ist, wenn man sie für ein parricidium hält, weil man dann von vornherein annehmen muß, das iudicium perduellionis sei wenigstens mit dem iudicium parricidii identisch gewesen.

Zunächst scheint nun eben auf den Grund des iudicium Horatianum hin die Frage, welcher Proceß zu der perduellio gehört habe, sich einfach zu beantworten, indem man anzunehmen hätte, es seien vom Könige duumviri ernannt worden, um einen Spruch zu fällen, gegen welchen die Provokation

¹⁸ Rubino S. 494. not. 1. macht dem Festus auch daraus, daß er die Anklage bei den Duumvirn erheben lasse, den Vorwurf der Ungenauigkeit, welchen man nach dem im Texte Gesagten dahingestellt sein lassen kann.

an das Volk freigestanden habe. Und wirklich scheint diese einfache Antwort auch Viele zu befriedigen.¹ Allein es muß dabei Mehreres auffallen. Zuerst, daß diese Annahme in Widerspruch mit den bestimmtesten Quellenzeugnissen zu stehen scheint, welche gerade von den schwereren, und insbesondere von den das Gemeinwesen betreffenden Verbrechen sagen, daß sich die Könige dieselben selbst zur Aburtheilung vorbehalten haben; sodann, daß bei dem Verfahren, wie es in dem *judicium Horatianum* geschildert wird, Punkte vorkommen, die eine Generalisirung dieses Falles nicht wohl zu erlauben scheinen, insbesondere die Bestimmung, daß die *Duumviri* nicht lossprechen können. Diese Gründe haben Haubold bewogen, das ganze Verfahren, wie es bei jenem Falle dargestellt wird, für eine Singularität zu erklären.² Andererseits kommen aber *duumviri perduellionis* noch während der Republik vor, und dies scheint wieder im Gegentheile zu beweisen, daß man das *judicium Horatianum* nicht bloß als eine processualische Singularität betrachten dürfe.

§. 10. Der Criminalproceß unter den Königen im Allgemeinen.

Allerdings ist nun schon oben angeführt worden, daß nach ausdrücklichen Quellenzeugnissen die Könige über die schwereren Verbrechen selbst (und zwar mit einem *Consilium* aus den Senatoren) zu Gericht saßen; oder in der Person eines Stellvertreters. Dionysius sagt dies z. B. nicht nur von Romulus, sondern auch noch von Servius Tullius, und zwar bei diesem mit ausdrücklicher Beziehung auf die Verbrechen gegen den Staat.¹ Auch Livius wirft dem jüngern Tarquin nicht vor, daß er selbst als Richter aufgetreten sei, sondern

¹ f. z. B. Götting a. a. D. S. 158. Die a. a. D. S. 120.

² l. c. p. 130—140.

¹ Dion. Hal. II. 14. IV. 25.

nur, daß er ohne Beiziehung eines Consilium gerichtet habe.² Ueberhaupt aber ist den Königen das *animadvertere in caput civis Romani* unläugbar zugesprochen,³ und es müßte auf-
fallen, wenn von dieser Gerichtsbarkeit über τα μείζονα των ἀδικημάτων gerade das allergrößte Verbrechen, die *perduellio* ausgenommen sein sollte, um so mehr, wenn es richtig ist, was Nubito S. 483. 484. auszuführen sucht, daß sich in dem römischen Staatswesen, wie es unter den Königen erscheine, ein ähnlicher Fortschritt zeige, wie in den griechischen Städte-
verfassungen seit der Heraklidenwanderung, daß aber in einer solchen Periode des Uebergangs zu einem fester verbundenen bürgerlichen und politischen Leben sich regelmäßig die Autorität der jedesmaligen Machthaber verstärkte, daher es bei der Stellung, welche in Rom die Könige und die sich ihnen anschließende Aristokratie einnahmen, natürlich gewesen sei, daß ihnen, als den Beschützern dieses Staatsverbands, als den Vertretern und Begründern der Staatsordnung, auch die Gewalt zugefallen sei, solche Verbrechen, welche zur Auflösung und Erschütterung derselben unternommen wurden, zu richten. Es kommen aber zu jenen allgemeinen Aussprüchen über die unmittelbare Gerichtsbarkeit der Könige in den schwersten Kapitalsachen noch ausdrückliche Erwähnungen von Beispielen. So die Verurtheilung, welche Servius Tullius im Senate gegen die Mörder des älteren Tarquin durchsetzte.⁴ So die Verurtheilung des Mettius Fufetius und seiner Genossen unter demselben Tullus Hostilius, auf den die Institution der *duumviri perduellionis* zurückgeführt wird.⁵ Ja, von dem Horatier selbst erzählt Dionysius, es sei Anklage gegen ihn bei dem Könige erhoben worden, auf die Gesetze hin, welche die Tödtung eines indem-

² Liv. I. 49. f. Dion. Hal. II. 25.

³ I. 2. §. 16. D. de orig. juris. Zonaras. VII. 13.

⁴ Zonaras. VII. 9.

⁵ Dion. Halic. III. 26. 30.

natus verbieten, ⁶ also eben die Gesetze über die perduellio, wodurch offenbar der König als der ordentliche Richter in dieser Verbrechenssphäre bezeichnet wird. Auch die Darstellung bei Livius deutet dies an, da es hier heißt: „raptus in jus ad regem,“ und die Einsetzung der duumviri erst als ein Resultat der Erwägung des Königs ⁷ berichtet, einem ganz von der Eigenthümlichkeit des Falls hergenommenen Motive zugeschrieben wird. Wollte man nun aber behaupten, eben erst unter Tullus sei der Duumviralproceß aufgenommen, so würde dagegen die Erzählung von den Marciern beweisen, daß man unter dem sechsten Könige dieses Verfahren nicht angewendet, daß jedenfalls die perduellio mit diesem Proceße nicht nothwendig zusammengehangen habe.

§. 11. Das Duumviralverfahren unter den Königen, als Ausnahmungsverfahren.

Sehen wir hiernach wiederum das *judicium Horatianum* näher an, so ergibt sich bei vorurtheilsfreier Betrachtung Folgendes. Der Horatier wird zum Könige geführt, damit dieser Gericht über ihn halte wegen einer perduellio, nämlich wegen der Verletzung der *νομιμὴν ἑσπερος ἀπορτοῦ ἀποκταίνειν* *οὐδὲνα*. Saß nun der König über ihn zu Gericht, so mußte er ihn, weil die That handhaft, der Beweis des objectiven Thatbestands durch Augenschein hergestellt war, sofort auch nach strengem Rechte zu der ordentlichen Strafe des Gesetzes (Aufhängen am argen Baume mit verhülltem Haupte, nach vorgängiger Geißelung) verurtheilen und die Strafe vollziehen (... *judicii aut secundum judicium supplicii*, ...). Dies

⁶ Dion. Hal. III. 21.

⁷ Rex, ne ipse tam tristis ingratiq[ue] ad vulgus *judicii aut secundum judicium supplicii auctor esset*, concilio populi *advocato*: Duumviros, inquit, qui Horatio perduellionem *judicent*, secundum legem facio. Liv. I. 26.

wäre das ordentliche Verfahren gewesen. Der König aber scheut sich, dies eintreten zu lassen, aus Gründen, die er von der Eigenthümlichkeit des Falls hernimmt. Es sind dies Gründe, welche für die Begnadigung des Horatiers, für die Umgehung des formellen Rechts in diesem Falle sprechen. Dies steht aber nicht in der Befugniß des Königs, sonst würde er ja das Nöthige sogleich thun können. Er schiebt daher die Sache an das Volk, damit dieses Gnade für Recht ergehen lasse. Zu diesem Zwecke ordnet er dann den Duumviralproceß und die damit genau zusammenhängende provocatio ad populum an. Und die Sache hat denn auch den gewünschten Erfolg.

Sehen wir demgemäß (und die Erzählung des Livius berechtigt hiezu vollkommen), das Duumviralverfahren mit der Provocation an das Volk sei nicht das ordentliche, sondern ein außerordentliches, ein hier auf einen Perduellionsfall angewendetes Ausnahmungsverfahren für Fälle gewesen, wo Gründe zur Umgehung des strengen Rechts, zur Begnadigung vorlagen, so würde diese Annahme sich wenigstens mit den zuvor angeführten Zeugnissen vereinigen, wornach auch bei Perduellionsfällen die unmittelbare Gerichtsbarkeit des Königs mit einem consilium das ordentliche Verfahren war, während diesen Zeugnissen die gewöhnliche Annahme (daß der Duumviralproceß mit der provocatio ad populum das ordentliche Verfahren bei der Perduellion gewesen sei) augenscheinlich widerspricht, wie dies auch, wenigstens in Beziehung auf die provocatio, Ältere und Neuere anerkannt haben.¹

Ist aber eine solche Annahme nothwendig, um den Duumviralproceß mit den Nachrichten über das gewöhnliche Krimi-

¹ Sigonius de judiciis II. 4. Conradi D. Jus provocationum ex antiquitate Romana eratum in opusc. T. I. p. 131–146. ² Adrian van der Hoop D. cit. in Meermannii thes. T. VII. p. 612–618. Haubold l. c. p. 140. Dierksen Civilist. Abhandlungen Bd. 1. S. 101. ff.

nalverfahren zur Zeit der Könige in Einklang zu bringen, so wird und muß sie sich auch mit den Nachrichten über das spätere Vorkommen jenes Processes vereinigen lassen.

Allerdings kommen nämlich *duumviri*, und zwar in specieller Verbindung mit der *Perduellio*, auch unter der Republik vor, so bei dem Prozesse des *Manlius*, des *Rabirius*,² und, wenn wir vor der Hand zwei Quästoren als *Duumviren* gelten lassen wollen, bei dem Prozesse des *Sp. Cassius*.³ Beweist nun dies, könnte man fragen, nicht augenscheinlich, daß das *Duumviralverfahren* gerade mit der *Perduellio* genau zusammenhieng? Man könnte dies für die Zeit der Republik gelten lassen, ohne doch gleichwohl einen Rückschluß davon auf die Zeit der Könige gelten zu lassen. Denn soviel wird wenigstens eingeräumt werden, daß das Institut in beiden Zeiträumen nicht die gleiche Bedeutung gehabt haben könne. Dort werden die *Duumviren* vom König ernannt, hier vom Volke;⁴ dort ist die oberste Gerichtsbarkeit, wenigstens für alle übrigen Kapitalsachen, beim Könige, hier beim Volke;⁵ dort wird das Volk erst in Folge der an dasselbe erhobenen Provokation thätig, hier gilt überhaupt als durchgreifender Grundsatz, daß ohne Zustimmung des Volkes Niemand *de capite civis Romani* richten dürfe; dort⁶ wird das *condemnare* den *Duumviren* als königlichen, vom König instruirten, Beamten zugeschrieben, hier *condemniren* sie nur *jussu populi*, also das Volk ist es, welches das Urtheil in Wahrheit spricht, dessen Organe nur die *Duumviren* sind, für welches diese nur den Proceß instruiren.⁷

² Livius VI. 20. Dio Cassius XXXVII. 27. 28.

³ Livius II. 4. Dion. Hal. VIII. 77.

⁴ Liv. I. 26 f. Dio Cass. l. c. Cicero pro Rabirio, perduell. roo. 4. §. 12.

⁵ I. 2. §. 16, 23. D. de orig. jur. Cicero l. c.

⁶ Liv. l. c. I. 2 eit.

⁷ *Deinceps igitur omnibus magistratibus auspicia et judicia dantur: judicia, ut esset populi potestas, ad quam provocaretur.* Cic.

Hier also erscheint das Volk als oberster Richter in allen Capitalsachen; die Duumviren sind vom Volk kreirte, für das Volk den Proceß instruirende und in seinem Namen das Urtheil aussprechende Beamte für Perduellionsfälle. Dort sind die duumviri königliche, vom König instruirte, aus seiner Macht das Urtheil fällende Beamte, mit diesem Urtheil ist die Rechtsache entschieden, und nun erst kommt die Sache in Wege der Berufung an das Volk, welches sich mit dem gefällten Spruche zufrieden geben oder den Verurtheilten freigeben kann. Nähere man daher auch an, das Duumviralverfahren mit der Proposition sei das ordentliche Verfahren für Perduellionsfälle zur Zeit der Könige gewesen, so müßte man doch zugeben, daß es von dem Verfahren zur Zeit der Republik in den wesentlichsten Punkten verschieden gewesen sei.

Nun ist aber sogleich beizufügen, daß nicht einmal jene Voraussetzung richtig ist, daß vielmehr auch unter der Republik die Perduellion keinesweg allgemein und nothwendig an den Duumviralproceß gebunden erscheint. Es soll hier zwar zunächst kein Gewicht darauf gelegt werden, daß bei dem Proceß des Sp. Cassius zunächst keine duumviri, sondern die beiden Quästoren genannt werden; denn die Quästoren konnten hier eben als duumviri perduellionis fungiren, und, wenn sie dies etwa nicht dem Namen nach thaten, so war es doch vielleicht der Sache nach der Fall. Eben so wenig darauf, daß allmählig der ganze Perduellionsproceß eine wesentliche Aenderung erfahren zu haben scheint, indem die Tribunen inter-

de legib. III. 12. §. 27., wo Kreuzer und mit ihm Rubino das ut mit Recht als Zweckbeziehung nimmt: damit die Magistrate als Vermittlung für die Volksgerichtbarkeit dienen können. Wenn hier dem Beamten ein *judicium* über Schuld und Strafe zugeschrieben zu werden pflegt, so ist dies, wie Rubino S. 445. not. 2 bemerkt, nur als eine Vorentscheidung in der Anklageakte anzusehen, die man nicht als *executorisch* betrachten darf.

cedirten und dadurch ein anderes Verfahren, sowie eine andere Strafe herbeiführten.⁸ Denn dies beweist nur, daß in den späteren Zeiten der Republik das eigentliche Duumviralverfahren in Beziehung auf die Perduellio abkam und durch das mildere tribunicische ersetzt wurde, daher denn eben Cicero, als Verteidiger des Rabirius, so heftig gegen die Schikane eifert, vermittelt deren in diesem Falle das alte Verfahren wieder hervorgesucht worden war. Für die frühere Zeit der Republik bliebe dabei immer noch das Duumviralverfahren als das regelmäßige bei der perduellio unangefochten; ja, dessen unmittelbare Anknüpfung an die Zeit der Könige scheint sogar durch Cicero noch Bestätigung zu erhalten, wenn dieser dem tribunicischen Verfahren das alte mit der Bezeichnung regia actio entgegengesetzt. Allein dies wenigstens beweist deshalb nichts, weil es auch anders erklärt werden kann. Cicero nämlich hatte den Zweck, das alte Verfahren überhaupt als ein verhaßtes, für seine Zeit gar nicht mehr passendes darzustellen; hätte er nun dasselbe nur so geschildert, wie es in der älteren Zeit der Republik bestand, so wäre er kein geschickter Sachwalter gewesen; jenem Zwecke gemäß mußte er vielmehr dasselbe auf die monarchische Zeit zurückführen, um alle Schrecken, die es damals hatte, die Geißelung, die Verhüllung des Hauptes, den Strang und den Henker für sein schwarzes Gemälde brauchen zu können. Er verletzete dabei auch die Wahrheit nicht direct, da wirklich das Duumviralverfahren, wenn auch nur als Ausnahme, unter den Königen jedenfalls vorgekommen ist. Aber eben dies, daß es dort nur als Ausnahme vorkam, und überhaupt die wahre Natur desselben, gieng ihn

⁸ Cicero de legib. III. 16. §. 36. Id. pro Milone 14. §. 36. Id. in Clodium et Curionem ed. Mai. V. 4. schol. Vgl. Schrader in: Züb. krit. Zeitschrift für Rechtswissenschaft I. 2. S. 138. Besonders Cicero pro Rabir. perdu. reo: 3. §. 10, 5. §. 17. Vgl. Niebuhr Cicero orat. fragm. p. 69 ss.

nichts an, da er keine kritische Geschichte der Perduellion geben wollte. Ihm genügte es, die actio als eine regia bezeichnen und eben durch dieses Schlagwort als etwas Hassenswerthes darstellen zu können. Diese Bezeichnung, die mehr oder weniger rednerische Figur eines Advokaten ist, kann daher nicht als Beweis dafür genügen, daß das Duumviralverfahren in den älteren Zeiten der Republik mit dem, welches unter den Königen vorkam, eins und dasselbe gewesen sei.⁹⁾ Wohl aber konkurriert mit dem Duumviralverfahren bei der Perduellion die Gerichtsbarkeit des Senats, so wie die des Diktators, wenn unter seiner Amtsführung eine Perduellion vorkam. Erstere war namentlich auch begründet bei Verschwörungen in Rom, welche auf den Umsturz der Verfassung gerichtet waren.¹⁰⁾ Die Diktatur aber setzte alle übrigen Aemter, außer den Tribunen, außer Wirksamkeit. Kam nun ein Perduellionsfall unter einer Diktatur vor, so konnte das Duumviralverfahren nicht eintreten, weil es keine duumviri gab; und, wenn auch der Diktator solche bevollmächtigt hätte, das Wesentliche an jenem Verfahren, die Ausübung der jurisdictio durch das Volk, fehlte.¹¹⁾ Eben dies letzte war auch der Fall, wenn der Senat zu Gericht saß und unter dem Vorstehe eines Magistrats eine Art von außerordentlicher Quästion bildete, wobei gleichfalls die Provocation ans Volk ausgeschlossen wurde. Es kann nämlich der Bestimmung der Zwölftafeln, daß über das caput eines römischen Bürgers nur in den Centuriatkomitien gerichtet werden solle, sowie den Provocationsgesetzen nicht die Ausdehnung gegeben werden, daß jene Komitien eine unbedingt allgemeine Appellationsinstanz gebildet hätten. Vielmehr wird

⁹⁾ So kann man argumentiren, selbst wenn man annimmt, Cicero habe hier gegen das Duumviralverfahren als solches geiffert. Daß dies aber nicht der Fall war, s. unten.

¹⁰⁾ Dittsen a. a. O. S. 146.

¹¹⁾ Liv. II. 18. Zonaras VII. 3. 19. Cicero de legib. III. 34.

durch jene Gesetze nur festgestellt, daß dem Volke überall die oberste Gerichtsbarkeit zustehe, und daß dieselbe kein Magistrat in jussu populi usurpiren dürfe; es wird aber dadurch die Befugniß des Volks nicht ausgeschlossen, sich seiner obersten jurisdictio durch Uebertragung an eine quaestio (natürlich ohne Provokation) zu begeben, wie denn auch wirklich alle Quaestionen, die wir kennen, ohne provocatio zu richten scheinen. Und eben solche Kapitalgerichte ordnete nun der Senat in Nothfällen an, bei welchen eben wieder die Provokation ausgeschlossen bleiben mußte, indem angenommen wurde, daß in solchen Nothfällen der Senat, um für's Ganze der respublica zu sorgen, auch eo ipso in jene oberste Gerichtsbarkeit des Volks momentan eintrete.¹² Auch unter der Republik mithin sehen wir die Perduellion keineswegs nothwendig an den Duumviralproceß, der nur die Vermittlung für die unmittelbare Ausübung der Volksgerichtsbarkeit bildet, gebunden; sondern es konkurriert mit ihm die Gerichtsbarkeit des Diktators, dessen Stellung so oft und so charakteristisch mit der königlichen verglichen, ja geradezu als eine Nachbildung dieser bezeichnet wird,¹³ und die Gerichtsbarkeit des Senats über einer senatorischen Quaestio unter dem Vorstehe eines höheren Magistrats, welche wiederum ganz an den König (oder dessen Stellvertreter) mit seinem consilium erinnert. Hiernach müßte man es sonderbar finden, wenn der Duumviralproceß, dessen wesentliches Kennzeichen gerade die jurisdictio des Volks ist, unter den Königen sogar noch eine stärkere Bedeutung gehabt haben sollte, als unter der Republik.

Auch diese exorbitante Ansicht hat allerdings ihren Vertheidiger gefunden an Huschke,¹⁴ welcher behauptet, alle

¹² Platner l. c. p. 55—57. Rubino a. a. O. S. 443. not. 2.

¹³ Zonaras VII. 13. Cicero de rep. II. 32. Dion. V. 75. Liv. III. 36.

¹⁴ Ph. G. Huschke. Die Verfassung des Servius Tullius S. 584.

causae publicae haben zur Zeit der Könige sofort an das Volk gebracht werden müssen, und die duumviri perduellionis namentlich haben schon damals nur die Bedeutung gehabt, die Sache durch provocatio an das Volk zu bringen. Er schreibt also der Zeit der Könige den Duumviralproceß gerade in der Bedeutung zu, den derselbe nur unter der Republik, bei Anerkennung der obersten Gerichtsbarkeit des Volks, haben konnte. Indem er dies thut, begeht er nun zwar einen großen historischen Irrthum; aber, indem er seine Behauptung auf alle causae publicae ausdehnt, ist er wenigstens consequenter, als Manche, die ihn tabeln, wenn sie ihrerseits im Allgemeinen das Jurisdiktionswesen zur Zeit der Könige richtig auffassen, und doch mitten in dasselbe mit seinem ganz andern Princip hinein gerade den Perduellionsproceß als ausschließliches Duumviralverfahren mit dem Princip der Volksgerichtsbarkeit setzen.

Vielmehr werden wir aber annehmen müssen, daß, wenn noch unter der Republik das Duumviralverfahren keineswegs das ausschließliche bei der perduellio war, dies noch viel weniger zur Zeit der Könige der Fall gewesen sein könne. Und, wenn wir bedenken, daß gerade unter der Republik die oberste Gerichtsbarkeit des Volks in Kapitalsachen Princip, und die der Magistrate mit einer quaestio nur als Ausnahme oder als Auftrag vom Volke gerechtfertigt war, so werden wir, da zur Zeit der Könige gerade das entgegengesetzte Princip galt, hier gerade als Regel statuiren müssen, was, unter der Republik als Ausnahme gilt, und umgekehrt. Während also unter der Republik die perduellio ausnahmsweise unter die jurisdictio eines mit der königlichen Gewalt ausgerüsteten Diktators und einer gleichfalls mit Ausschluß der Provocation richtenden Quästion des Senats oder eines Ausschusses unter

Vgl. Göttling-Jahrb. für wissenschaftl. Kritik 1830. S. 314.
 Derf. Geschichte der römischen Staatsverfassung. S. 158. not 3.

dem Vorſitz eines Magiſtrats fällt, ſo werden wir anzunehmen haben, daß in der Zeit der Könige gerade umgekehrt das Gericht des Königs oder ſeines Stellvertreters mit ſeinem Conſilium auch bei der Perduellio die Regel gebildet habe. Dagegen werden wir den Duumviralproceß, der unter der Republik die Regel bildet,¹⁵ in der andern Periode nur als Ausnahme anſehen dürfen, und zwar nicht einmal in derſelben Bedeutung, d. h. nicht ſo, daß die Duumvirn bloß die Vermittlung für den Eintritt der unmittelbaren jurisdictio des Volks bilden, für dieſes bloß den Proceß inſtruiren, und ſo zu ſagen nur als Staatsprokuratoren bei demſelben auftreten, ſondern ſo, daß ſie, wenigſtens formell, als die eigentlichen, vom König ernannten und inſtruirten Richter erſcheinen, und das Volk ſich nur darüber auszusprechen hat, ob es an einem nach dem ſtrengen Rechte bereits Verurtheilten Gnade ausüben wolle, oder nicht.

Hiebei kann es uns gleichgültig ſein, ob man behaupten will, daß das Duumviralverfahren unter den Königen wirklich dieſe Bedeutung gehabt habe, oder nur daß die Annaliſten, weil ſie fanden, daßſelbe und die damit genau zuſammenhängende Provocation ſei ſchon unter den Königen vorgekommen, ihm dieſe Bedeutung nur gegeben haben, um es mit den ſonſtigen Jurisdiktions-Grundsätzen jener Periode in Einklang zu bringen. Genug, daß es in dieſer Auffaſſung, welche den Bericht des Livius, auf den hier Alles ankommt, durchaus keine Gewalt anthut, ſowohl mit dem, was wir für die monarchiſche Periode als Regel anzuerkennen zu haben, als mit dem, was wir von den Zeiten der Republik wiſſen, in der That im Einklang ſteht.

¹⁵ Daß dies auch nicht ſo allgemein der Fall ſei, wird weiter unten gezeigt werden. Es ſoll hier nur der gewöhnlichen Meinung, welche überall den Duumviralproceß für identisch mit dem Perduellionsproceſſe hält, vorläufig ſoviel als möglich eingeräumt werden.

§. 12. Das *judicium Horatianum*.

Sehen wir nämlich auf die Erzählung des Livius zurück, so haben wir dabei folgende wesentlichen Momente: 1) Eine *perduellio* als handhafte That, welche vor das ordentliche Gericht des Königs gehört, ¹ und, wenn dieser zu Gericht sitzt, sofort die Strafe des Aufhängens am argen Baum nach sich ziehen muß; 2) das Vorhandensein von Begnadigungsgründen, ² welche den König bewegen, in diesem Falle vom strengen Rechte abzugehen und die Sache einer höheren sittlichen Macht, dem Volke zuzuweisen. 3) Zu diesem Zwecke ernennt er *duumviros*, und instruiert dieselben, *ut Horatio perduellionem judicent*, d. h. daß sie in seinem Namen den Ausspruch des strengen Rechts gegen den Schuldigen thun. ³ 4) Nach dieser Verurtheilung, womit der juridische Theil des Drama's zu Ende ist, beginnt der zweite in der höheren (sittlichen) Sphäre, wo nicht das strenge Recht, sondern das Innerliche an der Sache, die subjektiven Beweggründe, gewogen wird. Der Schuldige provocirt an das Volk, während ihn das strenge Recht in der Person des *lictor* ergreift. ⁴ Sowie dieser Ruf ertönt, muß der *lictor* absteigen, das formelle Recht ist suspendirt. Das Volk wird versammelt und hört den Vortrag

¹ *Raptus in jus ad regem!* S. auch Rosshirt neues Archiv des Kriminalrechts Bd. XI. S. 1. S. 18.

² *Recens meritum facto obstat... proclamante patre, se filium jure caesum judicare; ni ita esset, patrio jure in filium animadversurum fuisse.*

³ *Duumviros secundum legem facio. Lex horrendi carminis erat. Hac lege duumviri creati, qui se absolvere non rebantur ea lege, ne innoxium quidem, posse, quum condemnassent.*

⁴ *P. Horati, tibi perduellionem judicio, inquit. J, lictor, colliga manus. Accesserat lictor, injiciebatque laqueum. Tum Horatius, auctore Tullo, clemente legis interprete: Provoco, inquit. ita de provocatione certatum ad populum est cf. Liv. II. 27. 55. III. 56. XXXVII. 51.*

der Duumvirn, als der Repräsentanten des strengen Rechts, an. Findet es dabei nichts zu erinnern,⁵ so behält die strenge Justiz (des Königs) ihren Lauf. Läßt es sich aber von den Begnadigungsgründen bestimmen, so tritt eben die Ausnahme vom strengen Recht nun definitiv ein. Der Angeklagte kann gehen, und das Volk nimmt nun auf sich, was etwa von geheimer Schuld auf seinem Schützling lastet, dessen sittlicher Vertreter es wird.⁶

Diese Erzählung paßt Zug für Zug auf die hier gegebene Erklärung. Man braucht nach dieser dem Livius z. B. nicht den Vorwurf zu machen, den ihm *Huschke*⁷ macht; daß er die (nach *Huschke*) wahre Bedeutung der duumviri und der provocatio gar nicht verstanden habe.⁸ Vielmehr hat Livius oder haben die Annalisten, denen er in seinem Berichte folgte, das Verhältniß des Duumviralprocesses zu den sonstigen unter den Königen über die jurisdictio geltenden Grundsätzen viel richtiger zu würdigen gewußt, als *Huschke*. Ebenso wenig braucht man sich dann darüber zu beklagen, daß an dem iudicium Horatianum alles zweifelhaft und überhaupt an dem ältesten römischen Kriminalproceß Alles unsicher und unbestimmt sei, wie dies *Rosshirt* thut.⁹ Wenn ferner *Göttling*¹⁰

⁵ Si vincent. cf. Liv. VI. 20. VIII. 33. II. 27.

⁶ Imperatum patri, ut filium expiaret pecunia publica... Id hodie quoque publice refectum manet.

⁷ a. a. D. S. 584. not. 2.

⁸ Vgl. dagegen *Rubino* a. a. D. S. 487. not. 1. „Wenn die Bemerkung, daß die Duumvirn nicht losprechen konnten, allgemeine Geltung in diesem Verfahren hatte, so muß vorausgesetzt werden, daß der König dasselbe erst alsdann einleiten ließ, wenn er selbst von der Schuld überzeugt war, und daher die Duumvirn nur als Vermittlung gebrauchte, damit die Stimme des Volks sich frei äußern könne.“ Ganz richtig nach der oben vorgetragenen Ansicht.

⁹ Neues Archiv des Kriminalrechts XI. 1. S. 18. 19.

¹⁰ a. a. D. S. 158. Vgl. *Rosshirt* Geschichte und System des deutschen Strafrechts. Bb. II. S. 20.

allgemein von allen Strafurtheilen Provocation an das Volk annimmt, und nun fortfährt: „bei den höchsten Verbrechen scheint er (der König) seltener seines Rechtes wahrgenommen, sondern alsbald die Entscheidung Quästoren und dem Volk anheimgestellt zu haben, damit er sich nicht in die Lage versetzte, seinen Ausspruch durch das Volk reformirt zu sehen,“ — so enthält auch diese Ansicht verschiedene Inkonvenienzen. War letzteres das Motiv für den König, um Duumviren zu ernennen, so mußte er ja in allen Kapital-, ja in allen Criminalsachen überhaupt Duumviren ernennen, da nach Götting Provocation allgemein zulässig war, also überall für den König die Gefahr eintrat, sein Urtheil durch das Volk reformirt zu sehen. Gleichwohl beschränkt Götting den Duumviralproceß willkürlich nur auf die Perduellion. Sodann ist die Ansicht falsch, daß die Ernennung von Duumviren das Mittel für den König gewesen sei, jener Gefahr zu entgehen; denn in dem Ausspruch der Duumviren wird ja der des Königs selbst vom Volk reformirt, da, nach Götting, die Duumviren keineswegs den Proceß bloß für das Volk instruiren, ¹¹ sondern wirkliche Richter sind, die dies nur vermöge einer bestimmten, vom König ihnen gegebenen, Instruction seyn können. Wollte man den Duumviren eine selbständige Entscheidung vindiciren, so müßte man dem Livius Gewalt anthun, welcher auf's Bestimmteste das Gegentheil behauptet, daß nämlich die Duumviren streng, buchstäblich an die *lex horrendi carminis* gebunden gewesen seien und *ex lege* nicht haben absolviren können. ¹²

¹¹ Auch *Platner* de crim. jure ant. Rom. p. 63. nimmt an, daß die Duumviren wirkliche, urtheilende Richter gewesen seien, von deren Ausspruch erst an das Volk provocirt worden sei. Seine Erklärung (p. 62), warum die Duumviren geglaubt haben, *se ne innoxium quidem absolvere posse*, (*Ratio haec est, quod in illa lego horrendi carminis duumviris non potestas absolvendi est concessa, si non vincent*), gestehe ich nicht zu verstehen.

¹² Eine andere Ansicht hat Götting ausgesprochen in den Jahrbüchern

Nach der hier vorgetragenen Ansicht dagegen erklärt sich all dieses ganz einfach und ohne Zwang. Endlich braucht man aber auch nicht mit Haubold anzunehmen, daß das ganze Duumviralverfahren ein bloß singuläres, für den bestimmten Fall des Horatiers geschaffenes Auskunftsmittel, die *lex horrendi carminis* in Verbindung mit der *clemens interpretatio a rege facta* nur ein Privilegium für den Horatier, ohne weitere Anwendbarkeit auf weitere Fälle gewesen sei. Dagegen spricht schon die wiederholte Bezeichnung der Anordnung als einer *lex*, welchen Ausdruck man gewiß nicht gebraucht hätte, wenn man nicht einer allgemeineren Anwendbarkeit des dadurch angeordneten Verfahrens sich bewußt gewesen wäre. Es spricht aber vornämlich dagegen die Betrachtung, daß wir in dem *judicium Horatianum* höchst wahrscheinlich eine bloße mythische Erzählung vor uns haben, an welche die Annalisten nur das anknüpften, was sie sonst über den Gerichtsgebrauch der Vorzeit wußten, namentlich aus priesterlichen Schriften.¹³ Man

für wissenschaftliche Kritik 1830. S. 314. Provokation, sagt er hier, habe gegen ein schon ausgesprochenes Urtheil nicht mehr freigestanden, sondern nur mit Vereitelung eines Urtheils habe das in der Provokation aufgerufene Volk einen Angeeschuldigten freigegeben können. Eben dies soll der Satz ausdrücken *hac lege* — *condemnassent*. Diese Provokation habe nur den Sinn eines gewöhnlichen Gerichtsstands vor dem Volke gehabt. Nach dieser Ansicht wird ohne Zweifel dem Volke die oberste Gerichtsbarkeit allgemein und unbedingt zugeschrieben, da jeder Richterspruch durch die Provokation vereitelt und hiedurch die *jurisdictio* des Volks in Wirksamkeit gesetzt werden kann. Alle andere Gerichtsbarkeit ist daneben leeres Schattenbild. Dagegen gilt, was Götting selbst anderswo erinnert, daß das Alterthum nicht, wie die und die neuere Zeit, Formen ohne Gewalt geschaffen hat, — also auch wohl nicht Gerichte, die nicht einmal zum wirklichen Richten kommen. Offenbar, auch sprachlich, unrichtig ist die Erklärung des Satzes: *hac lege* — *condemnassent*.

¹³ Niebuhr I. S. 362 (358.).

kann daher nicht aus der Gestaltung des Ereignisses, die ihm die Volksfrage gegeben hat, auf die Singularität des Verfahrens argumentiren, sondern man muß aus jener Gestaltung das Verfahren als den juristischen Kern auszuziehen suchen. Nach unserer Ansicht läßt sich dieser rein ablösen. Wir nehmen die *lex horrendi carminis* als eine allgemeine für alle Fälle, wo der König einen von ihm nach strengem Rechte für schuldig Befundenen der Gnade des Volks überlassen wollte, und deshalb den Duumviralproceß mit der *provocatio* anordnete. Offenbarer aber dieses Verfahren eben mit der Provokation zusammenhängt, um so weniger ist es zu billigen, wenn Haubold, welcher der richtigen Ansicht so nahe kommt, zuletzt meint, auch die *provocatio* in diesem Falle sei etwas Singuläres gewesen, da vielmehr eine Appellation an den König hätte stattfinden müssen, und dieser nur, nachdem er vorher sämmtlichen Betheiligten ein Räthsel aufgegeben, zuletzt als ein geschickter *deus ex machina* (recht wie ein Komödienvater) das *provocatione certato* für eine *provocatio ad populum*, d. h. für das Wort der Vergebung ausgelegt habe. Haubold hat allerdings die Hauptsache ganz richtig festgehalten: daß das Duumviralverfahren nicht das regelmäßige, weder überhaupt, noch insbesondere für die Perduellion gewesen sei, vielmehr des Königs Gericht als die Regel, und das Duumviralverfahren, wie die *provocatio ad populum* als eine Ausnahme angesehen werden müsse; aber er ist auf der anderen Seite wieder zu weit gegangen, indem er nun die Ausnahme für eine ganz singuläre erklärte, und so die *lex horrendi carminis* in Wahrheit als ein von ihm ungelöstes Räthsel stehen ließ. Im Uebrigen hat er auch hier wenigstens das ganz richtig bemerkt, daß das spätere Vorkommen der Duumviri unter der Republik jedenfalls von wesentlich ganz anderer Natur sein müsse, als ihr Vorkommen unter den Königen.

Lex horrendi carminis heißt: ein in furchtbarer Formel

abgefaßtes Gesetz, wie Rubino¹⁴ richtig bemerkt, nicht, wie Ernesti meint, bloß: eine furchtbare Formel. Ob dieses Gesetz nun speciell für die perduellio gegeben sei, davon kann vor der Hand abgesehen werden. Die Ansicht kann dieselbe bleiben, auch wenn man annimmt, das Duumviralverfahren sei auch bei andern Verbrechen anwendbar gewesen, wo dann die Formel gelautet hätte: duumviri parricidium, sacrilegium etc. judicent, und statt caput obnubito etc. die respective Strafe angeführt wäre. Es war eine lex, eben für den Fall bestimmt, wo der König einen für schuldig Erkannten nach strengem Recht verurtheilen mußte, aber zugleich der Gnade des Volks anheingeben wollte. Das Gesetz heißt ein Gesetz von furchtbarer Formel mit Recht, weil eben in dieser Formel das Urtheil streng und unbedingt ausgedrückt sein mußte, und den Duumviri (oder ähnlichen niedern Beamten) keine Befugniß zur Absolution freigegeben werden durfte, — ein Umstand, der wiederum unerklärlich bleibt, wenn man annimmt, dieses Verfahren sei das regelmäßige bei der Perduellion überhaupt gewesen, da man unter dieser Voraussetzung entweder annehmen muß, das Gesetz sei von mehr als draconischer Härte,¹⁵ oder die Verurtheilung durch die Duumviri sei eine bloße Komödie gewesen, oder das horrendum carmen und das non absolvere posse beruhe auf einem bloßen Mißverständnisse des Livius oder der Annalisten, denen er folgt. Die Formel enthält nämlich eben das, was das strenge, unbittliche Recht in einem solchen Falle zu sagen hat, die unbedingte Verurtheilung durch seine Organe (duumviri judicent), und die Strafe, die erfolgen soll, wenn das Volk nicht eingreifen, sondern der Justiz des strengen Rechts ihren Lauf

lassen will, und nicht durch die Duumviri verurtheilt werden soll.

¹⁴ a. a. D. C. 472. not. 1.

¹⁵ Profecto crudelior hac lege, si generalis fasset, cogitari nulla potuisset. Haubold *luc.* p. 135.

lassen will (*si vincent*). Für den Fall, *si non vincent*, schweigt das Gesetz, — und dies ist gewiß ein deutliches Zeichen dafür, daß es eben nur die Bedeutung hatte, die ihm hier beigelegt wird. Denn, sobald dieser Fall eintrat, so war es eben mit dem Rechte zu Ende, und die Gnade trat an seine Stelle; hierüber aber konnte in der *lex* nichts vorgeschrieben werden.

S. 13. Die Provokation unter den Königen.

Insbefondere wird nun die vorliegende Ansicht bestätigt, wenn nachgewiesen werden kann, daß die *provocatio*, welche nach derselben eng mit dem *Duumviralproceß* zusammenhängt, unter den Königen etwas sehr Seltenes war. Diesen Nachweis scheint uns aber gegen Niebuhrs¹ bekannte Ansicht Rubino mit einleuchtenden Gründen geliefert zu haben. Göttling beruft sich für die gewöhnliche Ansicht nur auf Liv. I. 26. und Cic. de rep. II. 31. (cf. Seneca epistol. 108.). Aber die erste Stelle kann nach allem Bisherigen durchaus nichts beweisen; überdies ist es gewiß ganz falsch, wenn Göttling sagt: In dieser Stelle gehe der Imperativ *certato*, wie die folgenden, *obnubito*, *suspendito*, *verberato*, auf das Volk und die ausführende Gewalt; daher heiße *provocationeurato*: Du, Volk, sollst durch deine Stimmen in der an dich gerichteten Provokation entscheiden. Vielmehr, die Imperative *obnubito* etc. gehen allerdings an die (aber nicht im Auftrage des Volks, sondern in dem des Königs verfahrende) ausführende Gewalt; dagegen der Imperativ *certato* geht an den Angeschuldigten, und heißt ihn das Volk zum *certamen*

¹ Niebuhr I. S. 361. (357.) 557. (555.). Vgl. Walter Röm. Rechtsgeschichte I. 21. not. 4. Göttling Gesch. der römischen Staatsverfassung S. 158. S. dagegen Rubino a. a. D. S. 432 bis 498. und die dort angeführten älteren Schriftsteller, namentlich Adrian van der Hoop l. c. Vgl. Haubold l. c. p. 140.

mit den Duumviren, zum certamen der Gnade mit dem strengen Recht auffordern: Du, Angeschuldigter, wende dich an's Volk und bringe vor ihm gegen die Duumviren, welche den Spruch des Rechts vertheidigen werden, deine Regnabigungsgründe vor. Cicero aber in der angeführten Stelle sagt bloß: provocatio- nem etiam a regibus fuisse, und erklärt dies an einer andern Stelle so, daß er ausdrücklich sagt, diese provocatio a regibus sei keineswegs, wie unter der Republik, eine provocatio omnium rerum² gewesen. Dagegen ist schon oben zu zeigen versucht worden, daß die regelmäßige Gerichtsbarkeit unter den Königen die jurisdictio der Könige oder ihrer Stellvertreter mit einem Consilium, ohne provocatio ad populum, war. Rubino aber zeigt ausführlich, daß es keinem der alten Schriftsteller eingefallen ist, den Umfang und Charakter, womit die provocatio später ausgestattet erschien, auf die Zeit der königlichen Regierung zu übertragen, daß sie die provocatio sogar nur als eine unter dem dritten Könige erst entstandene Neuerung bezeichnen und es zweifelhaft lassen, ob das von ihm gegebene Beispiel häufige Nachahmung bei seinen Nachfolgern gefunden habe, daß selbst Dionysius bei seiner sonstigen Neigung zu generalisiren dennoch unter den ursprünglichen Rechten der Volksversammlung die Befugniß, ein oberstes Gericht über die Erkenntnisse und Strafbefehle der Magistrate zu halten, nicht aufzähle, daß auch Pomponius die Gewalt der Consuln, wie sie sich seit dem valerischen Geseze gestaltet hatte, der älteren königlichen so gegenübersehe, daß er die erstere für der Provocation unterworfen, die letztere für unabhängig davon erkläre, daß endlich auch das unbeschränkte Recht der Dictatoren, zu richten und zu strafen, den glaubwürdigsten Zeugnissen zufolge nichts Anderes gewesen sei, als die wiederhergestellte Machtvollkommenheit der Könige. Er zeigt

² Cicero de rep. I. 40.

ferner, wie willkürlich³ Niebuhr die Stelle von Cicero de rep. II. 31. allein beachtet, indem er alles Entgegenstehende unerwähnt und unberücksichtigt läßt, wie er rein tatsächliche Verhältnisse, welche die Geschichtschreiber zur Erklärung und Ausmalung der Vorgänge anführen, in Rechtsverhältnisse umwandelt, wie er aber dabei genöthigt ist, Tributkomitien zu einer Zeit anzunehmen, wo die Tribus die Bestimmung zu Volksversammlungen noch nicht hatten, und bei sonst kundigen Autoren Unwissenheit in den Hauptverhältnissen des alten Staatsrechts vorzusetzen (z. B. bei Cicero, wenn er die Worte der *lex valeria* auf die Centuriatkomitien bezieht, bei Dio Cassius, wenn er das durch keine Provokation gehemmte höchste Strafrecht der Dictatoren gleich dem der Könige über alle Bürger ohne Unterschied der Klassen ausdehnt), wie aber im Gegentheile vor dem Processe des Koriolan alle Provokationen an die Centuriatkomitien gingen, und die Zwölftafeln diese ausschließliche Befugniß des *comitatus maximus*, welche nur temporär durch die Tribunen unterbrochen war, für alle Kapitalstrafen wiederherstellten,⁴ wie endlich gerade gegen die disciplinarische Strafbefugniß der Könige, worauf die Provokation von Niebuhr hauptsächlich bezogen wird, sich keine Spur derselben findet, vielmehr nur gegen ihre ordentliche, in judiciis mit förmlichem Verfahren ausgeübte Gerichtsbarkeit, und auch hier nur gegen Kapitalstrafen, insbesondere Todesurtheile, ja selbst gegen diese keineswegs ohne Unterschied.⁵

³ Liv. I. 26. VIII. 33. Cic. pro Milone 3. §. 7. Val. Max. VI. 3. 6. VIII. 1. 1. Cic. de rep. II. 31. cf. ib. I. 40. Dion. V. 75. Zonar. VII. 13. I. 2. §. 16. D. de orig. jur.

⁴ Liv. III. 56. X. 9. Dion. VII. 69. cf. IX. 46. Liv. II. 25. 29. Val. Max. IV. 1. 1.

⁵ Cic. de rep. II. 31. Liv. X. 9. Val. Max. IV. 1. 1. cf. Dion. V. 19. s. Zonar VII. 17. Cic. de rep. II. 35.

§. 14. Rubinos Ansicht.

Darüber aber, wo denn nun eigentlich positiv die Provocation unter den Königen ihre Stelle gehabt habe, ist Rubino's Ansicht von der hier vorgetragenen abweichend.

Nach derselben ist das Duumviralverfahren und die damit zusammenhängende provocatio ad populum zwar auch, wie hier behauptet wird, als ein Ausnahmungsverfahren anzusehen, aber als ein solches, das gerade mit der perduellio in enger und eigenthümlicher Verbindung steht. Rubino geht nämlich davon aus, daß im römischen Kriminalrechte überhaupt, zumeist in dem der ältesten Zeit, die strafbaren Handlungen sich gruppenweise an irgend ein Hauptverbrechen anschließen; nach dessen Namen sie bezeichnet, und nach dessen Analogie sie bestraft werden. In der Urzeit der Völker nun finden sich überall wenige Kapitalstrafen; die Volksgenossenschaft oder deren Obrigkeit werde sie nur als Mittel der Selbsterhaltung ansehen bei Gefährdung ihrer eigenen Existenz; während für die Verletzungen der Einzelnen unter einander Vermögensbußen festgesetzt seien. Das Princip, wodurch die Völker aus diesem Urzustande zu einer andern Art von Strafrecht geführt werden, sei zunächst nicht in einem äußern Motive, z. B. Uebernahme der Privatrache auf den Staat u. dgl., sondern vornämlich in einem inneren Grunde zu suchen. Es sei eine religiös-sittliche Idee, unter deren Einwirkung sich die ursprünglich lose Stammgenossenschaft in einen engeren Staatsverband umwandle. Aus dieser Veränderung gehe der Staat mit einem höheren ethischen Charakter, und daher die öffentliche Gewalt mit neuen Rechten und Pflichten hervor; sie könne sich nicht mehr auf die Abhörung der gegen die Gesamtheit oder ihre Autorität gerichteten Vergehen beschränken, sondern habe die heilige Sitte der Nation zu vertreten, und daher die Verletzungen dieser Sitte, insbesondere schwere Frevel durch entsprechende, von ihr ausgehende

Strafen zu sühnen und dadurch das Volk von ihnen zu reinigen. Zu diesen Vergehungen habe man im alten Rom zuerst das parricidium (den Elternmord) gerechnet, an das dafür niedergesezte Kapitalgericht aber bei Fortbildung der Staatsitte auch andere, verhältnißmäßig geringere Vergehungen gewiesen, indem man sie dem parricidium für analog erklärt habe; namentlich Frevel gegen die Religion (gewaltsamen Raub oder Entwendung von Gegenständen, welche Heilighümern angehört, oder ihnen anvertraut waren, sowie Verrathen religiöser Geheimnisse, z. B. der sibyllinischen Schriften), schwere Verletzungen der Zucht und Sitte (insbesondere gegen die Ehrbarkeit der Matronen), und Blutschuld überhaupt. Auch sonst seien vielleicht schon unter den Königen Kapitalprocesse verwandter Art, aber unter verschiedenem Namen, eingeführt gewesen. Gewiß aber sei es, daß diejenigen peinlichen Gerichte, welche die Verbrechen gegen die Sicherheit der Volksgesellschaft betreffen, und deren Entstehung der frühesten Urzeit angehört habe, gesondert von jenen, in Rom ihre eigene weitere Entwicklung, und zwar wiederum nach dem Grundsatz der Analogie gefunden haben; und dies seien die Gerichte über proditio und perduellio. Die Provokation nun dürfe man sicherlich nicht bei denjenigen Gerichten suchen, welche im Namen der Religion und der sich ihr anschließenden Sitte gehandhabt worden seien. Diese leiden in der Zeit ihrer Entstehung nicht leicht die Einmischung des Volksurtheils, sondern fallen einer geweihten, sei es monarchischen oder aristokratischen, Autorität anheim, deren Gewalt durch sie verstärkt werde. Diese Gerichte seien bei den Römern die königlichen Consilien (vielleicht unter theilweiser Zuziehung von Priestern) gewesen; die Römer scheinen dieses Institut mit Ehrerbietung betrachtet und es für die gewöhnliche Kriminalrechtspflege, welche mit politischen Fragen nicht zusammenhing, so angemessen gefunden zu haben, daß es auch nach der Valerischen Provokation häufig, wenigstens bis zu der

Gefetzgebung der zwölf Tafeln hin erneuert worden sei, indem das Volk besondere quaestores parricidii zu der Leitung desselben bevollmächtigt habe. — Unter einem verschiedenen Gesichtspunkte dagegen stelle sich, historisch betrachtet, dasjenige Strafverfahren dar, womit der Staat nach einer Art von Kriegerecht die Feinde in seiner Mitte gerichtet habe. Hier sei von Alters her die Theilnahme des Volks zugelassen, ja erforderlich gewesen. „Es erschien überhaupt wie ein Ausbruch der Entrüstung, womit die Volksmenge in dem Augenblicke, in welchem sie die Ueberzeugung von der Schuld erlangt hatte, ihre Waffen oder das nächste sich darbietende Werkzeug ergriff; um den Frevler, welcher der Gesamtheit oder ihrem Fürsten Verderben brachte oder drohte, aus dem Wege zu räumen.“ Nur in dem Gerichte über die Perduellion daher habe überhaupt die Provocation unter den römischen Königen ihre eigenthümliche Stelle, als ein geringer Ueberrest einer in der Vorzeit gegen die inneren Feinde der Staatsgesellschaft üblichen Volksjustiz. Regel übrigens sei auch bei der Perduellion das Gericht des Königs oder seines Stellvertreters mit dem senatorischen Consilium gewesen, ja, gerade in jener Periode des Uebergangs zu einem festeren Staatsverbande, als welche die Zeit der Könige aufzufassen sei, habe sogar die königliche Gewalt in dieser Sphäre mit besonderer Energie hervortreten müssen. Eine besondere Rücksicht aber habe doch gerade hier geboten, nicht immer und nicht jede Einwirkung des Volks auszuschließen. Bei diesen Verbrechen sei nämlich der König, als der oberste und unverantwortliche Inhaber der Staatsgewalt, selbst als Partei erschienen; dieselben seien zunächst gegen sein Ansehen, gegen die von ihm gehabte Ordnung, zum Theil gegen seine Person gerichtet gewesen. Um so leichter habe daher gerade hier in der öffentlichen Meinung der Verdacht tyrannischer Unterdrückung entstehen können, wenn eine Bestrafung ohne vorgängige Anerkennung der Schuld von Seiten des Volks erfolgt sei. So oft es demnach thöulich

geschieden habe, und nicht etwa solche Fälle eingetreten seien, in denen auch während der Republik die Regierung durch eigenen Beschluß die Schuldigen für Feinde des Staats erklärt habe, sei das Duumviralverfahren (als eigenthümliches Perduellionsverfahren) eingeleitet worden, an welches sich die gesamte später entstandene Volksgerichtsbarkeit enge anknüpft habe.

§. 15. Gründe gegen diese Ansicht.

So sinnreich nun ohne allen Zweifel diese Ausführung ist, so vermögen wir derselben doch nicht in allen Punkten beizustimmen. Für ganz richtig zwar halten wir, was über die Ausbildung der Kapitalstrafen und den religiös sittlichen Charakter gesagt wird, den die öffentliche Strafgewalt in einer solchen Uebergangsperiode annimmt; ebenso die bestimmte Trennung der Verbrechensbegriffe (*parricidium*, *perduellio*), welche mit jener ersten Entwicklung nothwendig Hand in Hand gehen muß; ¹ ferner die Behauptung, daß überall das ordentliche Gericht des Königs oder seines Stellvertreters mit dem senatorischen Consilium, und zwar ohne *provocatio ad populum*, die Regel gebildet habe, daß dagegen das Duumviralverfahren genau mit der Provokation zusammenhänge, und daß sich an dasselbe die Entstehung der gesamten späteren Volksgerichtsbarkeit anknüpfe.

Für unrichtig dagegen halten wir die Behauptung, daß

¹ Schon oben ist bemerkt, daß Rubino diesen richtigen Gedanken nicht soweit durchführte, als er eigentlich dürfte, vielmehr noch die unstatthafte Concession macht, daß das älteste Recht das *sacrilegium*, die Verletzung der Zucht und Sitte u. wirklich mit dem *parricidium* für identisch gehalten habe. Andererseits mußte aber wieder der absoluten Trennung der *proditio* von der *perduellio* widersprochen werden. Vgl. übrigens Rubino a. a. O. S. 473, wo er zugibt, daß wenigstens in der frühesten Zeit die *proditio* noch nicht von der *perduellio* geschieden gewesen sei.

das Duumviralverfahren in nothwendiger Verbindung mit der perduellio siehe. Rubino ² beruft sich zwar ausdrücklich darauf, daß sich außer dem Falle des Horatiers nicht ein einziges Beispiel von der Anwendung dieses Processus bei andern, als politischen Verbrechen finde. Auf denselben Grund beruft sich aber auch Haubold ³ für seine Behauptung, daß an dem Falle des Horatiers Alles durch und durch als singulär zu betrachten sei. Und gewiß heiße mit gleichem Rechte, wenn der Umstand, daß uns dieser einzige Fall als Beispiel des Duumviralprocessus und der Provocation aufbehalten ist, uns überall zu einer Beschränkung auf die Grenzen dieses Falls berechtigt und nöthigt. Dabei merken wir nur an, daß auch unsre Ansicht die Grenzen des Falls nicht überschreitet, obgleich sie, gleich der Rubino'schen, etwas Allgemeines darin findet, was Haubold daran läugnet. Sie sucht dieses Allgemeine nur in einem andern Momente, nämlich nicht in der Sphäre der perduellio, sondern in der inneren Natur des Falls, als einer Kollision von strengem Rechte und Gnade, welche Kollision natürlich nicht an die Sphäre der perduellio gebunden ist. Der Umstand nun, daß es in dem vorliegenden Falle sich zufällig um eine Perduellion handelt, kann unsrer Ansicht so wenig im Wege stehen, als Rubino sich von Haubold den Einwurf wird gefallen lassen, daß ja auch kein zweiter Perduellionsfall mit dieser Ausstattung bekannt sei. Wollen wir aber einmal generalisiren, so sind wir eben so berechtigt, dies mit der innern Natur, als mit der äußeren Sphäre des Falls zu thun. Entweder nöthigt uns die Einzelheit des Falls, mit Haubold Alles daran für Singularität zu erklären, oder wir nehmen uns das Recht, das Rubino sich nimmt; dann kann nicht weiter wiederum aus jener Vereinzeltheit argumentirt

² a. a. D. S. 490.

³ l. c. p. 140.

werden. Dieses Recht dürfen wir uns aber schon deshalb nehmen, weil Cicero sagt, *provocationem etiam a regibus fuisse*, womit er nicht einen singulären Fall meinen kann, weil vielmehr überhaupt die Annalisten in den Schriften der Priester die Formeln des Duumviralprocesses und der Provokation als etwas schon zur Zeit der Könige gesetzlich fixirtes, — also nicht auf den Fall des Horatiers Beschränktes aufgefunden haben, — ein Recht, das ohnedies alle diejenigen zugeben müssen, welche geneigt sind, noch allgemeinere Behauptungen über diese Sache aufzustellen.

Bei der Ansicht Rubinos ist nun sogleich auffallend, daß doch auch er annimmt, das Duumviralverfahren sei nicht das ausschließlich einzige bei der *perduellio* gewesen. Indem er sich nun genöthigt sieht, sich genauer über die Grenzen zu erklären, innerhalb deren es zulässig gewesen sein soll, geräth er in Widerspruch mit sich selbst. S. 484. 485 behauptet er, ganz in Uebereinstimmung mit seinen sonstigen Ansichten, daß es den Königen vorzüglich zugekommen sei, auch die politischen Verbrechen zu richten, daß hingegen die Selbstthätigkeit des Volkes habe zurücktreten müssen, daß diese nur mit großer Beschränkung in die strenger geordnete Verfassung aufgenommen worden sei; jene Befugniß habe der römischen Regierung unverkennbar in sehr ausgedehnter Weise zugestanden, und nur eine besondere Rücksicht habe geboten, hier nicht immer und nicht jede Einwirkung des Volkes auszuschließen. — Dagegen sagt er S. 486. „So oft es thunlich schien, und nicht etwa solche Fälle eintraten, in denen auch während der Republik die Regierung durch eigenen Beschluß die Schuldigen für Feinde des Staats erklärte, wurde das Duumviralverfahren (denn dies versteht Rubino unter dem Perduellionsverfahren) eingeleitet.“ Während er also nach den ersten Stellen in diesem Prozesse ein Ausnahmeverfahren sieht, so erklärt er es in der letzten für das regelmäßige, und läßt das ordentliche Gericht nur ausnahmsweise für die Fälle

eintreten, in welchen auch unter der Republik die Regierung unmittelbar in richterliche Thätigkeit trat, — ganz entgegen seiner sonstigen wiederholten Behauptung, daß unter den Königen die eigene richterliche Gewalt derselben die Grundlage und Regel der gesammten peinlichen Gerichtsbarkeit ausgemacht habe, neben welcher die des Volkes nur als eine in gewissen Fällen eintretende Koncession erschienen sei, wogegen unter der Republik die oberste Entscheidung in Kapitalsachen dem Volke zugekommen und die der Magistrat nur als ein Auftrag desselben oder als eine durch die Umstände gebotene Ausnahme angesehen worden sei, — und daß gerade hierin der Hauptunterschied zwischen beiden Perioden bestanden habe.⁴ Dieser Hauptunterschied würde also nach der S. 486 gegebenen Ansicht bei der Perduellion eine vollkommene Ausnahme erleiden, während nach unsrer Erklärung jene Totalansicht durchaus ungekränkt stehen bleibt.

Sodann ist darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Rubino'schen Ansicht, so schwankend sie sich auch über die Grenzen des Duumviralverfahrens ausspricht, dieses doch jedenfalls in sehr enge Schranken gewiesen wird, — so eng, daß der Effekt nahezu derselbe ist, wie bei Hanbold, der dasselbe geradeheraus für eine Singularität erklärt. Hier dürften aber doch die Zeugnisse Ciceros u. A. entgegenstehen, welche vermuthen lassen, daß die Provokation unter den Königen denn doch nicht etwas so gar Dürftiges gewesen sei. Diesen Einwurf vermeiden wir, wenn wir annehmen, sie sei auch bei andern Kapitalverbrechen, als der perduellio, zulässig gewesen, obgleich uns kein direktes Beispiel dafür aufbehalten ist.

Rubino bezieht sehr richtig, an das Duumviralverfahren und die damit zusammenhängende Provokation knüpfte sich die Entstehung der gesammten späteren Volksgerichtsbarkeit an. Hiermit will es aber offenbar nicht recht zusammenstimmen, wenn er
 M. a. a. D. S. 446, 447, 452. u. a. nach dem Willkür des Rubino

andrerseits wieder jenes Verfahren als einen geringen Ueberrest einer in der Vorzeit gegen die inneren Feinde der Staatsgesellschaft üblichen Volksjustiz darstellt. Es soll hiemit den geschichtlichen Notizen, welche Rubino über Steinigungen durch das Volk bei den Griechen, das *κατακρηγεσθαι* bei den Macedoniern, die Bestrafung des Verraths bei den alten Germanen, die ähnlichen Gebräuche der Latiner u. s. w. beibringt, ihr relativer Werth nicht abgesprochen werden. Man könnte zwar beiläufig darauf aufmerksam machen, daß diese Art von Volksjustiz keineswegs bloß bei Staatsverbrechen vorkommt, wie denn Rubino selbst bemerkt, daß die Steinigung bei den Israeliten nicht in Beziehung auf Störung des öffentlichen Friedens, sondern gerade in Beziehung auf solche Verbrechen üblich war, welche nach Rubinos Ansicht ihrer Natur nach gar nicht für ein unmittelbares Volksgericht passen, nämlich in Beziehung auf die schwersten Frevel gegen die Religion und Sitte (Abgötterei, Gotteslästerung, Ehebruch u. dgl.). Ebenso könnte man sagen, läßt sich auch bei den italischen Völkerschaften eine solche uralte Volksjustiz in Beziehung auf andre Verbrechen, als die *perduellio*, vermuthen. Allein es scheint unfruchtbar, hierüber zu streiten. Denn gesetzt auch, es ließe sich eine solche uralte Volksjustiz nur für die *perduellio* nachweisen, so wäre sie ja doch bei den Römern nur als etwas der mythischen Zeit Angehöriges anzusehen, aus welchem eben darum nicht dasselbe Verfahren erklärt werden kann, welches andrerseits als Keim der bald darauf unter der Republik hervorgetretenen geregelten Volksjustiz angesehen wird. Man hätte eine sehr energische Volksjustiz vor den Königen anzunehmen (bloß der Analogie wegen); diese hätte man sich unter den Königen bis auf einen armseligen Rest verschwunden zu denken, und doch soll sich eben aus diesem arms-

1) Mich ael. i. d. Mosaischen Recht V, S. 246. 247. 249. 251 ff.

seligen Reste wieder sogleich nach Vertreibung der Könige die großartige republikanische Volksgerichtsbarkeit entwickelt haben.

Sehen wir aber jene mythische Volksjustiz näher an, wie sie Rubino selbst beschreibt, als einen Ausbruch der Entrüstung, womit die Volksmenge in dem Augenblicke, in welchem sie die Ueberzeugung von der Schuld erlangt hat, ihre Waffen oder das nächste sich darbietende Werkzeug ergreift, um den Frevler, welcher der Gesamtheit oder ihrem Fürsten Verderben brachte oder drohte, aus dem Wege zu räumen, — wie können wir sie nur irgend vergleichen mit dem ganz geregelten, in bestimmten gesetzlichen Formeln fixirten Duumviralverfahren, wovon uns bei Gelegenheit des *judicium Horatianum* Kunde gegeben wird, mit einem Verfahren, welches nur mit veränderten Princip hinsichtlich der obersten Gerichtsbarkeit, unter der Republik, ja noch zu Ciceros Zeit ganz so wiederkehrt, wie uns Livius dasselbe bei jenem Falle beschreibt? ⁶ Dieses Verfahren und jene mythische Volksjustiz sind durchaus inkommensurabel.

Angenommen aber auch, das Duumviralverfahren unter den Königen überhaupt ließe sich mit jener uraltten Volksjustiz in Verbindung bringen, so paßt die Vergleichung wieder nicht auf den bestimmten Fall des Horatiers, bei dem es sich ja keineswegs von einer unmittelbaren Volksjustiz, von einem Ausbruch des Unwillens der Volksmenge u. dgl. handelt, sondern von einer Begnadigung, welche der infolge königlicher Instruktion Gerichtete bei dem Volke nachzusuchen hat.

Kann aber das geregelte, in Verbindung mit einer gesetzlichen Kapitalstrafe gebrachte Duumviralverfahren unter den Königen weder überhaupt, noch in specieller Beziehung auf den Fall, bei welchem desselben Erwähnung geschieht, von einer mythischen Volksjustiz abgeleitet werden, so fällt auch aller

⁶ Liv. I. 26. f. Cicero de rep. II. 31. Id. pro Rabirio perd. reo.

Grund hinweg, das Perduellionsverfahren von vornherein als ein verschiedenes von dem bei andern Kapitalverbrechen üblichen Proceß zu behaupten. Rubino wagt ja selbst nicht den Perduellionsproceß ganz und gar mit dem Duumviralverfahren zu identificiren, sondern gibt im Allgemeinen auch für jene, in größerer oder geringerer Ausdehnung, dasselbe ordentliche königliche Gericht als zuständig zu, welches bei der Gruppe des parricidium und der diesem analogen Verbrechen so besonders charakteristisch sein soll. Warum letzteres der Fall sein soll, können wir nicht gut einsehen. Auf dieser Behauptung beruht aber gerade der ganze Unterschied, den Rubino zwischen der Gruppe des parricidium und der des perduellio aufstellt. Sein Hauptgrund ist: diejenigen Gerichte, welche im Namen der Religion und der sich ihr anschließenden Sitte gehandelt wurden, leiden in der Zeit ihrer Entstehung nicht leicht die Einmischung des Volksurtheils, sondern fallen einer geweihten, monarchischen oder aristokratischen, Autorität anheim, deren Gewalt durch sie verstärkt werde. So habe in Athen von alten Zeiten her der aristokratisch zusammengesetzte Areopag über Mord, Heiligenraub und Verletzungen der vaterländischen Sitte gerichtet. Ebenso sei in Sparta schon von den Zeiten Lykurgs an die peinliche Gerichtsbarkeit, wobei die *δύναμις ποινική* namentlich hervorgehoben werden, bei der Gerusia unter dem Voritze der beiden Könige gewesen.⁷ Noch mehr müsse dies in Rom der Fall gewesen sein, wo von der Entstehung des Staates an der König die Gewalt des Oberpriesters mit der seinigen vereinigt habe; bei der Findung eines Urtheils über Mord u. dgl. haben hier nur die Stimmen solcher Männer mitwirken können, welche die politische Weihe und die Fähigkeit zu Priesterthümern mit ihm theilten und

⁷ Die Erinnerung an das germanische Recht können wir füglich übergehen da Rubino selbst zugibt, daß von diesem kein kündiger Schluß auf das Strafrecht eines antiken Volks gezogen werden könne.

allein das heilige Recht, sowie die damit verbundene Religionslehre bewahrten. Nur ein solches Gericht habe darüber entscheiden können, ob eine Tödtung dolos oder casuell oder gar erlaubt gewesen sei, da vielmehr die Volksversammlung durch eine Entscheidung hierüber eine Schuld auf den gesammten Staat würde gewälzt haben. So haben die Römer auch dieses Gericht für die gewöhnliche Kriminalrechtspflege so angemessen gefunden, daß es auch nach der valerischen Provocation häufig, wenigstens bis zu der Gesetzgebung der 12 Tafeln hin erneuert worden sei, indem das Volk besondere quaestores parricidii zur Leitung desselben bevollmächtigt habe.

Zunächst wollen wir es keineswegs widersprechen, im Gegentheil behaupten wir gleichfalls, daß auch für das parricidium, sacrilegium u. s. f. das ordentliche Gericht das des Königs oder seines Stellvertreters mit dem consilium senatorium gewesen sei, — aus dem einfachen Grunde, weil die mehrfach angeführten Zeugnisse der alten Schriftsteller dies für alle schwereren, gewiß also für alle Kapitalverbrechen aussprechen. Dagegen können wir nicht einsehen, warum nicht bei dem parricidium und den ihm ähnlichen Verbrechen sich ebenso, wie bei der perduellio, als Ausnahmungsverfahren die provocatio ad populum soll denken lassen? Da wir eine solche Ausnahme nur für solche Fälle statuliren, wo das ordentliche Gericht von der Schuld überzeugt war, aber wegen Begnadigungsgründen nicht richten mochte, so fällt Alles weg, was Rubino über die Unfähigkeit einer Volksversammlung zur Entscheidung solcher Fälle sagt. Denn wir weisen ihr keine richterliche Entscheidung zu, sondern nur einen Ausspruch darüber, ob bei einem nach formellem Rechte Schuldigen das Princip der Gnade angewendet werden dürfe. Ein solcher Ausspruch konnte aber dem unter Auspicien versammelten Volke gar wohl ohne alle Besorgniß für Verwirrung des Rechts überlassen werden. Es wurde bei der Tödtung schon nach Numas Gesetzen unterschieden, ob sie dolo oder imprudentia

geschehen sei, ⁸ die Tödtung eines sacer wurde für straflos erklärt. ⁹ Trotz dieser Unterscheidung lassen sich aber sovieler Fälle denken, wo das ordentliche Gericht großen Anstand nehmen konnte, nach strengem Rechte zu verfahren. Eben der Umstand aber, daß schon solche Unterscheidungen gemacht waren, spricht andrerseits wieder dafür, daß man auch dem Princip der Gnade sein Recht werde haben wiederfahren lassen. Und es scheint dem Geiste der alten Römer nicht unangemessen, wenn man annimmt, sie haben zum Organe der Gnade eben nicht den König, nicht das ordentliche Gericht, welches nur das strenge Recht verwalten sollte, sondern das nicht richtende Volk machen, sie haben beide Principien in ihren Organen deutlich von einander trennen wollen. Wenn Rubino aber sagt, durch die Einmischung des Volks in Fällen des Mords u. dgl. habe leicht die Gefahr entstehen können, daß dadurch Blutschuld auf den ganzen Staat gewälzt würde, so ist zu entgegnen, daß dieselbe Gefahr vorlag, wenn das Volk über Perduellionsfälle richtete, bei welchen ja Rubino selbst ein eigentliches Volksgericht annimmt. Ja, in dem Fall, der uns berichtet wird, ist diese Gefahr sogar wirklich eingetreten; da die Horazischen Sühnegelder auf den Staat übernommen wurden. ¹⁰ Dessen ungeachtet war hier die provocatio ad populum zulässig. Und allerdings mußte diese Gefahr in den Fällen, wo wir eine solche provocatio annehmen, jedes Mal vorhanden sein, wie sie überall vorhanden ist; wo eine öffentliche Gewalt Gnade für Recht ergehen läßt. Eben diese Gefahr verhindert dann den Leichtsinne, die Parteilichkeit, nöthigt zu

⁸ Festus v. parici quaestores. Servius ad Virg. Eclog. IV. 43.

⁹ Festus v. sacer mons.

¹⁰ Ein ähnliches Beispiel führt Rubino aus Dion. Hal. V. 57. an, a. a. O. S. 476. not. 1. Zugleich ist es merkwürdig, daß Cicero die älteste Spur der provocatio gerade in den libris pontificiis gefunden haben will, und Tacitus die öffentlichen piacula auf die Gesetze des Tullus Hostilius, des Urhebers der Provocation, zurückführt. Cic. de rep. II. 31. Tac. annal. XII. 8.

gewissenhaftem Ernst und heiliger Scheu, und entfernt eben dadurch den Einwurf, den Rubino von der Unfähigkeit der Volksversammlung zu einer derartigen Einmischung hernehmen zu können glaubt. Wir nehmen, wie bemerkt, die Einmischung des Volks nicht einmal für eine richterliche Thätigkeit in Anspruch. Aber selbst gegen diese können wir jene Einwendung nicht begründet finden, da unter der Republik anerkanntermaßen die unmittelbare Volksgerichtsbarkeit über alle Kapitalverbrechen, also auch über Mord u., sich erstreckte. Und, wenn auch Rubino sich bis zu den 12 Tafeln hin das königliche Gericht in einem, von der Provocation befreiten Gerichte eigens bestellter quaestores parricidii fortgesetzt denkt, so kann er doch nicht läugnen, daß wenigstens seit den 12 Tafeln eine förmliche Gerichtsbarkeit des comitatus maximus über die fraglichen Verbrechen begründet gewesen sei.¹¹

Es scheint demnach kein Grund vorhanden zu sein, der uns nöthigte, die von Rubino angenommene Unterscheidung zwischen den Gerichten über das parricidium, sacrilegium und die Verbrechen gegen Zucht und Sitte, und denen über die perduellio zu machen. Die Behauptung, es sei keineswegs unmöglich gewesen, daß schon unter den Königen Kapitalproceß verwandter Art, aber unter verschiedenen Namen, eingeführt gewesen seien, spricht für uns, indem sie uns erlaubt, in τοις ἐν τῶν ποινῶν καθεστώσι keine andere zu sehen, als die, welche auch über perduellio zu urtheilen hatten. Wenn daher jeder Mörder für einen parricida, wenn das sacrilegium für ein parricidium erklärt, wenn die Zuchtlosigkeit gegen Matronen an die Mordgerichte gewiesen wird, so heißt dies nur, diese Verbrechen haben

¹¹ Cic. de legib. III. 12. §. 27. Rubino a. a. D. S. 445. not. 1. „Allen Magistraten, auch den niedern, werden die judicia in der Absicht zugestanden, damit sie als Vermittlung für die Volksgerichtsbarkeit dienen könnten.“ Freilich bleibt Rubino dieser Ansicht nicht ganz getreu. Vgl. a. a. D. S. 450. not. 3.

überhaupt vor das ordentliche Kapitalgericht gehört; es ist aber damit nicht gesagt, daß die *perduellio* vor ein anderes gehört habe, was ja Rubino selbst nicht annimmt, da er das Duumvitalverfahren nur für eine Ausnahme ausgibt.¹² Rubino hat sich aber zu jener Trennung offenbar nur durch die Voraussetzung verführen lassen, daß das Duumvitalverfahren und die damit zusammenhängende Provokation in einer inneren wesentlichen Verbindung mit der *perduellio* stehen, welche Verbindung er wieder durch eine uralte mythische Volksjustiz erklärt, und dann dieser zulieb weiter freilich jene Trennung statuiren muß. Hätte er jene Voraussetzung aufgegeben, so hätte er alle jene Substruktionen und alle daraus folgenden Widersprüche sich ersparen können. Müssen wir annehmen, daß das ordentliche Gericht des Königs am frühesten an *Perduellionsfällen*, (wenigstens für die Regel) kompetent gewesen sei, so ist nichts natürlicher, als anzunehmen, daß sich bei dem Bildungsproceß, in welchem sich

¹² A. a. D. S. 311. in der Note sagt er: Es ist gewiß eine richtige Wahrnehmung, daß unter dem Namen und der Form der *Perduellion* nicht bloß politische, sondern auch gemeine Verbrechen, namentlich Mord eines Bürgers haben gerichtet werden können. — Dies widerspricht aber offenbar seiner eigenen späteren Ausführung. Um so richtiger ist es dagegen, wenn er fortfährt: Folgt denn aber hieraus, daß jedes *parricidium* oder jede *causa capitalis*, besonders wenn sie an das Volksgericht kam (auch unter den Königen?), als *Perduellion* behandelt worden sei? Wenn in der Geschichte des römischen Kriminalverfahrens mehr Klarheit gewonnen werden soll, so ist es gewiß nothwendig, die Institute nicht theoretisch, nach allgemeinen Begriffen, sondern historisch zu betrachten. Das *judicium perduellionis* erscheint als eine schon unter den Königen übliche Proceßart, welche später ihren eigenen geschichtlichen Gang genommen hat; daneben bestanden aber offenbar noch andre Proceßformen, zu welchen im Laufe der Zeit immer neue hinzukamen, und es hing häufig von ganz andern Umständen als dem Objecte des Vergehens ab, welche unter ihnen in einem gegebenen Falle gewählt wurde.“ Setzen wir hier statt *judicium perduellionis* Duumvitalverfahren, so beweist die ganze Stelle für uns.

die öffentliche Gewalt im Dienste einer religiös-sittlichen Idee als richtende Gewalt auch über andre schwerere Verbrechen, Vaternord, Heiligenraub, Mord u. constituirte, diese richtende Gewalt demselben Gerichte anvertraut wurde, vor welches die perduellio ressortirte. Denn wozu verschiedene Gerichte in jener einfachen Zeit, wenn uns nichts nöthigt, eine solche Mannigfaltigkeit anzunehmen? Es ist dies aber nicht der Fall, wenn das einzige abweichende Verfahren in dem hier angenommenen Sinne als (allgemeines) Ausnahmeverfahren betrachtet wird.

§. 16. Die Duumviri.

Hiermit tritt nun aber freilich die hier vorgetragene Ansicht zugleich in Widerspruch mit der ziemlich allgemein angenommenen, daß das Duumviralverfahren keineswegs ein bloß außerordentliches, sondern vielmehr das ordentliche Verfahren für alle Kapitalproceße gewesen sei.¹ Man nimmt nämlich eine Identität der duumviri perduellionis mit den sogenannten quaestores paricidii an, von welchen Pomponius sagt, sie seien constituirte worden, ut capitalibus rebus praeessent. Und zwar werden diese quaestores paricidii bald für besondre Blutrichter gehalten, bald wieder weiterhin mit den ordentlichen Duastoren (den Schatzbeamten) identificirt.

Diese Annahmen beruhen aber nur auf der Vermischung von Nachrichten, die ganz verschiedene Zeiten betreffen, wodurch nur Verwirrung entstehen kann, indem nun der königlichen Zeit schon Institutionen zugeschrieben werden, die erweislich erst unter der Republik entstehen konnten.

¹ Niebuhr römische Geschichte Bd. III. S. 43. 44. Walter röm. Rechtsgeschichte. S. 24. not. 19. Götting Geschichte der röm. Staatsverfassung. S. 158. 159. Platner de crim. jure antiquo Rom. p. 63. Dieß a. a. O. S. 120. Rosshirt Geschichte und System des deutschen Strafrechts. II. 20. Rittermaier das deutsche Strafverfahren I. S. 40.

Sehen wir zuerst die ordentlichen Quästoren an, so finden wir sie zuerst als königliche Beamte, als deren Amt wesentlich die Theilnahme an der Kriminalrechtspflege bezeichnet wird. Ulpian² sagt: Tullio Hostilio rege quaestores fuisse certum est... Sane crebrior apud veteres opinio est, Tullum Hostilium primum in rempublicam induxisse quaestores. A genere quaerendi quaestores initio dictos, et Junius et Trebatius et Fenestella scribunt. Varro de lingua lat. V. 14. sagt: Quaestores a quaerendo, qui conquirerent pecunias publicas et maleficia; ab his postea, qui quaestionum judicia exercent, quaestores dicti. Die Ansicht, daß sie königliche Beamte gewesen seien, beruht neben dem, was Ulpian vorbringt, hauptsächlich auf einer Stelle des Tacitus,³ in welcher dieser eine sorgfältige Darstellung über Entstehung und Geschichte dieser Magistratur gibt, und ausdrücklich bezeugt, daß die Quästoren von den Königen, später von den Consuln ernannt worden seien, erst später aber das Volk das Recht erteilte, auch diese Würde zu verleihen. Rubino⁴ hat gezeigt, daß die Aussage des Tacitus mit der von derselben ganz und gar abweichenden Behauptung des Junius Gracchanus, wornach schon unter Romulus und Numa Quästoren und zwar, als nach Abstimmung des Volks ernannte Beamte waren, nicht vereinigt werden könne, daß man sich vielmehr für die eine oder die andre entscheiden müsse. Und wir glauben, aus den von ihm angeführten Gründen die Darstellung des Tacitus vorziehen zu müssen.⁴ Indem dies aber geschieht, so muß zugleich von den Quästoren der Königszeit Alles entfernt werden, was als Attribut derselben nur unter der Voraussetzung der Volkssouveränität gedacht werden kann, oder was von ihnen nur unter Voraussetzung des Bestehens dieses Principis berichtet

² l. un. D. d. off. quaest. (1. 13.)

³ Tac. ann. XI. 22.

⁴ Rubino a. a. O. S. 316—321.

wird. So z. B. darf die Stelle des Pomponius über die quaestores parricidii nicht auf sie bezogen werden, weil er sagt, jene seien deshalb vom Volke aufgestellt worden, quia de capite civis Romani injussu populi non erat lege permissum consulibus jus dicere. Es müssen vielmehr beide Perioden wohl auseinander gehalten werden.

Von jenen königlichen Beamten nun also wird weiter berichtet, ihr Amt habe in der Theilnahme an der Criminaljustiz bestanden. A quaerendo dicti, sagen Varro und Ulpian, und ersterer fügt noch hinzu: qui conquirent pecunias publicas et maleficia. Dies erscheint als eine Worterklärung; dagegen beschreibt Zonaras das Amt genauer, indem er sagt: την προσηγορίαν ταύτην δια τας ἀνακρίσεις ἐσχηκασιν, και δια την της ἀληθείας ἐκ των ἀνακρίσεων ζητησιν... οἱ πρῶτον τας θανασιμους κρίσεις ἐδίκαζον.⁵ Er schreibt also den Quästoren nicht bloß das Aufspüren von Verbrechen, sondern auch das peinliche Verhör, und nicht nur dies, sondern auch die richterliche Entscheidung zu. Zugleich sagt uns Isidorus: Judicium autem prius inquisitio vocabatur. Unde actores judiciorum et propositos quaestores vel quaesitores nominamus;⁶ — wozu Rubino die richtige Bemerkung macht, daß der Ausdruck quaerere sich auf das Gericht selbst beziehe. Mögen wir nun annehmen, die Erklärungen des Varro und Ulpian seien bloße Worterklärungen, die daher der Sachterklärung des Zonaras weichen müssen, oder Varro und Ulpian nehmen das Wort quaerere in dem von Isidorus angegebenen Sinne, in welchem Falle sie mit Zonaras übereinstimmen würden, oder sie thun dies nicht und tragen die Bestimmung der Quästoren unter der Republik (bloße Untersuchungsbeamte und Ankläger zu sein) irrig auf die Zeit der Könige über; — jedenfalls haben wir uns

⁵ Zonaras VII. 13.

⁶ Isidor. Orig. XVIII. 15, 2. Rubino S. 322. not. 2.

vorzüglich an den genaueren Bericht des Zonaras zu halten, welcher den Quästoren das wirkliche *δικαζειν* zuschreibt. Wir können daher nicht mit Rubino übereinstimmen, wenn er das Amt der Quästoren zunächst darein setzt, alle Spuren und Anzeigen von begangenen Verbrechen zu untersuchen und damit die Einleitung zu dem Proceß zu treffen, und beifügt, neben andern Verfahrensarten habe dann auch ihnen selbst die Entscheidung des Proceßes zufallen können. Sondern wir glauben, den Quästoren von vornherein das wirkliche *δικαζειν* zuschreiben zu müssen, indem wir sie für die Stellvertreter des Königs in Beziehung auf die Kriminalrechtspflege halten. Die Aufstellung solcher Stellvertreter wird von Dion.⁷ schon dem Romulus, die der *quaestores* wird dem Tullus Hostilius⁸ zugeschrieben, an den sich auch die Entstehung des *Duumviral*-verfahrens anknüpft. Der dritte König wird also von der Tradition als der Ordner der wesentlichen Elemente des Kriminalverfahrens bezeichnet.⁹ Er macht die Stellvertreter, welche unter den ersten Königen nur beliebig für den einzelnen Fall ernannt werden, zu einer bestimmten Magistratur, die im Namen des Königs die ordentliche Strafgerichtsbarkeit ausübt, zugleich ist er der Schöpfer des Ausnahmeverfahrens, welches in dem *Duumviral*proceß und der damit zusammenhängenden *provocatio ad populum* bestand. Damit soll nun aber den Quästoren der Beruf, die Spuren begangener Verbrechen aufzuspiiren, nicht abgesprochen werden. Dieser untergeordnete polizeiliche Beruf konnte sehr wohl mit jenem höheren richterlichen verbunden sein, ja aus ihm hervorgehen. Beide konnten ihnen von Tullus aus dem gleichen Grunde übertragen sein, weil nämlich diesem kriegerischen Könige der Sinn nicht darnach stand, die gerichtlichen Geschäfte selbst zu besorgen. Allein als

⁷ Dion. Hal. II. 29.

⁸ I. un. D. de off. quaest. (I. 13.) cf. Tac. ann. XI. 22.

⁹ Tac. ann. III. 26.

wesentlich ist festzuhalten, daß jene bloß vorbereitende Thätigkeit nicht als die eigenthümliche der Quästoren der Königszeit betrachtet werden darf. Sie bezeichnet vielmehr im Gegensatze zu ihnen die Quästoren der Republik, wie sie z. B. in dem Prozesse des M. Volscius vorkommen. Die Quästoren der Königszeit sind als eigentliche Richter aufzufassen, welche im Namen des Königs (wenn er selbst es nicht übernahm) das ordentliche Gericht in Kapitalsachen hielten, wie der König, mit einem consilium und, wie er, ohne Provokation an das Volk.

Daß nun diese Kapitalrichter die ordentlichen Quästoren waren, und nicht etwa eine andere Behörde, die man Quästoren genannt habe (wie Lydus anbeutet),¹⁰ das geht klar aus dem Berichte des Zonaras, und den oben erwähnten Worten Varros hervor, welcher das *conquirere pecunias publicas* und das *conquirere maleficia* einer und derselben Magistratur zuschreibt, und womit auch Ulpian und seine Quellen, Tacitus und indirekt Livius übereinstimmen.¹¹ Die von Pomponius und Festus erwähnten *parricidii quaestores* können, wie schon erwähnt, gar nicht hierher gezogen werden, da sie nach der Art, wie sie erwähnt werden, ein wesentlich republikanisches, von der Idee der obersten Gerichtsbarkeit des Volkes abhängiges Institut sind.

Ebensowenig dürfen aber die Quästoren, als Stellvertreter der Könige in dem ordentlichen Kriminalgerichte mit den Duumviren verwechselt werden. Denn diese werden nur für den besondern Fall ernannt; sie können nur verurtheilen, nicht losprechen; und von ihrem Ausspruche steht die *Provocatio ad populum* frei.¹² Alles dies muß man gewaltsam umbenten, wenn man die Duumviren mit den Quästoren als Kriminal-

¹⁰ *Lydus de mag.* I 26.

¹¹ *Liv.* IV. 43.

¹² *Liv.* I. 26.

richtern identifizieren will. Denn diese als Stellvertreter des Königs waren eine ständige Magistratur, wie Tacitus bezeugt,¹³ sie konnten nicht auf das Condemnare beschränkt sein, weil sie selbständig untersuchten und entschieden, nicht bloß auf Instruktion von Seiten des Königs; denn, wenn der König selbst zu Gericht saß, so brauchte es der Quästoren nicht (τα μὲν αὐτος διελεων, τα δ' ἄλλοις ἐπιτροπεῶν); wenn er aber die Sache den Quästoren überließ, so wäre es abenteuerlich, anzunehmen, daß sie nur hätten condemniren können, selbst wenn man eine provocatio auch bei ihnen annähme, indem ihre Institution dann eine leere Form ohne Gewalt, ein bloßes Schattenbild, kurz etwas wäre, das man sich nur beim Duumviralproceß nach unsrer Auffassung denken kann.¹⁴ Wollte man aber andrerseits annehmen, die Quästores seien nur vorbereitende Beamte gewesen, und das Volk habe die Entscheidung gehabt, so würde man nicht nur die Periode der Republik mit der königlichen verwechseln, sondern auch die Identität der Quästoren mit den Duumviren geradezu läugnen, da letztere, wie Livius ausdrücklich bemerkt, wirklich einen richterlichen Ausspruch thaten, der freilich nur condemnatorisch sein konnte. Endlich konnte auch von den Quästoren nicht an das Volk provocirt werden,¹⁵ weil sie nur die Stellvertreter des Königs in seinem ordentlichen Gerichte waren, gegen welches keine Provokation stattfand. In der That wissen auch unsre Quellen

¹³ Dagegen verstoßen z. B. Walter und Göttling. Walter nimmt an, unter den Königen seien die duumviri (quaestores parricidii) für den einzelnen Fall ernannt, erst durch die lex curiata unter Brutus seien sie ein stehendes Amt geworden. S. 24. not. 19. S. 82. not. 33—36. Hier ist aber das Zeugniß des Tacitus sehr willkürlich behandelt, der die lex curiata eine nur a Bruto repetita nennt.

¹⁴ Göttling S. 159 sagt nur unbestimmt, die duumviri (quaesitores) haben einen Ausspruch gethan. Walter überläßt ihnen ebenso unbestimmt die Entscheidung der Vorfrage.

¹⁵ Die provocatio ist nur a duumviris bezeugt.

nichts von einer provocatio a quaestoribus, sondern nur von einer provocatio a duumviris oder a regibus. Die Provocation von den Duumvirn konnte aber wohl auch als eine Provocation von den Königen bezeichnet werden, weil die Duumvirn aus Instruktion des Königs unmittelbar einen Spruch thaten, also das unmittelbare Organ des Königs, nicht, wie die Quaestoren, seine selbständig verfahrenenden Stellvertreter waren.

Nach der Vertreibung der Könige traten zunächst die Consuln ganz in ihre Stelle ein.¹⁶ Sie waren nun die ordentlichen Richter in Kapitalsachen, wie die Erzählung von der unter Brutus angezettelten Verschwörung zu Gunsten der Tarquinier beweist. Da dies ein Perduellionsfall ist, so sehen wir daraus, daß keineswegs das Duumviralverfahren in nothwendigem Zusammenhang mit der perduellio stand. Solange aber die Consuln noch ganz als Nachfolger der Könige zu betrachten waren, dürfen wir uns auch die Quaestoren noch in der alten Weise, d. h. nur als die Stellvertreter der Consuln in dem ordentlichen Kriminalgerichte vorstellen.

Mit dem valerischen Gesetze¹⁷ dagegen trat ein neues Princip ein, welches fortan dem ganzen Kriminalproceßwesen eine andere Gestalt gab, das der obersten Gerichtsbarkeit des Volks. Die Provocation, welche vorher Ausnahme gewesen war, wurde durch das valerische Gesetz zur Regel, provocatio omnium rerum; die Consuln sollten de capite civis nicht mehr

¹⁶ Liv. II. 5.

¹⁷ Cic. de rep. I. 40. l. 2. §. 16. D. de orig. jur. (1. 2.) Dies Alles ist freilich nach Niebuhrs Ansicht anders. Nach dieser bezog sich die lex Val. nur auf die plebs, während für die Patricier schon zuvor die Kurierversammlung stehender Gerichtshof in Kapitalsachen war. Dagegen behauptet Götting richtig, die lex Val. habe allgemein die Provocatio an die Centuriatkomitien eingeführt, meint aber, zum Erfasse habe man die Kuriatkomitien zu einem Special-Päresgerichtshof in Beziehung auf hochverräterische Unternehmungen gemacht.

injussu populi richten dürfen, d. h. die definitive Aburtheilung aller Kapitalsachen wurde den Consuln und eben damit auch ihren Stellvertretern, den Quästoren, entzogen und dem Volke vindicirt.

Damit war der ganze bisherige ordo judiciorum umgestoßen. Wenn jetzt noch Beamte im Kriminalproceß auftraten, so konnten sie nur noch eine vorbereitende polizeiliche Thätigkeit, etwa auch die Leitung des Proceßes und das Amt der öffentlichen Ankläger, dagegen nicht mehr die Befugniß, selbständig zu richten, haben. Daß den Consuln diese Rolle nicht zugemuthet wurde, hatte seine natürlichen Gründe; es war aber auch nicht nöthig, da den größten Theil dieser Geschäfte schon bisher die Quästoren versehen hatten. Sie waren es daher, die jene Funktion übernahmen. Und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie eben für die verlorene Richterwürde durch die Uebertragung des Schatzmeisteramtes entschädigt wurden.¹⁸

Wirklich berichtet uns auch Livius nicht lang nach dem Valerischen Gesetze ein Beispiel, wo die Quästoren in der gedachten neuen Funktion gerade bei einem Verbuellionsfalle (dem des Sp. Cassius) auftraten.¹⁹ Ebenso im Falle des M. Volscius u. a.²⁰

Hierauf glauben wir denn auch, die Worte des Pomponius beziehen zu müssen: Et quia, ut diximus, de capite civis Romani injussu populi non erat lege permissum consulis jus dicere, praeterea quaestores constituebantur a populo, qui capitalibus rebus praeessent et appellabantur quaestores parricidii, quorum meminit lex XII. tabularum.²¹

¹⁸ Die erste Erwähnung der Quästoren in dieser Beziehung kurz nach dem Valerischen Gesetze s. bei Dion. V. 34. Walter trennt die Schatzmeister ganz von den richterlichen Quästoren. S. 81. not. 27.

¹⁹ Liv. II. 41.

²⁰ Liv. III. 24. 25. 29. Dion. VIII. 77.

²¹ I. 2. §. 22. D. de Orig. jur. (1. 2.).

Eine andere Deutung gibt diesen Worten Sigonius,²² dem mehrere Andere, und neuerdings noch Rubino,²³ gefolgt sind, indem er diese quaestores nicht für die regelmäßigen, damals bloß zur Vorbereitung des Gerichts befugten, Quästoren, sondern für außerordentliche Bevollmächtigte hält, denen das Volk öfters die völlige Aburtheilung der Vergehen übertragen habe. Wohl nicht ganz richtig, obgleich viel Wahres in dieser Ansicht liegt.

Pomponius sagt: weil das Valerische Gesetz den Consuln die definitive Gerichtsbarkeit in Kapitalsachen abgenommen und sie dem Volke gegeben habe, so seien quaestores ernannt worden, qui rebus capitalibus praeessent. Die Ernennung dieser Quästoren wird als eine Folge angegeben, die durch das Valerische Gesetz nothwendig geworden sei. Wie nun aber, wenn auch diese quaestores als solche erklärt werden, die definitiv aburtheilen und mithin eine Entscheidung des Volkes ausschließen? Läßt es sich denken, daß das Volk in Einem Augenblicke die oberste Gerichtsbarkeit, die definitive Jurisdiktion in Kapitalsachen sich hätte vindiciren und zugleich sich dieses großen Rechts wieder an eine Magistratur hätte entschlagen sollen? Und heißt denn: rebus capitalibus praeesse nothwendig soviel als: dieselben völlig aburtheilen? Wozu dann die Provokation? Wozu die ganze lex Valeria? Und wird nicht mit dieser Ansicht der Grund anticipirt, woraus erst viel später die quaestiones perpetuae hervorgingen? Man kann entgegen, es lasse sich sehr wohl denken, daß das Volk das große Recht, welches ihm das Valerische Gesetz ertheilte, sich vindicirt und dessenungeachtet wieder besondere Bevollmächtigte zur definitiven Aburtheilung von Kapitalsachen aufgestellt habe; denn der große Unterschied gegen den früheren Zustand habe

²² de judic. II. 4.

²³ C. 316. not.

darin bestanden, daß diese Beamten nicht aus eigener Vollmacht, sondern nur *jussu populi* gerichtet, der Theorie nach also dieses selbst geurtheilt habe. Dies ist richtig, aber wir glauben nicht, daß dieser Gedanke schon mit der *lex Valeria* habe entstehen können; es liegt darin eine Abstraktion, wie sie gewiß nirgends sogleich mit der Erwerbung eines großen Rechts verbunden wird. Der natürliche Gang pflegt vielmehr der zu sein, daß das Recht zuerst in schrankenloser Fülle ausgeübt, dann allmählig die Unbequemlichkeit desselben empfunden und nun erst eine solche Abstraktion zu Hilfe genommen wird, um das Recht, dessen man sich praktisch begibt, theoretisch zu retten. Wenn daher eben in Folge des Valerischen Gesetzes, und eben deswegen, weil durch dieses Gesetz die definitive Entscheidung in Kapitalsachen an das Volk gekommen war, Quaestoren aufgestellt wurden, so kann man dies nur auf die ordentlichen Quaestoren und den veränderten Wirkungskreis beziehen, welchen sie erhielten. Dabei kann es nichts ausmachen, daß Pomponius von ihnen sagt, *constituebantur a populo*, denn sein Bericht ist auch sonst nicht genau. Allerdings nämlich wurden zur Zeit der *lex Valeria* die Quaestoren nicht vom Volke ernannt, sondern diese Koncession erfolgte erst mit den übrigen, welche nach dem Sturze der Decemviren an das Volk gemacht wurden.²⁴ Eben deswegen darf man auf jenen Ausdruck des Pomp. kein Gewicht legen; denn er involvirt jedenfalls einen Anachronismus, mag man nun in den von ihm angeführten Beamten die eigentlichen Quaestoren oder außerordentliche vom Volk bevollmächtigte Richter sehen. In jenem Falle hätte er nicht sagen dürfen *constituebantur a populo*, in diesem hätte er die Sache nicht in unmittelbare Verbindung mit der *lex Valeria* bringen dürfen. Wir nehmen mithin an, Pomp. habe aus einer Quelle geschöpft, welche die ganz richtige

²⁴ Tac. ann. XI. 22.

Notiz enthielt, daß in Folge der *lex Valeria* eine durchgreifende Veränderung in dem Wirkungstreife der Quästoren vorgegangen sei, indem nämlich dieselben aus ordentlichen Richtern Beamte von wesentlich verschiedener Art (Staatsprokuratoren und zugleich leitende Beamte der großen Volksjury) wurden (*capitalibus rebus praeerant*).

Allerdings ist es nun aber sehr wahrscheinlich, daß das Volk die Beschwerlichkeit dieser Einrichtung bald fühlte und nun eben jenes Auskunftsmittel traf, für einzelne Fälle die Beamten mit der völligen Entscheidung der Sache zu beauftragen. Diese Weiterentwicklung kann man aber, wie gesagt, nur nach Verlauf eines größeren oder geringeren Zeitraums ansetzen, innerhalb dessen eben die Nothwendigkeit dazu Zeit gehabt haben muß, dem Volke zum Bewußtsein zu kommen. Auch ist es nicht denkbar, daß das Volk die Macht zu solchen Ernennungen sollte erhalten haben, ehe es auch nur die ordentlichen Quästoren ernennen durfte, ebensowenig, als daß die höheren Beamten, namentlich die Consuln, sich dazu werden hergegeben haben, die eben vorher noch aus eigener Macht ausgeübte Justiz nunmehr bloß aus speciellm Auftrage des Volks auszuüben.²⁵ Dies läßt sich gleichfalls erst zu einer Zeit annehmen, wo das Volk durch wiederholte Concessionen überhaupt mächtiger geworden war und das Princip der Beamtenverantwortlichkeit sich ausgebildet hatte. Denn nun erst war es in der Ordnung, daß das Volk neben der Ausübung wichtigerer Souveränitätsrechte die eigene Verwaltung der Criminaljurisdiction verschmähte, und solche auf bevollmächtigte Beamte, als welche häufig die Consuln selbst erscheinen, übertrug; nun erst, daß solche Ernennungen dem Volke ohne

²⁵ Wollten die Aristokraten in die Jurisdiction eingreifen, so hatten sie ein weit vornehmeres Mittel, die außerordentliche Gerichtsbarkeit des Senats.

denken zugestanden werden konnten, und daß die ernannten Beamten durch solche Aufträge sich geehrt fühlen mußten. Es erscheinen dann jene Ernennungen als die Anfänge, aus welchen sich sofort unmittelbar die quaestiones perpetuae entwickelten, indem das Volk, die Bequemlichkeit der neuen Einrichtung empfindend, den natürlichen Trieb hatte, dieselbe zu erweitern, während umgekehrt nach des Sigonius Ansicht jenes Institut außerordentlicher Bevollmächtigter, das doch nur als Uebergangseinrichtung zwischen der lex Valeria und den quaestiones perpetuae angesehen werden kann, einen ungebührlich langen Zeitraum einnehmen würde.

Wir denken uns mithin, daß jenes System, außerordentliche Quaestoren zu ernennen, etwa um die Zeit der 12 Tafeln begonnen habe, weil die neuen Koncessionen, welche um diese Zeit das Volk erhielt, eben geeignet waren, ihm seine Kriminaljustiz beschwerlicher und das Recht dazu werthloser zu machen. Und zwar ist nichts natürlicher, als zu vermuthen, daß es im Anfange die ordentlichen Quaestoren selbst waren, welchen das Volk seine Vollmacht übertrug. Sag nun auch hierüber eine Notiz vor, so konnte es leicht geschehen, daß Pomponius beides verwechselte, und die vom Volk außerordentlich konstituirten Quaestoren in die Zeit der lex Valeria hinaufsetzte, indem er diese eigentlichen Richter mit den Quaestoren als gewöhnlichen Beamten, die nur rebus capitalibus praeerant, vermengte.

Es dürften also zu unterscheiden sein: einmal die ordentlichen Quaestoren, welche in Folge der lex Valeria vorbereitende Beamte, öffentliche Ankläger und Leiter des Volksgerichts wurden, — und zweitens die quaestores parricidii, welche seit den 12 Tafeln als außerordentliche, vom Volk bevollmächtigte Richter vorkommen und ihren Namen wahrscheinlich davon haben, daß diese Funktion anfänglich den ordentlichen Quaestoren übertragen wurde. Auf diese ist dann zu beziehen, was Festus berichtet: *Parici quaestores appellabantur*,

qui solebant creari causa capitalium rerum quaerendarum. Daß aber von den ordentlichen Quästoren die späteren Quästionsrichter ihren Namen erhalten haben, bezeugt Varro ausdrücklich, wenn er sagt: Ab his postea, qui quaestionum judicia exercent, quaestores dicti,²⁶ was sich, wie Rubino richtig bemerkt,²⁷ nicht bloß auf die späteren quaestiones perpetuae beziehen kann.

Wenn nun aber gleich wahrscheinlich anfangs diese außerordentliche Bevollmächtigung den ordentlichen Quästoren übertragen wurde, so war doch das Volk keineswegs an diese gebunden. Im Gegentheile lag es in seinem Interesse, die Quästoren mehr und mehr von der Last, die in ihrem ursprünglichen Verufe lag, überhaupt zu befreien, je wichtiger sie als Finanz- und bald auch als Militärbeamte wurden,²⁸ wie denn das Volk bald darauf eine Verdoppelung ihrer Anzahl durchsetzte.²⁹ Während daher von ihren kriminalrichterlichen Geschäften Vieles (wahrscheinlich die Staatsprokuratur in Bezug auf die wichtigsten Anklagen) auf die kurlischen Nobilen übergeht,³⁰ so werden sie gegen das Ende der Samniterkriege auch von der vorbereitenden kriminalpolizeilichen Thätigkeit befreit, indem für diese eine eigene niedere Behörde geschaffen wird, die triumviri capitales.³¹ So ist es denn auch am Platze, daß das Volk zu eigentlichen Richtern (quaestores parricidii) nicht mehr die sonst vielbeschäftigten Quästoren, sondern andre Beamte, Consuln, Nobilen, später Prätores nahm. Quaestores parricidii aber war eine passende Be-

²⁶ de lingua lat. V. 14.

²⁷ S. 317. not. (2 zu S. 315.).

²⁸ Als solche waren sie seit dem Decemvirate oft von Rom abwesend. Ernesti ad Tac. Ann. XI. 22.

²⁹ Liv. IV. 43. Tac. Annal. XI. 22.

³⁰ Niebuhr III. 44. ff. Vgl. Rubino S. 329.

³¹ Varro de lingua lat. V. 14. Liv. Ep. XV.

zeichnung dieses Richteramts, um dasselbe von der ordentlichen Quästur zu unterscheiden, da der Beisatz: *parricidii* nichts anders ausdrückte, als daß diese Beamten als Richter in Kapitalfachen fungiren, eine *denominatio a parte potiori facta*. Denn in der Regel mochte das Volk eben nur die Privatverbrechen, deren Spitze die Tödtung bildet, solchen Beamten überlassen, während es solche, welche die *respublica* angienge, sich selbst zur Aburtheilung vorbehielt, und daher mochte der Name *parricidii quaestores* sich ausgebildet haben, mehr usuellder, als technischer Natur.

Kam nun in dieser Zeit ein Perduellionsfall vor, so kam es darauf an, ob das Volk selbst definitiv entscheiden wollte, oder nicht. Im ersten Falle mußten dann der Regel nach die Quästoren, später die Aedilen als öffentliche Ankläger auftreten, wie dies die Quästoren in der Periode zwischen der *lex Valeria* und den 12 Tafeln in dem Falle des *Sp. Cassius* gethan haben. Im zweiten ernannte das Volk außerordentliche Richter, die es zur definitiven Aburtheilung bevollmächtigte. Solche Richter hätte man nun auch unter den Gattungsnamen *quaestores parricidii* subsumiren können. Allein die *perduellio* war immer ein besonders wichtiger Fall; es lag hier das natürliche Interesse vor, nicht diejenigen Beamten zu bevollmächtigen, welchen man die gewöhnlichen Kapitalprocesse übertrug, und welche mit solchen vielleicht eben überhäuft waren, oder wenn man auch etwa dieselben Personen wählte, so rechtfertigte doch die besondere Wichtigkeit der Sache einen eigenen Namen, wie ja auch heutigen Tags die Hochverrathsprozesse in der Regel an Specialgerichte überwiesen sind. Man nannte, wie wir glauben, die außerordentlichen Richter bei der Perduellion *duumviri perduellionis*, ohne ihnen jedoch damit eine andre Stellung zu geben, als den *quaestores parricidii*. Stand aber dieser Name einmal fest, so hinderte nichts, ihn auch auf solche Beamte überzutragen, welche in Perduellions-

fällen nicht definitiv entschieden, sondern nur das alte Quästorenamt ausübten. Es war dies um so natürlicher, da, wie es scheint, auch in diesen Fällen, wo das Volk selbst entschied, nicht die gewöhnlichen Anklagebeamten als solche auftraten, sondern das Volk solche für den bestimmten Fall ernannte. Ein Beispiel hiefür haben wir an dem Falle des Manlius, in welchem das Volk selbst zu Gericht sitzt und Livius beifügt: *Sunt, qui per duumviros, qui de perduellione aquirerent, creatos auctores sint damnatum.*³² Ohne Zweifel aber stand auch nichts im Wege, die gewöhnlichen Fiskale zu beauftragen; so wird dem P. Clodius wegen der Niederlage zu Drepana von den kurlischen Aebilen dies *dicta perduellionis*, also von denjenigen, welche damals überhaupt das Fiskalat von den Quästoren übernommen hatten.³³ Im Prozesse des Rabirius werden J. Caesar, der Aebil war, und L. Caesar, welcher gar kein öffentliches Amt bekleidete, zu Duumviren bestellt.³⁴

Die *duumviri perduellionis* waren somit von den gewöhnlichen Anklagebeamten (Quästoren, Aebilen), sowie von den bei andern Kapitalprocessen bestellten außerordentlichen Richtern nicht der Sache, sondern nur dem Namen nach verschieden. Das Verfahren selbst war ganz das gleiche; nur in der Auswahl der Beamten war man sorgfältiger und band sich nicht gerade an die, welche sonst bei Kapitalprocessen fungirten.

Indessen war nun aber freilich auch mit dem Begriffe der Perduellion selbst eine große Veränderung vorgegangen. Derselbe war durch die neuen republikanischen Verhältnisse, das Princip der Beamtenverantwortlichkeit, den allmählig sich

³² Liv. VI. 20.

³³ Schöll zur Rede in Clodium et Curionem. p. 79. ed. Mediolan. Niebuhr III. S. 46. not. 66. 67.

³⁴ Dio Cass., XXXVII. 27. 28.

bildenden Begriff der *majestas* u. s. f. ungemein ausgedehnt und eine Menge von Fällen darunter subsumirt worden, bei denen das Vergehen in keinem Verhältnisse zur Todesstrafe stand. Zwar in den Hauptfällen wandte man diese ohne Bedenken an, wie bei Sp. Cassius und Manlius. In andern aber finden wir schon frühe, daß es heißt: *multa temperarunt tribuni, quum capitis anquisissent*.³⁵ Ja selbst in jenen Fällen war der *Duumviralproceß* etwas Verhaftes, weil die Anklage hier stets auf Tod gehen und deshalb in den *Centuriat*, nicht in den *Tributkomitien* verhandelt werden mußte.³⁶ Eben deswegen suchte man in dieser Beziehung eine neue Aushilfe, indem man erst auch bei einer Anklage auf *Perduellion* der Todesstrafe das *Exil* substituirte,³⁷ und zugleich, um dieser Ungefeßlichkeit zu entgehen, allmählig das *crimen majestatis* schuf, und diesem mehr und mehr subordinirte, was man nicht mehr dem *Perduellionsgerichte* unterwerfen wollte. Gleichwohl ward dieses nicht aufgehoben, obgleich es natürlich immer festener wurde, und nur ein Schreckmittel in der Hand der Partheien blieb. Als solches ward es denn auch in dem Falle des *Nabirius*³⁸ wieder hervorgezogen, und Cicero eifert gegen dasselbe, nicht nur weil es überhaupt eine Schikane war, dieses Verfahren wieder aufzuwärmen, sondern weil es auch in durchaus unregelmäßiger Weise wieder aufgewärmt wurde.

Eine Schikane lag darin, daß die ernannten *Duumviri*

³⁵ Liv. II. 52. IV. 40. 44. V. 11. 12. VIII. 33 — 35. Ep. XI. Ep. XIX. cf. Liv. XXVI. 3. 4.

³⁶ Liv. VI. 20. A. M. Götting, welcher behauptet, die Anklage wegen Attentaten auf die Verfassung habe vor die *Kurien* gehört. a. a. D. S. 276. not. 3. Hermes XXVI. S. 1.

³⁷ Liv. XXV. 4. XXVI. 3, XLIII. 16.

³⁸ cf. Niebuhr *Ciceronis orationum fragm.* p. 69. ff. Götting (Hermes Vb. 26. S. 126.). Drumann, *Gesch. Roms* III. S. 163. not. 3. Rubino S. 313. not. 1. Dieß a. a. D. S. 35—39. Zirkler a. a. D. S. 15—17.

die Sache vor den *comitatus maximus* brachten, d. h. die Anklage auf den Tod richteten. Allerdings konnten sie dies nach dem bestehenden Rechte ganz wohl thun, wie es im Jahr 371 bei Manlius geschehen war. Allein seit jener Zeit war es Gebrauch geworden, dieser Klage eine andere zu substituiren; *multa temperabant tribuni*, (wahrscheinlich schon seit dem Prozesse des Coriolan in solchen Fällen, welche in irrationalen Verhältnissen zu dem alten strengen Begriffe der *perduellio* standen). Es kam der Satz auf: *ne eidem homines in eodem magistratu perduellionis bis eundem accusarent*,³⁹ in Folge dessen dann eben *actione mutata* in eine Geldstrafe verurtheilt wurde. Allmählig wurde nun auch bei härteren Fällen die Verwandlung der Todesstrafe in Verbannung zugelassen, soweit nicht die allmählig entstehenden *leges majestatis* eine Aushilfe anderer Art boten. Und so mochte es zu Ciceros Zeit bereits herkömmlich geworden sein, in *Perduellionsfällen* die Anklage entweder auf *laesa majestas* zu richten, oder, wenn sie auf *Perduellion* gerichtet wurde, dieselbe vor die *Tributkomitien* zu bringen, und auf *Exil* oder Geldstrafe zu stellen. Bei diesem Herkommen konnte es dann allerdings als *Schikane* prädicirt werden, wenn Rabirius der *Perduellion* vor *Centuriatkomitien* angeklagt wurde.

Es fanden aber auch weiter sogar wirkliche Unregelmäßigkeiten Statt. Während nämlich die *Duumviren* hätten aus der Wahl des Volkes hervorgehen sollen, ließ man sie durch einen *Prätor* bestellen, so wie sie ehemals, vor der *lex Valeria* (und bis das Volk die Wahl der *Quästoren* erhielt), von den *Consuln*, früher von den Königen, wenn auch nicht unter dem Namen von *Duumviren*, bestellt worden waren. Und diese Unregelmäßigkeit mußte, wenn sie nicht zwecklos sein sollte, sofort die weitere zur Folge haben, daß die von dem *Prätor* ernannten

³⁹ Schra der Lüb. krit. Zeitschrift für Rechtswissenschaft I. 2. S. 138.

Duunvirn auch ebenso selbständig gerichtet hätten, wie dies vor der lex Valeria bei den Stellvertretern der Consuln und Könige der Fall war, nur daß jetzt, um der lex Valeria nicht ganz Hohn zu bieten, wenigstens die Provokation vorbehalten bleiben mußte. Auch mit dieser nothwendigen Concession war offenbar das beabsichtigte Verfahren nicht nur eine Verletzung des neueren Herkommens, sondern ungesetlich bis in's Innerste hinein, da es dem Princip der lex Valeria in sehr wesentlicher Beziehung das frühere Princip des königlichen Gerichtsverfahrens substituirt. Deshalb nennt Cicero das intendirte Verfahren eine regia actio, und sagt, es hätte vielmehr (nach dem neueren Herkommen) eine tribunicia actio gewählt werden sollen. Dabei ist zu bemerken, daß Cicero (orator 29) sagt: Jus omne retinendae majestatis Rabirii causa continebatur, womit er andeutet, daß die ganze Sache auch mit der Subsumtion unter das crimen majestatis hätte abgethan werden können. Nirgends aber eifert Cicero gegen den Duunviralproceß als solchen, ⁴⁰ vielmehr nur gegen die mißbräuchliche

⁴⁰ Dießs Ansicht über die Perduellio scheint uns ganz verfehlt und an seiner ganzen Ausführung nur das richtig zu sein, daß der Begriff der majestas und daher auch des crimen majestatis erst den späteren Zeiten der Republik angehöre. Dabei hat er aber gerade den Grund, warum man dazu kam, dieses neue Verbrechen zu bilden, welches allmählig den Inhalt der proditio und perduellio an sich zog, so wenig scharf hervorgehoben, als gezeigt, wie und warum anderes, was zur perduellio gehörte, in das crimen vis und andere Verbrechen übergieng. Sein Grundirrtum besteht darin, daß er meint, die perduellio als solche sei etwas Verhaftes gewesen. Denn nur deshalb besteht er so eifrig darauf, daß dieses Verbrechen erst unter den späteren Kaisern wieder hervorgetreten sei. Vielmehr war aber nur die Strafe und der Proceß der perduellio verhaft; nur deshalb ward die tribunicische Klage, und, als diese zu einer allzugroßen Milde in Bezug auf die härteren Fälle zu führen schien, das crimen maj. allmählig eingeführt. Dieses nahm dasselbe in sich auf, was bisher Inhalt der perduellio gewesen war, aber so, daß erst nur die minder harten Fälle darunter subsumirt wurden,

Anwendung des alten königlich-consularischen Perduellionsprocesses, der hier gerade so constituirte werden sollte, wie er

denjenigen, bei welchen das Mißverhältniß zwischen Vergehen und Todesstrafe am größten, zugleich der alte Begriff der perduellio als eines Verbrechens gegen die unmittelbare Existenz des Staats nur auf uneigentliche Weise anwendbar war. Während daher einige Fälle unter das crimen vis u. a. hinübergezogen wurden, bildete sich allmählig das crimen maj. als Verbrechen gegen die freie, selbstbewußte Persönlichkeit des Staats aus, wie es sich endlich in der lex Julia abschloß, d. h. als Verbrechen gegen die unmittelbare Existenz des Staats nach außen und innen (nicht nur seiner Totalität nach, sondern auch in den integrierenden Theilen des inneren Organismus), ferner gegen die Freiheit des Staats (hierher gehörten die Usurpationen und Mißbräuche der öffentlichen Gewalt), und gegen die Ehre desselben (hierher gehörten die imperatores male pugnantes und dgl.). Die letzte Beziehung war sehr fruchtbar; denn, gemäß dem antiken Begriff von Ehre konnte, wie jede Antastung der freien Persönlichkeit des Bürgers als Insurie, so jede Antastung der Persönlichkeit des Staats in subsidium als Verbrechen gegen seine majestas aufgefaßt werden. Erst in der lex Julia aber ist der Inhalt der Perduellio in das crimen maj. vollständig übergegangen, und es ist ein Irrthum, wenn Dieck meint, die Perduellio sei schon vor dem ersten Majestätsgesetze antiquirt gewesen. Daß Varro die perduellio erklärt, beweist nicht, daß sie antiquirt war; denn, wenn Alles als antiquirt zu betrachten wäre, was Varro erklärt, so bekäme die römische Geschichte ein wunderliches Ansehen. Livius spricht keinen Abscheu gegen die perduellio aus, wenn er die lex, wornach die Dummwirth richteten, eine lex horrendi carminis nennt, sondern nur die Strafe und den Proceß findet er furchtbar. Ebenfowenig stellt Cicero die perduellio als etwas Verhaftes, Antiquirtes dar, sondern wiederum nur die Todesstrafe, die damit in Verbindung gesetzt wurde. Der unter der Republik entstandene Widerwille gegen die Todesstrafe erklärt aber nur die im Texte angef. Erscheinungen, nicht daß der Begriff der perduellio zu Grab gegangen sei. Die Ansicht Diecks über den Fall des Rabirius ist überhaupt ganz schief, wenn er meint, derselbe sei nur einer Perduellio im w. S. (d. h. nach seinem Sinn eines gemeinen Totschlags) schuldig gewesen. Die Provokationsgesetze, namentlich die lex Sempronia erklären gar nichts, als den Widerwillen gegen Geißlung und Todesstrafe. Daß Cicero und gleichzeitige Schriftsteller das Wort perduellio absichtlich vermeiden, ist

zur Zeit der Könige als Ausnahmungsverfahren vorkam, nämlich mit Duumvirn und Provocation an das Volk, mit den Formeln: „I licitor,“ dem carnifex auf dem Forum u. dgl. Es wurde nun aber vom Senate das beabsichtigte Verfahren niedergeschlagen und ein Ausweg angeordnet, bei welchem offenbar das herkömmlich gewordene tribuniciſche Verfahren mit dem, welches nach den Majestätsgeſetzen hätte angeordnet werden

theils unrichtig (pro Mil. 14 u. ſonſt), theils anders zu erklären. Wenn im Jahr 646 die lex Coelia die Stimmtäfelchen auch bei dem Perduellionsproceß geſtattet, ſo folgt daraus doch keineswegs, daß dadurch „die eigentliche alte Natur dieſes Proceſſes zerſtört worden,“ und 6 Jahre darauf vermittelt der lex Apul. an die Stelle der perduellio das crimen maj. getreten ſei. Direkt aber wird dieſe ganze Anſicht widerlegt durch den Fall des Rabirius und Cicero pro Mil. 14, anderer Beweiſe nicht zu gedenken. Vgl. Zirkler a. a. D. S. 13—19. Rubino a. a. D. S. 470. Vielmehr beſtand der Begriff der perd. als förmliches Recht fort bis zur lex Julia, welche endlich Alles in ſich aufnahm, was ehemals den Inhalt der perduellio gebildet hatte. Zwar erwähnt die lex Julia nicht die Attentate gegen die geſamnte Staatsverfaſſung; aber offenbar nur deſhalb, weil die hierauf bezüglichlichen Stellen im corp. jur. ausgelaffen und interpolirt ſind. Gleichwohl erwähnt ſie wenigſtens coetus, conventiones, seditiones u. ſ. w. contra remp., d. h. mit der Abſicht, die Verfaſſung anzugreifen. Die Meinung von Weiſſe, das crimen maj. habe ſich nicht auf Vernichtung der Staatsverfaſſung bezogen, iſt daher wohl ganz falſch. Sicherlich enthielt die lex Julia auch dieſe Fälle, wenigſtens *implicite*, und eben dieſe traten dann unter den Kaiſern mit ihrem eigenthümlichen alten Namen (perduellio) wieder hervor, worin durchaus nichts Tyranniſches liegt. Unter den Kaiſern gieng natürlicherweiſe der republikaniſche Begriff der majestas wieder verloren und mit ihm die Anſicht, daß alle Fälle der lex Julia eigentliche Staatsverbrechen ſeien. Was nun nach dieſer neuen Anſicht nicht mehr eigentliches Staatsverbrechen war, das wurde zwar noch nach der lex Julia beſtraft, aber nicht mit den Nebenbeziehungen, welche ſich in Bezug auf die als Staatsverbrechen nach wie vor angeſehenen Fälle der lex (und ihre Ausdehnung) ausgebildet hatten. Letztere wurden dann zum Unterſchiede wieder als Perduellio bezeichnet. l. 11. D. ad leg. Jul. maj. (48. 4.)

müssen, in Vermittlung gebracht ist. - Hätte ersteres allein eintreten sollen, so hätte die Klage auf eine Mult gerichtet und in Tributtomiten vorgebracht werden müssen. Da aber die Centuriatkomiten einmal angeregt waren, und der Fall zu den schweren gehörte, so nahm man von den *leges majestatis* die Kapitalstrafe herüber, und ließ auf Exil vor dem *comitatus maximus* klagen, jedoch ganz in Einklang mit der *lex Valeria*, so daß die *duumviri* ganz in die Rolle der gewöhnlichen *Stafale* zurücktraten, nicht etwa selbst einen Spruch fällten und diesen nur gegen den Provokanten rechtfertigten. Dieser Ausgang der Sache war nun wohl mit ein Hauptgrund, warum fortan das *judicium perduellionis* auch der Form nach verschwand, und alle Fälle, die früher unter die *perduellio* gehört hatten und zuletzt noch *actione mutata* an die Tributtomiten gebracht worden waren, jetzt in den *Quästionen de vi* und *de majestate* untergebracht wurden, womit denn an die Stelle der *perduellio* dem wesentlichen Inhalte nach der Begriff der *majestas laesa*, d. h. der republikanischen *Perduellion* trat. Damit hörten aber natürlich auch die *duumviri perduellionis* wieder auf.

Unsere Ansicht wäre daher, kurz gefaßt, folgende: Bis zur *lex Valeria* gehört die *perduellio* vor das ordentliche Gericht des Königs (der Consuln) oder der Quästoren als ihrer selbständig, indeß gleich ihnen mit einem *consilium*, entscheidenden Stellvertreter, von welchem Gerichte aus keine Provokation an das Volk zulässig ist. Dies beweisen: für die Zeit der Könige namentlich die Fälle des *Mettus Tullius* und seiner Genossen, und der *Marcius*, für den Anfang der Republik die Verschwörung zu Gunsten der *Tarquinius*. Die *Perduellion* wurde also den übrigen Kapitalverbrechen gleich behandelt. Bei allen Kapitalverbrechen, so auch bei der *Perduellion*, konnte der Fall eintreten, daß starke Begnadigungsgründe eintraten. Bei solchen Gelegenheiten stellte der König

Beamte auf, welche dem strengen Rechte nach einen condemnatorischen Spruch fällen mußten, von dem aber an das Volk provocirt werden konnte. Das Volk hat hier die Rolle des Begnadigers, und ihre Beamte mögen *duumviri* genannt worden sein. In dieser Provokation liegt zugleich der Keim für die spätere Volksgerichtsbarkeit.

Diese wird nun in der *lex Valeria* zum Princip erhoben. Das königlich-konsularische Gericht hört auf, und das Volksgericht tritt an seine Stelle. Nur ausnahmsweise kann ersteres in Nothfällen durch den Senat wieder in Auegung gebracht werden. Nunmehr gehört die *Perduellio*, wie alle übrigen Kapitalverbrechen, vor das Volksgericht, bei welchen die Quästoren als vorbereitende, anklagende und leitende Beamte fungiren. (Fall des *Sp. Cassius*.)

Diese eigene Ausübung der Kapitalgerichtsbarkeit wird jedoch allmählig dem Volke lästig. Es fängt daher in der Zeit der 12 Tafeln an, außerordentliche Gerichte zur definitiven Aburtheilung von Kapitalverbrechen niederzusetzen; zunächst nur bei gemeinen Verbrechen, während es die Staatsverbrechen sich selbst vorbehält, und ebenso zunächst nur in der Person der eigentlichen Quästoren, — daher sich für diese Beamten der uralte Name *quaestores parricidii* bildet.

Zugleich werden nun aber eben von dieser Zeit an die Quästoren als Finanz- und Militärbeamte dem Volke wichtiger, als in der Qualität von Kriminalbeamten, daher nicht nur die Zahl derselben vermehrt, sondern auch noch weiter dadurch geholfen werden muß, daß die Quästoren der letztern Funktion mehr und mehr entzogen werden. Als Fiskale treten deshalb allmählig die kurlischen *Aebilen*, als Kriminalpolizeibeamte die *triumviri capitales* für sie ein. Daraus erklärt sich, wie das Volk es vorzog, bei *Perduellions*processen, die immer besondre Umsicht und Thätigkeit erforderten, nicht die sonst vielbeschäftigten Quästoren zum außerordentlichen

Gerichte zu bevollmächtigen. Zugleich rechtfertigte es auch die Natur solcher Prozesse, namentlich bei ihrer Bedeutung in einer Republik, daß das Volk selbst dann, wenn es sich die definitive Entscheidung selbst vorbehielt, Specialbeamte zur Vorbereitung und Leitung des Processes nebst Uebernahme der öffentlichen Anklage beauftragte. Für solche Bevollmächtigten nun kam der Name *duumviri* auf, der in seiner Allgemeinheit eben passend schien, indem das Volk die *Duumviri* aus verschiedenen Magistraturen herbeirufen konnte, und dabei zugleich der Unterschied von den gemeinen Verbrechen ausgedrückt war. Ein solcher Unterschied sollte jedoch nur in größerer Umsicht, Feierlichkeit u. bestehen, nicht in einer materiellen Verschiedenheit des Verfahrens. Vielmehr sind die *duumviri perduellionis* der Sache nach den gewöhnlichen *Fiscales* und den *quaestores paricidii* durchaus gleich, haben dieselbe Befugnisse, Geschäfte, Beschränkungen wie sie. (Beispiel: Fall des *Manlius*.)

So oft nun auf *Perduellion* geklagt wird, sollten der Theorie nach *Duumviri* aufgestellt werden. Aber in der Praxis verschwinden sie, weil die Fortbildung der Sitten, der republikanischen Begriffe u. dem *Perduellionsproceß* selbst immer ungünstiger wird, indem in den meisten Fällen, wo die Klage auf *Perduellion* gerichtet wird, das Vergehen nicht mehr in richtigem Verhältnisse zur Todesstrafe steht, diese selbst aber immer verhaßter wird. Erst hilft man sich denn durch *Intercessionen* der *Tribunen*, welche eine *mutatio actionis* herbeiführen. Später kommt der Begriff der *imminuta majestas* zur Entwicklung und die härteren *Perduellionsfälle*, welche ihrerseits zu einer Geldstrafe nicht in Verhältniß stehen, werden dem *crimen majestatis* (sowie einige dem *crimen vis*) untergeordnet. Auf diese Weise wird der Sache nach das Verbrechen der *Perduellio* und der *Duumviralproceß* antiquirt, obgleich beide der Form nach immer noch zu Recht bestehen.

Daher ist es auch noch zu Ciceros Zeit möglich, beide wieder an's Licht zu ziehen, obgleich dies auf höchst mißbräuchliche Weise geschieht, da denn der üble Ausgang dieses Unternehmens mit dazu hilft, die *perduellio* und ihren Proceß auch vollends der Form nach zu antiquiren.

Hiernach wäre denn nun auch das Verhältniß des republikanischen *Perduellionsprocesses* zu dem königlichen zu bestimmen. Cicero⁴¹ knüpft das Verfahren des Labienus an die königliche Zeit an; aber gerade nicht an den Tullus Hostilius, den traditionellen Urheber des *Duumviralverfahrens* mit *Provokation*, sondern an den Tarquinius Superbus, welcher sicherlich ohne *Provokation* richtete, da er ja sogar nicht einmal ein *Consilium* bildete, zum Auftreten von *Duumviren* mithin gar keine Gelegenheit darbot. Cicero meint daher mit der *regia actio* nicht das Verfahren, wie es unter Tullus Hostilius vorkommt, sondern das regelmäßige *Perduellionsgericht*, wie es vom König oder seinem Stellvertreter gehalten wurde, wobei die Formel: *I licitor etc.*, und die Strafe, Geißelung, Verhüllung des Haupts und Aufhängen ebenso vorkamen, wie beim *judicium Horatianum*. Also nicht den *Duumviralproceß* als solchen, sondern lediglich den *Perduellionsproceß* (mit seinen finstern Formeln, seinen schauerlichen Gebräuchen und seiner harten Strafe) knüpft Cicero an die königliche Zeit an. Seine Darstellung berechtigt deshalb keineswegs zu der Behauptung, daß der *Duumviralproceß* zur Zeit der Könige der regelmäßige *Perduellionsproceß* gewesen sei, wie dies auch nach andern Nachrichten in der That nicht der Fall war. Die notwendige Verbindung von beiden entstand vielmehr erst nach dem Proceße des Sp. Cassius, um die Zeit der 12 Tafeln und blieb praktisch bis zur Zeit des Manlius, theoretisch bis

⁴¹ pro Rab. 4. §. 13. Es ist durchaus willkürlich, hier T. Hostilius zu lesen.

zur Zeit des Cicero gültig. Der Name der *duumviri* war aber wohl nicht erst in jener Zeit entstanden, sondern ein alter. Er war bei dem Ausnahmungsverfahren zur Zeit der Könige für die Ausnahmsrichter gebräuchlich gewesen. Es war nun nichts einfacher, als diesen schon geschaffenen Namen bei dem Specialgerichte für die *Perduellion*, wenn gleich in ganz andrer Bedeutung, wieder in Anwendung zu bringen. Nun wußten die Annalisten, daß schon zur Zeit der Könige ausnahmsweise Provokation, und daß bei derselben Specialrichter unter dem Namen *duumviri* vorgekommen seien. Was war nun natürlicher, als daß sie dieses Institut in Verbindung mit einem *Perduellions*sfalle brachten, eben deswegen, weil unter der Republik der *Duumviral*proceß mit der *Perduellion* genauer zusammenhieng? Da nun die *Duumviri* sammt der Provokation von der priesterlichen Tradition auf *Tullus Hostilius* zurückgeführt wurden, so mußte die ganze Sache unter ihm angesetzt werden; und, da dieser König zugleich als Urheber der *piacula* galt, so mußte ein Fall gewählt werden, wo auch diese Beziehung angeknüpft werden konnte. So bildete sich denn die Sage vom *Horatier* in der Weise aus, wie uns *Livius* dieselbe darstellt.

Daß nun also jenes Ausnahmungsverfahren unter den Königen von der Tradition gerade an einen *Perduellions*sfall angeknüpft wurde, dafür können wir den naheliegenden Grund darin finden, daß dasselbe unter der Republik gerade bei der *Perduellion* die Regel bildete, während der Mord an eine Behörde von mindestens verschiedenem Namen (*quaestores paricidii*) gewiesen war. Uebrigens ist es merkwürdig, daß jener Fall, das *judicium Horatianum* denn doch wieder ein zweideutiger ist, sofern auch eine Beziehung zum *parricidium* in ihm gefunden werden kann, wie sie denn auch oft darin gefunden worden ist. Wenn wir nun gleich die Erklärung desselben für einen wirklichen *Parricidial*sfall verwerfen, so können

wir es für uns, da wir das Duumviralverfahren nicht auf die Perduellion beschränken, sondern auch auf andre Kapitalverbrechen ausdehnen möchten, doch als ein artiges Spiel des Zufalls betrachten, daß uns eben nur dieser Fall aufbehalten ist, welcher auch eine Beziehung zum parricidium in sich enthält.

§. 17. Verhältniß zur *sacratio capitis*.

Ehe wir nun schließen, ist noch ein Blick auf das Verhältniß des öffentlichen Strafrechts zu der *sacratio capitis* zu werfen.

Die ältere Ansicht gieng dahin, daß das gesammte älteste Kriminalrecht der Römer mit dem Sakralrechte zusammengehangen habe, so zwar, daß der Verbrecher der zunächst beleidigten Gottheit als Sühnopfer (*sacer*) geweiht und jedem erlaubt worden sei, das Opfer an ihm zu vollziehen.¹

Gegen diese Ansicht erhoben sich vorzüglich Dirksen und Abegg,² indem sie behaupteten, diese Art der Bestrafung sei wohl allerdings da eingetreten, wo eine specielle Verletzung der *sacra* habe nachgewiesen werden können, daneben habe aber im ältesten römischen Rechte fogut, wie in andern alten Volksrechten, das System der Privatrache gegolten.

Da nun aber in den gedachten Ausführungen dieses Princip der *vindicta privata* eine ungebührliche Ausdehnung erhalten zu haben schien, so sahen sich Andre, wie z. B. Rosshirt,³ gedrungen, dasselbe in seine Schranken zurückzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, daß wir bei den Römern sogleich einem politisch wohlgeordneten Gemeinwesen mit gemessenen Einrichtungen zur Abwendung der rohen Selbsthilfe begegnen. Es

¹ Welker letzte Gründe über Recht, Staat und Strafe. S. 538.

² Dirksen Civilistische Abhandlungen. Bd. I. S. 102. Abegg De antiquiss. jure crim. p. 44.

³ N. Archiv d. Crim. Rechts. Bd. XI. S. 2 ff.

wurde in Folge dessen als drittes Element an dem ältesten römischen Rechte das System der öffentlichen Strafgewalt, mit seiner Beschränkung durch das *jus domesticum* hervorgehoben.

Gleichwohl ist es nun Rosshirt noch nicht gelungen, die verschiedenen Elemente bestimmt zu sortiren und ein einigermaßen deutliches Bild von dem gesammten ältesten Kriminalrechte der Römer zu entwerfen. Er stellt sie nebeneinander und behauptet, daß das Recht der Staatsgewalt, den innern Staatsfeind mit der Todesstrafe zu belegen, etwas verschiedenes sei von dem Strafrechte, das in der *sacratio capitis* hervortrat. Zu dem ersteren rechnet er *proditio*, Mord, *incendium* und das *carmen famosum*, glaubt, daß dabei Provocation überall zulässig gewesen sei, und läßt daher gerade nur aus diesem Elemente die republikanische Volksgerichtsbarkeit hervorgehen. Wenn nun hierin gewiß etwas Richtiges liegt, so vermißt man um so mehr eine bestimmtere Erklärung über das Sakralstrafrecht und sein Verhältniß zu jenem Strafrechte der Staatsgewalt. Er führt zuerst einige Fälle an, bei denen das *Sacer esto* erwähnt wird (Verrath zwischen Patron und Klienten, Mißhandlung der Eltern, Verletzung der Flurgrenze, diebisch-nächtliches Abmähen der Saat), und behauptet darauf, in der ältesten Zeit des römischen Rechtszustands sei das gesammte Strafrecht des Staats ein Theil des Sakralrechts gewesen, alle Verbrechen seien unter dem Gesichtspunkte der Verletzung der *Sacra* angesehen, das Verbrechen unter dem allgemeinen Gesichtspunkte des *sacrilegium* betrachtet worden; so jedoch, daß durch die Erklärung des *sacer esto* der Arm der weltlichen Obrigkeit autorisirt worden sei, den Sünder nicht zu schonen. Auf welche Weise, — sagt er nicht, sondern behauptet vielmehr geradezu, an ein geregeltes Verfahren gegen den *sacer* sei so wenig zu denken, wie an eine Klassifikation der Verbrechen und Strafen. Obgleich nun aber nach dem Gesagten das älteste römische Strafrecht wesentlich Sakralrecht ist, so treten

doch auch eine ganze Anzahl von Processen und Strafen auf, welche einen andern Charakter an sich tragen. Wir erfahren nun, daß durch jene *leges sacratae* das Gebiet des Unrechts keineswegs erschöpft gewesen sei. Diese andern Prozesse und Strafen gehen jedoch die Gesetzgebung nichts an; sie sind vielmehr aus dem „großen, durch eigentliche Gesetze nicht regulirten, Spielraume der öffentlichen Gewalt,“ aus dem richterlichen Imperium des Königs abzuleiten, welches theils über die Klagen wegen Privatdelikten entscheidet (Privatpönalwesen), theils, abermals ohne alle Begriffsbestimmung, über schwere Frevel Kapitalstrafen verhängt (*judicium perduellionis vel parricidii*).

Wenn an dieser schwankenden Darstellung irgend etwas bestimmt ist, so ist es die Behauptung: Das gesetzliche Strafrecht sei durchgängig Sakralrecht und in keiner Verbindung mit dem Gerichte des Königs gewesen, dagegen sei das Privatpönalwesen und das öffentliche Strafrecht ohne gesetzliche Form aus dem imperium des Königs hervorgegangen.

Da uns das Privatpönalwesen zunächst hier nicht für sich interessirt, so bemerken wir nur, daß *Moßhirt* dieses gegenüber dem öffentlichen Strafrechte des Königs in seine richtige Stellung bringt, auch als Princip desselben die *Talion* oder, als Aequivalent derselben, die Vermögensbuße richtig angiebt, wobei nur zu verwundern ist, daß er sich mit diesem Resultate den Behauptungen von *Dirksen* und *Wegg* so entschieden gegenüber stellt, während doch eben in seiner Ausführung die richtige Anerkennung liegt, daß in der *vindicta privata* wenigstens für das Privatpönalwesen der Römer das Princip gelegen habe.⁴ Wie schon oben bemerkt, so machte sich dies

⁴ Eben deswegen, weil die Buße nur ein Aequivalent für die Rache ist, obgleich ihre Einforderung (die Befriedigung des Verletzten) durch den Richter vermittelt, also der Form nach nicht mehr Rache, sondern Rechtspflege geübt wird. S. meine Schrift über

Princip, das sich außer der Talion auch noch in den *addictiones* und *noxae dationes* manifestirt, nur in Beziehung auf die Verletzungen der unmittelbaren Persönlichkeit und des Eigenthums geltend (bei Körperverletzungen, Realinjurien, Diebstahl, Betrug, Eigenthumsbeschädigung etc.), also in einer ganz bestimmten Sphäre von Verbrechen, die auch während der ganzen Republik und der ersten Kaiserzeit ganz von dem Systeme des öffentlichen Strafrechts ausgeschlossen bleiben. Wie aber das Recht selbst in dieser Sphäre etwas für sich Bestehendes ist, so auch die Rechtsverfolgung, welche niederen, vom Könige dazu bevollmächtigten, Beamten anheimfiel.⁵

Ist es denn nun aber richtig, daß diese Privatpönalgerichtbarkeit, sowie die über *perduellio*, *parricidium*, *incendium* etc. lediglich aus dem *imperium* des Königs floß und ganz verschieden war von dem gesetzlichen Strafrechte, welches lediglich Sakralrecht gewesen sein soll?

Zuvörderst mußte es Wunder nehmen, wenn gerade die wichtigsten öffentlichen Verbrechen nicht sollten gesetzlich fixirt gewesen sein. Wir finden aber mit Kapitalstrafe (ohne den Beisatz des *Sacer esto*) bedroht: Verwandtenmord, gemeinen Mord, *perduellio* und *proditio*, Beschimpfung der Vestalinnen, das *carmen famosum*, Zauberei, Giftnischierei, Verletzung der Zucht und Sitte gegen die Matronen, falsches Zeugniß, Verschlichkeit des Richters, vorsätzliche Brandstiftung, das *furtum manifestum* der Sklaven, *sacrilegium*.⁶ So wenigstens zur

Mord und Todtschlag. §. 49. Was hier gesagt wird, hat *Platner* de crim. jure ant. Rom. p. 59 — 62. außer Acht gelassen, da er sonst gleichfalls nicht gegen *Dirksen* polemisirt haben würde.

⁵ *Dion. Hal.* II. 14. IV. 25.

⁶ *Festus* v. *parici quaestores*. *Val. Max.* I. 1. §. 13. *Liv.* I. 26. l. 13. pr. D. ad leg. Jul. maj. *Festus* v. *probrum*. *Augustin.* de civit. Dei. II. 9. *Plinius hist. nat.* XXVIII. 2. *Serv. ad Virg. Eclog.* VIII. 99. l. 236. pr. D. de V. 5. *Plut. in Romul.* c. 20. *Gell.* XX. 1. l. 9. D. de incend. *Gell.* XI. 18. *Cic. de legib.* II. 9. §. 22.

Zeit der 12 Tafeln. Von mehreren dieser Verbrechen wissen wir aber bestimmt, daß sie schon zum ordentlichen Gerichte der Könige gehörten, wie Verwandtenmord, Mord, proditio, perduellio, Verletzung der Zucht, sacrilegium. Von den übrigen können wir es vermuthen, da wir wissen, daß die 12 Tafeln im Ganzen kein neues Recht geschaffen, gewiß aber, die Kapitalstrafen eher vermindert, als vermehrt haben. Ueberdies wissen wir aber gleichfalls von verschiedenen dieser Verbrechen bestimmt, daß sie schon zur Zeit der Könige gesetzlich fixirt waren, so wiederum der Mord, das sacrilegium, proditio und perduellio, die Verletzung der Zucht und Sitte. Ebenso erhielt sicherlich auch das Privatpöbelwesen nicht erst durch die 12 Tafeln durchgängig gesetzliche Sanktion. Ohne Zweifel waren wenigstens die Bestimmungen über das furtum manifestum, über das incendium und über das diebische Abmähen der Saat bei Nacht viel älteren Ursprungs, da hier für gewisse Fälle Feuertod, Herabstürzen vom Tarpejischen Felsen und Cereri necare (also eine Saceratio) gedroht werden. Sollen nun diese Verbrechen mit unter das Sakralrecht gezogen werden, weil dieses allein gesetzlich war? Aber gerade drei davon, parricidium, perduellio, incendium, werden von Röschert ausdrücklich dem Sakralrecht gegenüber und das Gericht darüber als Ausfluß des königlichen imperium dargestellt. Wir sehen, daß seine Unterscheidung unrichtig sein, daß der Unterschied zwischen dem Sakralstrafrechte und dem gemeinen, wenn ein solcher besteht, wo anders liegen muß.

Eine fernere auffallende Behauptung ist es, daß an ein geregeltes Verfahren gegen den Verbrecher bei dem Sakralstrafrechte ebensowenig zu denken sei, als an eine Klassifikation der Verbrechen und Strafen. Letzteres ist schon oben zu widerlegen versucht worden. Auch das Erstere aber ist wohl nicht richtig. Röschert ist selbst nicht abgeneigt, die saceratio capitis von einer mythischen Menschenopferstätte abzuleiten, welche wir

uns nicht ohne eine bestimmte Theilnahme der Priester denken können, die im Geiste des sämmtlichen geistlichen Rechts der Römer an gewisse bestimmte Regeln, Formeln u. gebunden waren. Er citirt die Worte Niebuhrs, wornach die *sacratio capitis* unter der Republik eine Aichtserklärung war, welche jedem Einzelnen das Recht gab, den Versehmten zu tödten, dem Consul, ihn tödten zu lassen. Er nimmt also an, daß die weltliche Obrigkeit befugt gewesen sei, gegen einen sacer strafsend einzuschreiten. Und ganz mit Recht. Denn, daß dies der Fall war, sehen wir an der Bestimmung der 12 Tafeln, wornach der Erwachsene, der heimlich bei Nacht fremdes Getraide abgemäht hat, aufgehangen und der Ceres geopfert, der Unmündige aber, wenn er derselben That überführt war, nach dem Ermessen des Prätors gezeißelt und zum Ersatz des duplum angehalten werden soll. Gewiß nennt Rubino⁷ mit Recht diese Bestimmung eine uralte, und schließt daraus, daß auch in Sakralstraffällen, wenn sie entdeckt und erwiesen wurden, das ordentliche Gericht mit der Kapitalstrafe eingeschritten sei. Was nun aber an dem Einen Falle klar ist, das dürfen wir unbedenklich auch auf die andere Sakralstraffälle ausdehnen. Wir dürfen annehmen, daß sie ebenso, wie *parricidium*, *perduellio* etc. vor das ordentliche Gericht des Königs gehört haben, wenn die Schuld entdeckt wurde und an dem Thäter nicht bereits von einem Dritten die Aicht vollstreckt war. Jene Bestimmung der 12 Tafeln beweist, daß der Ausdruck des Festus: *neque eum immolari fas est*,⁸ keinesfalls auf die

⁷ a. a. D. S. 475. not. 2. vgl. S. 414 ff.

⁸ Göttling a. a. D. S. 160. not. 7. liest *immolare* (d. h. der sacer ist von den Opfern ausgeschlossen), wodurch jene auffallende Bestimmung ganz entfernt wird. Unrichtig ist es aber, wenn er das *populus iudicavit* bei Festus schon auf die königliche Zeit bezieht, da dies vielmehr nur auf die politische Aichtung unter der Republik, nicht auf die ältern, mit dem religiösen Kultus zusammenhängenden Sakralfälle gehen kann.

Fälle der alten *leges sacrae*, sondern höchstens auf die *leges sacrae* der republikanischen Zeit, auf die politischen Sacerale gehen kann, welche letzteren, wie auch Roschirt zugeht, keineswegs mit den ersteren verwechselt werden dürfen. Bei diesen also dürfen wir annehmen, daß der Proceß ganz der gewöhnliche war. Entweder hatte schon ein Dritter die Nachsicht vollzogen, oder der Thäter ward vor Gericht gebracht. In beiden Fällen mußte dann das ordentliche Gericht einen Ausspruch darüber thun, ob der Thäter ein Sacer sei, und im Bejahungsfalle jenen lossprechen, diesen verdammen, im Verneinungsfalle umgekehrt.⁹ Wie sich dies ohne geregeltes Verfahren, ohne bestimmt fixirte Ansichten über die Verbrechen, wegen deren man Sacer wird, denken lasse, ist schwer zu begreifen. Auch weiß man ja, daß wegen verschiedener Handlungen eine *Sacratio* an verschiedene Götter, Jupiter, Juno, Ceres, *Dii Manes* etc. vorkam; darin liegt, daß diese Götter als die Hüter verschiedener Rechtsverhältnisse (der Heiligkeit der Flurgrenze, des Familienverhältnisses etc.), mithin auch die Verletzungen dieser verschiedenen Verhältnisse als verschiedene Verbrechen angesehen wurden. Nur darüber kann noch die Frage entstehen, ob wirklich, wie Roschirt annimmt, die Fälle der *Sacratio* gesetzlich bestimmt gewesen seien? Das scheint nun schon deshalb angenommen werden zu müssen, weil sich nur unter dieser Voraussetzung der Satz erklärt, daß die Tödtung eines Sacer strafflos sei. Wären nämlich die Fälle nicht gesetzlich bestimmt gewesen, so hätte ein Dritter sich wohl nicht getraut, das Rächeramt für die beleidigte Gottheit auszuüben auf die Gefahr hin, selbst als Mörder beim Köpf genommen zu werden. Ueberdies aber wissen wir es von den einzelnen Fällen ausdrücklich.¹⁰

⁹ S. den Fall bei Plin. Hist. nat. XIV. 14.

¹⁰ Serv. ad Virg. An. VI. 609. Festus v. Plorare. Plut. in Rom. 22. Festus v. pellices. Id. v. termino. Id. v. aluta. Dion. Hal. II. 10.

Keineswegs kann mithin das Sakralstrafrecht von dem weltlichen in der angegebenen Weise unterschieden werden. Denn letzteres, sowohl in Beziehung auf öffentliche Verbrechen, als auf Privatbelikte, bildete schon unter den Königen ebensowohl einen Theil der Gesetzgebung, als das erstere, wie wir von einigen Hauptfällen es ausdrücklich wissen, von den übrigen größtentheils es mit Wahrscheinlichkeit vermuthen können. Ebenowenig war ein Unterschied im Proceß, da vielmehr auch die Sakralfälle vor den ordentlichen Richter (den König mit dem Consilium) kommen mußten, entweder unmittelbar, oder mittelbar, indem der Dritte, der etwa das Opfer vollzogen hatte, sich hierüber rechtfertigen und seine Losprechung vom Verdachte des Mordes erwirken mußte. Im ersten Falle hatte man sich ohne Zweifel immer auch an eine bestimmte Todesstrafe zu halten,

Plin. Hist. nat. XVIII. 3. Gleichwohl behauptet Rubino a. a. O. S. 414. 415, es sei bei der *Sacratio capitis* nicht sowohl von einem Rechtsgrundsatz, als von einer mit dem Kulte des *Terminus* und der *Fides*, mit dem Institute der Klientel u. s. f. verbundenen und in den Volksglauben übergegangenen Idee die Rede. Gerade umgekehrt gegen Rospert meint er, bei den Sakralfällen sei der richterliche Gewalt Gelegenheit geboten gewesen, den betreffenden Satz als einen in dem vaterländischen Glauben und Rechte begründeten auszusprechen, ohne daß es dazu eines vorangegangenen förmlichen Gesetzes bedurft habe; daher bezweifelt er, ob eine allgemeine Sanktion hierüber jemals von den Königen aufgestellt worden sei, und es möchte schwierig sein, dafür eine passende Veranlassung aufzufinden (außer etwa bei der Formel: *qui terminum exarassit*). — Nach der Veranlassung brauchen wir nicht zu fragen, da die Quellen von wirklichen Gesetzen berichten, die also ohne Zweifel eine solche gehabt haben müssen. Nehmen wir aber an, daß in jenen Sakralfällen der Ueberrest einer mythischen theokratischen Gerichtsbarkeit, einer Menschenopferkiste vorliege, so läßt sich wohl denken, wie die Könige, indem sie selbst das Strafrichteramt übernahmen, sich bewogen finden konnten, eben die Fälle, in welchen sie das Herkommen noch ehren wollten, gesetzlich zu fixiren. Dagegen ist es ganz richtig, wenn Rubino bemerkt, daß sich eine thätige Theilnahme des Volks bei diesen Fällen auf keine Weise annehmen lasse.

wie wir aus dem Fall des diebischen Abmäheus der Saat ersehen; in den übrigen Fällen geben zwar unsre Quellen eine bestimmte Todesart nicht an, wohl aber sagen sie, daß der Verbrecher Jovi, Cereri, Divis parentum, τοῖς ἑσθονοῖς θεοῖς u. s. f. sacer sein solle, womit ohne allen Zweifel, dem strengen Formalismus des römischen geistlichen Rechts gemäß, bestimmte verschiedene Todesarten angedeutet sind, ebenso wie in der Anknüpfung an verschiedene Götternamen der bestimmte Unterschied der Verbrechensbegriffe liegt.

Wir stellen uns die Sache so vor. In der mythischen Zeit war das Strafrecht ganz theokratischer Natur. Es wurden besondere Verbrechen als Verletzungen besonderer, von besondern Gottheiten garantirten, Verhältnisse unterschieden; ohne Zweifel gehörten dazu mehrere Fälle, als die noch unter den Königen vorkommenden Sakralfälle; namentlich vermuthen wir dies vom parricidium, weil auch noch in dem dem Numa zugeschriebenen Gesetze die Strafe des imprudentia begangenen homicidium ganz religiöser Natur ist; da aber Sacrilegium und Verletzung der Zucht und Sitte dem parricidium unter den Königen analog behandelt werden, so ist dasselbe auch von ihnen anzunehmen. Der Verbrecher wurde, je nach der verübten That, einer bestimmten Gottheit geweiht, und konnte entweder von den Priestern geopfert oder von jedem Dritten getödtet werden. Dieses Herkommen reichte in die königliche Zeit herüber, welche ihrerseits die Uebergangsperiode von loserer Stammesgenossenschaft zu festerem Staatsverbande bildet. Das erste Verbrechen, das hier die weltliche Gewalt vor ihr Forum ziehen mußte, war das Verbrechen gegen die respublica; für proditio und perduellio konstituirte sich daher das Gericht des Königs oder seines Stellvertreters mit dem senatorischen Consilium. Sobald aber einmal diese politische Straf Gewalt und ein förmliches Gericht für Kapitalsachen feststand, so war nichts natürlicher, als daß dieses nun mehr und mehr Stoff aus dem alten

Sakralrechte, so wie aus der Sphäre der *vindicta privata* an sich zog. Für die lehtern Vergehen (Injurien, Eigenthumsbeschädigungen u.) ordnete der König Beamte ab, die derselben Klagen in seinem Namen zu entscheiden hatten, wobei Anfangs noch *ni pacit*, wirkliche Talion, *noxae dationes* und *addictiones* vorkommen konnten, mit fortschreitender Bildung aber das System der Vermögensbuße, als des Aequivalents für die Privatrache, immer mehr überwog. Vor sein eigenes Gericht dagegen zog der König solche Verbrechen, welche sich zu öffentlicher, namentlich zur Kapitalstrafe, eigneten. Und zwar nahm er hierin das gesammte alte Sakralrecht auf. Dabei war aber wieder ein Unterschied, indem einige Fälle schon von vornherein oder wenigstens früher, als die übrigen, aller Sakralbeziehung entkleidet und ganz verweltlicht wurden, wie wir diesen Uebergang namentlich am *parricidium* und den ihm analogen Verbrechen bemerken können, während bei andern das herkömmliche *sacer esto*, d. h. die Weihung des schuldigen Hauptes an die beleidigte Gottheit und die Folge der Achtung und straflosen Löbtlung noch beibehalten wurde. Wie schon bemerkt, gehören diese Fälle größtentheils dem Familien- und Klientelverhältnisse an, also solchen, wo die Forterhaltung des religiösen Herkommens in der Natur der Sache lag. Was nun so aus dem alten Sakralrechte unmittelbar oder mittelbar in das weltliche Strafrecht aufgenommen wurde, das erhielt gesetzliche Bestimmung, theils um (beim *parric. sacrileg. u. s. f.*) die Achtung abzuschneiden, theils um da, wo die Achtung beibehalten wurde, keinen Zweifel darüber zu lassen, welche Verbrecher straflos getödtet werden können. Diese gesetzlichen Bestimmungen waren ganz geeignet, von den Königen getroffen zu werden, welche mit der höchsten weltlichen Gewalt die oberste Priesterwürde in sich vereinigten. So gab es nun ein zweifaches Strafsystem, einmal das Privatpönalwesen, und neben diesem das öffentliche Strafrecht. Letzteres war theils

weise schon ganz weltlich herausgebildet, d. h. nach königlichen Gesetzen (über *perduellio*, *parricidium*, *sacrilegium* etc.) richtete das königliche Gericht, ohne Achtung; theilweise war aus dem alten Herkommen noch die Achtung beibehalten; d. h. wer den Grenzstein auspflügte, die Eltern schlug, den Klienten betrog u. dgl., konnte nach bestehendem Gesetz von jedem umgebracht werden. Gesah dies, so mußte der Vollstrecker der Acht vor dem königlichen Gerichte sich rechtfertigen. Gesah es nicht, so wurde der Verbrecher selbst vor das Gericht gezogen, und in beiden Fällen entschied nun dieses Gericht darüber, ob wirklich ein Sakralfall vorliege; wenn dies der Fall war, so wurde der Vollstrecker der Acht von dem Verdachte des Mords freigesprochen, der Verbrecher selbst aber (im zweiten Fall) in die gesetzliche Strafe verurtheilt (*Cereri, Jovi, Diis Manibus necabatur*). Der natürliche Fortgang der Sache war dann, daß später auch diese Fälle der Sakralbeziehung entkleidet, und, wie die ersteren, verweltlicht wurden.

Indem wir nun dies als das wesentliche Grundverhältniß annehmen, wollen wir nicht behaupten, daß alle Verbrechen, welche in den 12 Tafeln mit öffentlicher Strafe bedroht sind, schon unter den Königen gesetzlich fixirt gewesen seien, obgleich es von einigen gewiß, von andern wahrscheinlich ist. So könnte sich die Kapitalstrafe ¹¹ gegen den falschen Zeugen, gegen den bestechlichen Richter, gegen den Pasquillanten erst durch den Gebrauch des königlichen Gerichts gebildet haben, eben wie auch im Privatpönlwesen wohl manche Strafbestimmung gewohnheitsrechtlich war. Dadurch fällt aber keineswegs die Begriffsbestimmtheit solcher Verbrechen weg; nur war das gemeine Bewußtsein hierüber nicht in geschriebenen Gesetzen fixirt. Platner ¹² zählt eine ganze Reihe von Fällen auf, in welchen kein Strafgesetz vorhanden, oder, bei vorhan-

¹¹ Liv. III. 24. 25. 29. Dion. X. 5—9. f. Gell. XX. 1.

¹² E. Platner de crim. jure ant. Rom. p. 6—10. 12—20.

dem Strafgesetze, wenigstens keine Strafe gesetzlich festgestellt, die Strafwürdigkeit aber, wie die Strafe, dem gemeinen Volksbewußtsein gegenwärtig gewesen sei, was bei der Qualität des antiken Staats und dem beschränkten Umfange des Gebiets wohl habe stattfinden können, und wobei der mos wirklich einer lex habe vollkommen gleichgeachtet werden und Niemand darüber sich beklagen können, daß er ungesetzlich gestraft werde. Diese Behauptung ist aber wohl zu allgemein und läßt sich wohl nur für die Zeit der Republik, nicht aber für die königliche rechtfertigen, sofern Plauter stets ein *supplicium communi populi voce decretum* im Auge hat, das nach dem Bisherigen auf die königliche Zeit keine Anwendung leidet. In der That zeigen auch die angeführten Fälle, daß man bei denselben wohl unterscheiden muß. Die meisten derselben beziehen sich auf Usurpation nicht zuständiger, oder Mißbrauch der zuständigen öffentlichen Gewalt, sowie auf Verbrechen der Heerführer, d. h. auf *perduellio* und *proditio*. Alle diese Fälle entbehrten nun keineswegs eines bestimmten gesetzlichen Anhalts, da schon unter dem dritten Könige ein Gesetz *των προδοτων και των λειποτακτων*, und *νομοι ουκ εωντες ακριτον αποκτεινεν ουδενα*, d. h. Proditions- und Perduellionsgesetze vorkommen; aber die veränderte Staatsverfassung, die neue Stellung der Beamten, das Verhältniß ganz neu aufgekommener Magistraturen, wie des Tribunats, das neu hervortretende Princip der Verantwortlichkeit gegen das Volk bei Beamten und Heerführern, der allmählig sich ausbildende Begriff der *majestas populi Romani*, demzufolge auch die bloße Feigheit, Nachlässigkeit und Ungeschicklichkeit der Heerführer schon als Verbrechen angesehen wurden, — diese und andere Gründe mußten nothwendig eine Menge neuer Fälle schaffen, welche jenen Gesetzen analog und doch nicht immer geradezu darunter zu subsumiren waren. Man kann hier nicht sagen, das Volksbewußtsein habe neue Verbrechen geschaffen, sondern nur, es habe den

Begriff eines schon gesetzlich fixirten Verbrechens auf eine Menge neuer Fälle ausgedehnt, und diese mit jenem zu vermitteln gesucht. Hierher gehören z. B. die Strafen gegen imperatores male pugnantes, deren Verbrechen, wie Platner selbst einräumt, wenn es dolo begangen war, immer geradezu als proditio bestraft wurde; ¹³ die Bestrafung des Manlius, weil er die Diktatur über die bestimmte Zeit behalten oder ohne Ursache zum Krieg einen strengen delectus ausgeführt hatte; ¹⁴ die des Postumius, weil er als Heerführer die Soldaten als Knechte auf seinem Grundgute hatte arbeiten lassen; ¹⁵ die Bestrafung von Censoren, Tribunen, Prätores wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt und schlechter Amtsführung; ¹⁶ die der Consuln Manlius und Furius, weil sie die Ernennung von Decemviren zur Landvertheilung unterließen; ¹⁷ Bestrafung wegen eigenmächtiger Kriegsführung oder eigenmächtiger Tödtung von Geißeln; ¹⁸ Bestrafung wegen eigenmächtigen Verfahrens des Heerführers in Beziehung auf die Kriegsbeute. ¹⁹ Dagegen die Bestrafung wegen Betrugs am Staate, wegen Entwendung öffentlicher Gelder, wegen annona compressa, wegen Verbrechen der foeneratores, wegen Bewaibung öffentlicher Wälder und ähnliche Fälle ²⁰ lösen sich allerdings von dem obigen Stamme

¹³ Liv. II. 52. IV. 40. 44. V. 11. 12. VIII. 25. 33. Dion. IX. 27. Dio Cass. fr. 36. Platner l. c. p. 12. 13. cf. Liv. XXVI. 3. 4.

¹⁴ Liv. VII. 3. Cic. Off. III. 31.

¹⁵ Liv. Epit. XI.

¹⁶ Liv. XXIV. 43. V. 29. XLIII. 8.

¹⁷ Liv. II. 54. Dion. IX. 33. 38. Bgl. den Fall des Metellus, Cic. pro Sextio 47. pro domo 31.

¹⁸ Liv. VI. 1. Plut. Camill. 17. 18. Cic. Brut. 23. Val. Max. IX. 6.

¹⁹ Liv. III. 31. Dion. X. 49. Liv. V. 32. Plut. Camill. 12. Dio Cass. fr. 28. Zonar. VII. 22. Dion. XII. 18. Gell. III. 4. VII. 19.

²⁰ Liv. XXVI. 3. 4. XXX. 39. IV. 12. XXXVIII. 45. X. 23. 47. VII. 28. XXXV. 41. Suet. Caes. 15. Dio Cap. fr. 37. 49. Fest. v. pecul. Ovid. Fast. V. 283.

ab; hier war es wirklich ein neues öffentliches Verbrechen, dessen Begriff aus dem Volksbewußtsein hervorging, und das sich erst später in dem *crimen peculatus* u. a. gesetzlich fixirte. Wenn aber z. B. der Senat die *coitiones honorum adipiscendorum causa* für ein *crimen contra remp.* erklärt, ²¹ so liegt hier allerdings wieder eine Beziehung zur *perduellio* nahe, wenigstens zu denjenigen Fällen derselben, welche sich später von ihr ablösten und zum *crimen vis publicae* gezogen wurden. Weiter führt Platner Bestrafungen wegen falschen Zeugnisses und die des Appius, *quod contra legem ab ipso latam e libertate in servitutem vindicias dedit*, an. ²² In beiden Fällen mag der Begriff des Verbrechens sich erst allmählig fixirt haben; doch wird im zweiten wenigstens ausdrücklich ein Gesetz, wenn auch nicht näher seinem Inhalte nach erwähnt; das Verbrechen des falschen Zeugnisses dagegen ist bestimmt in den 12 Tafeln gesetzlich fixirt, und, wenn wir seinen Zusammenhang mit dem Meineid bedenken, so ist es wenigstens nicht unwahrscheinlich, ²³ daß schon das Sakralrecht hierüber eine Bestimmung enthielt, die nur von den Königen in keine *lex* aufgenommen war (daher denn in dem Fall des M. Volscius die Tribunen gegen die Consuln behaupteten, es fehle an einer förmlichen *lex*, und in Folge dessen den Consuln zwei Monate *ad legem inspiciendam* gegeben wurden). Endlich bringt Platner noch einige Beispiele von Bestrafung des *stuprum*, der *vita libidinosa* u. bei. ²⁴ Auch für diese Art

²¹ Liv. IX. 26.

²² Liv. III. 24. 25. 29. Dion. X. 5—9. Liv. III. 56. Dion. X. 47. cf. Gell. XX. 1.

²³ Cicero de legibus II. 9. §. 22 sagt: *Perjurii poena divina exitium*, was, wie Rubino S. 414 not. 2 vermuthet, vielleicht aus einem Gesetze des Numa entnommen ist. cf. Gell. VII. 18. Val. Max. I. 3. Tac. annal. I. 73. I. 2. C. de rep. cred.

²⁴ Liv. VIII. 22. X. 31. XXV. 2. Val. Max. V. 1. 7. 8. VI. 1. 11. Plut. Marc. 2. cf. Plut. Rom 20.

von Verbrechen aber war schon in den königlichen Gesetzen ein Anhalt gegeben, da von Romulus berichtet wird, er habe die Verletzungen der Zucht und Sitte *τοῖς ἐν τῶν ποινῶν καὶ ἐσσοῖ* zur Bestrafung zugewiesen.

Andererseits stimmt die Ausführung von Platner²⁵ über Wesen und Bedeutung des *sacer esto* im Wesentlichen ganz mit der hier vorgelegten überein. Er geht davon aus, daß, wenn das älteste Strafrecht der Römer den Charakter einer *vindicta divina* an sich trage, dies nicht so zu verstehen sei, als ob die Versöhnung der Götter und die Expiation des Verbrechens der Zweck der Strafe gewesen sei. Die Gesetze seien daher keineswegs als Götterbefehle aufgefaßt worden, sondern man habe nur gewisse, von der weltlichen Gewalt als Verbrechen bezeichnete Handlungen zugleich als Beleidigungen der Gottheit angesehen. Daher sei das geistliche Recht, soweit es den Staat angiehe, nicht von den Priestern, sondern von den weltlichen Obrigkeiten in letzter Hand verwaltet worden. Es sei daher von keiner Priesterherrschaft, von keiner priesterlichen Gesetzgebung und auch von einer priesterlichen Gerichtsbarkeit nur in höchst beschränktem Umfange die Rede. Die Uebertretung der Gesetze habe mithin nicht an und für sich selbst der Verachtung des göttlichen Willens gleichgekommen, sondern um einen wegen Uebertretung eines Gesetzes den Göttern weihen und ächten zu können, habe es stets einer speciellen Sanktion bedurft, wie denn auch nur in Folge dieser (nicht etwa einer begleitenden priesterlichen Handlung) die Weihung und Achtung eingetreten sei. Hiemit sagt Platner ganz richtig, daß das Sakralstrafrecht, wie es unter den Königen hervortritt, nicht mehr als ein unmittelbares theokratisches Strafsystem erscheine, sondern als Strafrecht der weltlichen Obrigkeit, das nur noch dem Inhalte nach die frühere theokratische

²⁵ l. c. p. 21–46.

Beziehung in sich aufgenommen habe.²⁶ Weiterhin bemerkt er gleichfalls treffend, daß sich die alten religiösen Beziehungen auch außer den eigentlichen Sakralfällen im Strafrechte der königlichen Zeit noch sonst theilweise erhalten haben, und macht in dieser Rücksicht namentlich, wie auch oben geschehen, auf die Strafe des *homicidium imprudentia commissum*, weiter auf das *caput obnubito* bei der Strafe der *Perbuellion*, auf das *caput velatum* der unzüchtigen Vestalinnen, auf die *Expiatio*, welche dem Horatier, und auf die, welche nach der auf Befehl des Consuls Sulpicius vollzogenen Hinrichtung der Verschworenen dem ganzen Volke auferlegt wurde, ferner auf die allgemeine Bestimmung aufmerksam, daß nicht nur die *bona damnatorum*, namentlich der wegen *Perbuellion* Verurtheilten, den Göttern geweiht, sondern auch die *pecunia multaticia* zu religiösen Zwecken verwandt werden solle. Obgleich also die *perduellio* zur Zeit der Könige keineswegs mehr als ein eigentlicher Sakralfall erscheint, sondern ganz und gar der weltlichen Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit angehört, so hat sich doch auch bei diesem unmittelbar politischen Verbrechen wenigstens eine religiöse Nebenbeziehung forterhalten, und es wird dadurch die Ansicht bestätigt, daß das gesammte königliche Strafrecht eine theokratische Wurzel habe, wenn es gleich in keiner Beziehung mehr unmittelbar als ein theokratisches, sondern vielmehr der Form nach durchaus als ein weltliches hervortritt.

§. 18. Schluß.

So viel über die *perduellio* zur Zeit der Könige. Als Resultat der Ausführung ist zu bezeichnen, daß die *perduellio* keineswegs mit dem *parricidium* identisch oder gar der Gatz-

²⁶ Platner l. c. p. 28—31 scheint übrigens auch die späteren politischen *leges sacratae* der republikanischen Zeit unmittelbar an die älteren Sakralfrechtsbestimmungen anzuknüpfen, was wohl nicht richtig ist.

tungsbegriff für Kapitalverbrechen überhaupt, vielmehr ein bestimmtes Verbrechen war, das sich in zwei Hauptrichtungen, als *proditio* und als *perduellio* im e. S., spaltete. Dieses Verbrechen hat zu seinem Objekt die *res publica* theils nach ihrer unmittelbaren Existenz gegen Aussen, theils nach der Seite ihres innern organischen Daseins. Die *proditio* war in einem königlichen Gesetze verpönt, das *der-prodota* und *λειποταρα* erwähnt; und, wenn man hierzu die von *proditio* vorkommenden Beispiele nebst der betreffenden Bestimmung der 12 Tafeln nimmt, und zugleich erwägt, daß die Umänderung der Staatsverfassung keinen Einfluß auf den Begriff dieses Verbrechens haben konnte, so ist man berechtigt anzunehmen, daß nach jenem Gesetze alle Fälle, die später in den *leges majestatis* in Beziehung auf Roms Verhältniß zum Ausland aufgeführt werden, bereits haben bestraft werden können (so weit sie zur Zeit der Könige möglich waren), nur daß der Gesichtspunkt ein verschiedener, nämlich nicht die *imminuta majestas populi Romani*, sondern die Gefährdung der unmittelbaren Existenz eines Militärstaats war. Die *perduellio* im e. S. war das Verbrechen, welches unmittelbar gegen den König, oder mittelbar gegen denselben als Ursprung aller öffentlichen Gewalt begangen wird; in der ersteren Beziehung involvirte es alle Attentate auf die Person des Königs, in der letzteren alle Attentate gegen die Verfassung nach ihrer Totalität oder nach ihren wesentlichen Theilen, sowie alle Usurpation von Rechten, die nur als von der öffentlichen Gewalt übertragene ausgeübt werden dürfen. Uebrigens aber gehörten dazu auch viele Fälle, die später unter das *crimen vis subsumirt* wurden. Diese Ansicht von der *perduellio* im e. S. stützt sich jedoch neben sehr allgemeinen Ausdrücken der Quellen, welche wenige bestimmten Nachrichten geben, vorzüglich nur auf die Gesamtansicht über die Verfassung der römischen Monarchie, wornach dieselbe der Theorie nach eine absolute war.

Hiernach unterschied sich die *perduellio* zur Zeit der Könige wesentlich von dem *crimen majestatis* der Republik, sofern dieses die Souveränität des Volks, und die Verantwortlichkeit der Beamten zur Grundlage, statt der konkreteren Idee der königlichen Gewalt den abstrakten Begriff der *majestas* zum Objekt hatte, und sich überdies bestimmter, wenn auch nicht vollkommen, von dem *crimen vis* absonderte.

Der *Perduellionsproceß* hatte das gewöhnliche Forum vor dem Könige oder seinem Stellvertreter, welche mit einem *consilium senatorium* zu Gerichte saßen und ein Urtheil sprachen; von welchem keine *provocatio* stattfand. Dieses Gericht ist dasselbe, welches auf die gleiche Weise auch über alle andern öffentlichen Verbrechen (die Sakralfälle mit eingeschlossen) entschied. Nur als Ausnahmungsverfahren kommt der *Duumviralproceß* mit der *provocatio ad populum* vor, welcher unter der Republik zur Regel wurde, und überhaupt, ohne jedoch mit einer mythischen Volksjustiz in Verbindung gebracht werden zu dürfen, den Keim der gesamten späteren Volksgerichtsbarkeit, wie sie sich unter der Republik allmählig entwickelte, in sich enthielt.

Literarische Anzeigen.

Im Verlage der H. Laupp'schen Buchhandlung
in Tübingen ist ferner erschienen:

Robert von Mohl,

R. d. O. d. w. R., ordentl. Professor der Staatswissenschaft in Tübingen,
kändlichem Mitgliede des Staatsgerichtshofes.

Das Staatsrecht des Königreiches Württemberg.

Zweite vermehrte und umgearbeitete Auflage.

Zwei Bände.

I. Verfassungs-Recht.

II. Verwaltungs-Recht.

gr. 8. Preis beider Bände 12 fl. 48 fr.

Robert von Mohl,

Die Polizei-Wissenschaft

nach den Grundsätzen des Rechtsstaates.

2 Bände. gr. 8. 8 fl.

Robert von Mohl,

System der Präventiv-Justiz oder Rechts-Polizei.

gr. 8. 4 fl. 30 fr.

Robert von Mohl,

Die Verantwortlichkeit der Minister

Ein herrschaften mit Volksvertretung,

rechtlich, politisch und geschichtlich entwickelt.

gr. 8. elegant broschirt. 46 Bogen feinstes Velinpapier. 7 fl.

Robert von Mohl,
Geschichtliche Nachweisungen
über
die Sitten und das Betragen
der
Tübinger Studirenden
während des sechszehnten Jahrhunderts.

(Zweite Auflage des im Jahr 1832 erschienenen Programms.)

C. F. von Sufnagel,
Belehrung der württembergischen Gemeinderäthe
über das
Pfand-, Prioritäts- und Exekutionsgesetz
und
über die weiteren seit dem 15. April 1825 erschienenen, mit
demselben in Verbindung stehenden Gesetze, Verordnungen
und Instruktionen. - 2 Abtheilungen.
Vierte ganz umgearbeitete Auflage.
gr. 8. 3 fl. 30 fr.

Prof. Dr. Michaelis,
P o t u m
über
den Reichsgräflich Bentim'schen Erbfolgerechtsstreit.
circa 8 Bogen gr. 8. eleg. broch. 1841.

R. Pfeifer,
Was ist und gilt im römischen Rechte der Besitz?
Eine Abhandlung gerichtet gegen die v. Savigny'sche Doktrin
über das Recht des Besitzes.
gr. 8. elegant brochirt. Preis 1 fl. 12 fr.

Ignaz Longner,

Domkaplan an der Cathedralkirche zu St. Martin in Rottenburg.

Darstellung der Rechtsverhältnisse der Bischöfe

in der oberrheinischen Kirchenprovinz.

Eine von der Juristenfakultät in Tübingen gekrönte Preisschrift.

gr. 8. 35 Bogen. Preis 2 Rthlr. 8 ggr. oder 4 fl.

H. Baumeister,

Das Anwachsungsrecht unter Miterben

nach römischem Rechte.

gr. 8. 1 Rthlr. oder 1 fl. 45 fr. rhein.

Professor Dr. Michaelis,

Corpus juris

publici Germanici academicum.

gr. 8. Ehemaliger Ladenpreis 2 Rthlr. 20 gGr. oder 5 fl., jetziger
(herabgesetzter) Preis 1 Rthlr. 10 gGr. oder 2 fl. 30 kr. rh.

Dr. J. M. von Kapf,

Königl. Württ. Obertribunalrath, Ritter u.

merkwürdige Civilrechtsprüche

der höchsten und höhern Gerichtshöfe in Württemberg, des
vormaligen Herzogl. und Churfürstl. Hofgerichts in Tübingen,
wie auch des nachherigen Königl. Obertribunals und Ober-
justizcollegii, nebst Erkenntnissen des Königl. Wechselgerichts
in Stuttgart und einzelnen auserlesenen Gutachten
der Juristenfakultät in Tübingen.

gr. 8. Preis 2 Rthlr. 2 ggr. oder 3 fl. 45 fr. rh.

C. A. von Eschenmayer,

ehemal. Professor an der Universität zu Tübingen, Ritter u.

Ueber Abschaffung der Codesstrafen,

auf Veranlassung des Antrags der Kammer der Abgeordneten
von Frankreich.

8. broch. Preis 8 gGr.

Fr. A. S. Gmelin,
Die peinliche Rechtspflege in Klein-Staaten
mit besonderer Beziehung auf Württemberg.
gr. 8. br. Preis 1 Rthlr. 8 gGr. oder 2 fl. 24 fr. rhein.

Dr. C. H. Gmelin,
Anweisung,
wie man das Recht zu erlernen habe,
oder
Lehrbuch der juristischen Methodologie
zur Selbstbelehrung für Erwachsene, wie auch als Grundlage akademischer Vorlesungen.
8. 12 gGr. oder 54 kr. rhein.

Samilton,
Parlamentarische Logik,
aus dem Englischen übersetzt.
8. br. Preis 10 gGr. oder 45 fr. rhein.

H. B. von Weber,
Präsident des Königl. Gerichtshofes zu Tübingen, Ritter etc.
Grundzüge der Politik,
oder
philosophisch-geschichtliche Entwicklung der Hauptgrundsätze der innern und äußern Staatskunst.
gr. 8. Preis 1 Rthlr. 12 gGr. oder 2 fl. 45 fr. rhein.

H. B. von Weber,
Ueber das Studium der Rechtswissenschaft
und insbesondere der Strafrechtswissenschaft.
Preis 12 gGr. oder 54 fr. rhein.

Österreichische Nationalbibliothek



+Z174375802













